

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Bezugs für die sechsgehaltene Kolonialzeitung über deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berufungsveranstaltungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Gedruckte Wort 30 Pf., (zwei bis zwei gebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. November 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Wilhelm Pfannkuch.

Am 28. November feiert wieder einer der Älten der Partei seinen Ehrentag. In erfreulicher körperlicher und geistiger Frische begeht Genosse Wilhelm Pfannkuch seinen siebzigsten Geburtstag, an dem er auf fast ein halbes Jahrhundert eifriger und erfolgreicher Parteiarbeit zurückblicken darf. Gehört Pfannkuch auch zu denjenigen Mitgliedern der Partei, deren Tätigkeit nach außen hin weniger hervortrat, so weiß doch die Partei seine unermüdete agitatorische und organisatorische Arbeit nicht minder zu schätzen.

Genosse Pfannkuch zählt zu den nur noch sehr spärlich verstreuten Veteranen der Partei, denen vergönnt war, den größten Agitator der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, persönlich zu hören. Als Pfannkuch in seiner Vaterstadt Kassel das Tischlerhandwerk erlernt hatte, duldete es den geistig Regsamsten nicht lange in der phlegmatischen Atmosphäre der kurfürstlichen Residenz. Als Neunzehnjähriger ging er in die Fremde und bald kam er nach Berlin, wo er drei Jahre lang arbeitete. Im Winter 1862/63 hörte er die Vorträge von Schulze-Delitzsch, deren Inhalt in der Broschüre „Kapital und Arbeit“ niedergelegt ist. Aber die sozialen Rezepte des Fortschrittsapostels, die als Alibi für Sparen, Konsumvereine und Kreditgenossenschaften empfohlen, vermochten dem jungen Proletarier, der das Vordringen des Kapitalismus offenen Blickes beobachtete, nicht zu imponieren. Ganz anders zündete bei ihm die Lehre Ferdinand Lassalles. Dessen Darlegungen über die Natur des Kapitalgewinns, des Unternehmerprofits und des Arbeitelohnes packten ihn wie eine Offenbarung. „Mein Tag von Damaskus war gekommen, ich wußte, welchen Weg ich fürderhin zu wandeln hatte. Der letzte Rest von Achtung, den ich bis dahin den Bestrebungen der Fortschrittler gezollt hatte, löste sich durch den Verfassungskonflikt in Preußen, ging verloren, als ich Zeuge wurde der infamen Insulten, die Lassalle in einer Verlesung im Admiralsgarten von den Fortschrittler zugefügt wurden.“

Nachdem Pfannkuch sich sieben Jahre in der Fremde umgetan hatte, trieb ihn die Liebe zur bergwaldumrauchten Heimatstadt um die Jahreswende 1868/67 wieder nach Kassel zurück. Auch über seine kurhessische Heimat war inzwischen der Sturm der Geschichte hinweggegangen. Der letzte der kurhessischen Duodezbespoten war bei dem preussisch-österreichischen Konflikt so unbesonnen gewesen, sich auf die Seite Oesterreichs zu neigen. Die Annexionserklärung Kurhessens war die prompte Antwort des preussischen Königs, und der depossidierte Landesvater verfiel von der Bildfläche, nachdem er vorher sein Hausvermögen, an dem Schweiß und Blut so vieler Landeslinder klebte, vorher in Sicherheit gebracht hatte.

Die Arbeiterbewegung lag in der burschenschaftlichen kurhessischen Residenz damals noch in den Windeln. Wohl existierte ein Häuflein von Arbeitern, das bereit war, sich dem vier Jahre zuvor gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anzuschließen, allein die Zahl dieser Klassenbewußten war noch sehr gering. Ein sogenannter Arbeiterbildungsverein, in dem die Kasseler Arbeiter ihre geistigen Bedürfnisse zu befriedigen suchten, stand unter der Leitung eines Forsters und eines Literaten, und war schon durch die statutarische Bestimmung, die die Erörterung sozialer und politischer Probleme verpönte, hinlänglich als Verimpelungsanstalt gekennzeichnet. Den gerade deshalb vorhandenen Drang der Arbeiterschaft nach politischer Betätigung suchte ein alter Achtundvierziger und Kantönpatriot, ein Buchhändler seines Zeichens, dadurch in seine Segel einzufangen, daß er die Gründung einer „Hessischen Volkspartei“ mit partikularistisch-demokratischen Bestrebungen betrieb. Hier nun konnte Pfannkuch die in der Fremde erworbene politische Aufklärung fruchtbringend nützen. In jener Versammlung, wo das Kind klein- und völkchbürgerlicher Konfusion aus der Taufe gehoben werden sollte, setzte Pfannkuch durch sein energisches Eingreifen eine mit großer Mehrheit angenommene Resolution durch, die zum Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufforderte. Damit war Pfannkuch zugleich die Führerschaft der einsetzenden Kasseler Arbeiterbewegung zugefallen.

Ein Vierteljahrhundert lang stand von nun ab Pfannkuch in der vordersten Reihe der Arbeiterbewegung der neu-geschaffenen Provinz Hessen-Nassau. Das schlichte Selbentum seiner Partei- und Kulturarbeit gleich aufs Haar der verdienstlichen Pionierarbeit, die in den verschiedensten Zeiten Deutschlands von so vielen Gleichstrebenden geleistet wurde. Heute, wo die Partei so groß geworden ist, wo die Parteiorganisationen ihre Mitglieder nach vielen Hunderttausenden und die Gewerkschaftsorganisationen nach Millionen zählen, vermag sich der jüngere Genosse kaum noch ein Bild zu machen von der unter den oft tragikomischsten Schwierigkeiten zu leistenden Kleinarbeit, die in jenen ersten Jahrzehnten der sozialistischen Arbeiterbewegung bewältigt wurde, und deren belächelte Leiterfolge dennoch die Summe jener Energie ergaben, die das deutsche Proletariat in schwerster Zeit zu entwickeln vermochte und die es in den Stand setzte, den brutalsten Lücken des Sozialistengesetzes zu trotzen.

Vornehmlich unter den Schneidern, Schuhmachern, Tabakarbeitern und den Schmieden der Genießlichen Maschinenfabrik fand Pfannkuch den Stamm seiner rührigen Mit-

arbeiter. Als im Jahre 1869 in Kassel das Stiftungsfest des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gefeiert wurde, war nicht nur die Beteiligung eine imposante, sondern die Feier warf auch den für die damalige Zeit bedeutenden Ueberschuß von 120 Talern für die Kriegskasse ab. Auch die Gewerkschaftsbewegung entwickelte erfreuliche Ansätze. Wie schwer trotz alledem die Arbeit war, beweist schon der Mangel an Versammlungsorten. Wenn ein paar hundert Genossen sich zusammenfinden wollten, mußten sie nach den benachbarten Dörfern hinauspilgern. Ja, der Verfasser erinnert sich noch des Enthusiasmus der Kasseler Arbeiterschaft, als es selbst im Jahre 1892 gelungen war, durch den Vorkauf ein städtisches Lokal zurückzuerobern, das nach der peinlichen polizeilichen Berechnung ganze 230 Personen faßte. Dazu kam das Fehlen einer verbreiteteren Presse, so daß in jenen Zeiten die Werbearbeit im engeren Birkel eine ganz andere Bedeutung besaß als heute.

Im Frühjahr 1870 lernte Pfannkuch Bebel und Liebknecht persönlich kennen. Während der Eisenbahnfahrt nach Eberfeld, wo er als Delegierter der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beivohte, fand er sich im Coupé mit zwei Reisenden zusammen, die sich lebhaft über Arbeiterfragen unterhielten. Es ergab sich bald, daß die beiden Mitreisenden keine anderen waren als das streitbare Dioskurenpaar Bebel und Liebknecht. Kurze Zeit darauf kam auch Schweitzer nach Kassel zur Generalversammlung der Deutschen Gewerkschaften. Das Kasseler Proletariat verblüffte das Spießbürgertum durch eine glänzende Demonstration. Selbst nach bürgerlichen Schätzungen gaben 4000 bis 5000 Personen dem Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins das Geleit.

Als Pfannkuch bald darauf heiratete — seine treue Lebensgefährtin begeht mit ihm den heutigen Gedenktag —, zwangen ihn die Verhältnisse, sich eine dauerndere Arbeitsstätte zu suchen. Er fand sie in den königlichen Eisenbahnwerkstätten, wo er bald zum Führer einer Kolonne, zum „Grubenmeister“, aufstiegt. Auf die äußere agitatorische Tätigkeit mußte er jetzt freilich verzichten; aber in der inneren Agitation und Organisation stand er um so eifriger seinen Mann. Doch sollte auch seine Stellung als preussischer Eisenbahnarbeiter nicht von ewiger Dauer sein. Ein nationalliberales Lokalblatt hatte durch seine vehementen Angriffe auf die Arbeiterbewegung Aufsehen und Entrüstung erregt. Es gelang, den betreffenden Redakteur zu einer öffentlichen Diskussion herauszufordern. Im Thalia-Theater fand der öffentliche Waffengang statt, zu dem je 600 Einladkarten für die Sozialdemokratie und die Bürgerlichen ausgegeben wurden. Als Wortführer der Partei trat Pfannkuch auf. Mit dem Erfolg, daß auch die bürgerliche Presse die schmächtige Niederlage des nationalliberalen Kämpfers zugestehen mußte, dem sein Fürwirth denn auch sein Amt kostete. Aber auch Pfannkuch wurde nunmehr aus seiner Stellung herausgepflockt. Kaum hatte er als Expedient und Redakteur eines sozialdemokratischen Kopfblattes in Kassel eine neue Tätigkeit gefunden, als das Schandgesetz mit der übrigen Parteipresse auch das Kasseler Kopfblatt hinwegjagte. Pfannkuch eröffnete nunmehr ein Geschäft, dessen winziger Bureauaum zugleich eine Art Rechtsbureau wurde, in dem sich auch manches Vauerlein — natürlich unentgeltlich — in seinen Räten beraten ließ.

Hatte es die Partei im Wahlkreise Kassel-Weilungen 1877 bereits auf 4507 Stimmen gebracht, so brachte die Wahl von 1881 wie überall einen Rückschlag, der aber 1884 bereits wieder ausgeglichen wurde. Und dann ging es unaufhaltsam vorwärts mit der Stimmzahl, trotz aller Schikanen der sozialistengesetzlichen Zeit, die auch Pfannkuch eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen eintrug. 1884 bis 1887 kam Pfannkuch als Vertreter des sechsten Reichstagswahlkreises zum erstenmal in den Reichstag, dem er von 1898 bis 1906 als Vertreter Magdeburgs abermals angehörte.

Nachdem Pfannkuch bereits seit Jahren reger Mitarbeiter gewerkschaftlicher Blätter gewesen war, ging er 1892 als Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“ nach Hamburg. Im Jahre 1894 wurde er dann in den Parteivorstand gewählt, dem er auch heute noch angehört. Seit 1899 wirkt er auch als eifriges Mitglied der Berliner Stadtverordnetenfraktion.

So steht Pfannkuch vor uns als einer der Älten in der Partei, die von der Pike auf gedient haben, deren Aufsteigen aus bescheidensten Anfängen zu verantwortungsvollem Parteidienst zugleich ein Merkzeichen ist des Aufstiegs der Arbeiterbewegung. Mit den Älten, die die Jahre der Entwicklung in jähem Kampfe miterlebt haben, bringen auch die Jüngeren dem Parteiveteranen ihren herzlichsten Glückwunsch dar!

Möge es Wilhelm Pfannkuch beschieden sein, noch manches Jahr im Dienste der Partei zu wirken, möge er noch manchen stolzen Erfolg des deutschen und des internationalen Proletariats miterleben!

## Fürsorge des Reiches für Kolonialkapitalisten und für Heimarbeiter.

An sich haben die beiden Gesetzesvorlagen, die am Montag den Reichstag beschäftigten, nichts miteinander zu tun. Aber sie werfen doch in ihrer Gegenüberstellung ein interessantes Schlaglicht auf den Kurs, den das Reichsschiff gegenwärtig steuert. Daß

für Kolonialkapitalisten Gelegenheit zu erhöhten Profiten auf Kosten der Eingeborenen einerseits, der Steuerzahler andererseits geschaffen wird, dafür sorgen Regierung und Reichstagsmehrheit mit stetig wachsendem Eifer. Gleichzeitig aber verehrt und vernachlässigt die Sozialreform. Beide Entwicklungstendenzen der Reichspolitik traten in den beiden zur Verhandlung stehenden Vorlagen deutlich zutage.

Bei der ersten Vorlage handelt es sich um die Fortführung der ostafrikanischen Mittellandbahn. Sie ist stückweise bewilligt und gebaut worden. Als die Regierung zuerst an dieses Unternehmen herantrat, wurde feierlich in Abrede gestellt, daß man beabsichtige, sie durch die ganze Kolonie Ostafrika hindurch von Dar-es-Salaam bis an den Tanganjikasee zu treiben. Zuletzt war sie bewilligt worden bis nach Tabora hin, der mittleren Handelsstadt des Kolonialgebietes. Der Unternehmer erwartete nun, die Bahn in wenigen Monaten bis an diesen vorläufigen Endpunkt zu treiben. Einige Zeit hindurch wurde schon lebhaft von interessierter Seite Propaganda dafür gemacht, sie noch weiter zu führen bis nach Udschidschi am Tanganjikasee. Als Hauptargument wurde dafür angeführt, daß der Kanagovertrag mit Frankreich eine baldige Eisenbahnverbindung mit dem Kongostaat von Osten aus empfehlenswert mache. Das würde ja auch durch die Fortführung bis Udschidschi erreicht werden, da der Tanganjikasee Deutsch-Ostafrika vom Kongostaat scheidet. Dieser Vorschlag ist nun scheinungsvoll von der Regierung aufgenommen worden. In einem Nachtgesetz wird die Fortführung der Bahn bis Udschidschi gefordert, und zwar soll die Fortführung auf die Weise bewerkstelligt werden, daß aus der bereits gewährten Anleihe die Kosten für den Bahnbau auch auf der neuen Strecke bereitgestellt werden. Für diesen Plan ist nun bezeichnenderweise durch die „Deutsche Tageszeitung“ die chauvinistische Läuttrömmel gerührt worden, indem verlangt wurde, der Reichstag solle debattelos die Bahn bewilligen, um auf diese Weise dem Ausland zu zeigen, daß Deutschland sich von seinen kolonialen Plänen in keiner Weise abbringen lasse.

Mit diesem chauvinistischen Pronunciamento hatten die Spektanten allerdings kein Glück. Doch sprachen sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien lediglich freundlich für die Vorlage aus. Ernstliche Opposition wurde nur von der Sozialdemokratie gemacht. Deren Einwendungen vom Genossen Koste vertreten wurden. Koste wies insbesondere darauf hin, in welcher unwürdiger Weise die eingeborenen Arbeiter bei den Wohnbauten behandelt werden. Diese Erscheinung trete überall in den Kolonien zutage. Wie wir im vorigen Jahre die Rebellen in Südwestafrika erlebt haben, so liegen jetzt Berichte vom Bau der Kamerunbahn vor, aus denen hervorgeht, daß die Schachtmeister, also die Mittelsmänner der Bauunternehmer, in geradezu scheußlicher Weise die eingeborenen Arbeiter ausbeuten und mißhandeln. Das könne nicht bei den Sozialdemokraten Lust erwecken, die im kapitalistischen Interesse liegenden Eisenbahnbauten zu fördern. Der stellvertretende Kolonialsekretär, Herr Solf, gab zu, daß der Regierung ein Teil dieser Fälle bekannt sei. Er vertat aber natürlich den Standpunkt, daß solche Schönheitsfehler kapitalistischer Unternehmungen nicht gegen deren Notwendigkeit sprächen. Die Vorlage wurde schließlich der Budgetkommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Heimarbeiter unterlag in zweiter Lesung der Beratung. In der Kommission war es den Sozialdemokraten nicht gelungen, Regierung und Mehrheit von der Notwendigkeit gründlicher Abhilfsmittel gegen das Elend der Heimarbeiter zu überzeugen. So entspricht die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt denn auch durchaus nicht den Anforderungen, die im Interesse der Heimarbeiter an sie gestellt werden müssen. Genosse Robert Schmidt wies das in der Generaldebatte nach, indem er an einer Anzahl Tatsachen zeigte, welche grauenhaftes Elend heute noch im Deutschen Reich, dessen Sozialreform von den Prozentpatrioten bis über den Scheitelpunkt gepriesen wird, bei den Heimarbeitern zu finden ist. Gibt es doch in der Rhön, dem hessischen Verglande, noch Heimarbeiterlöhne, die 3,50 Mk. wöchentlich und weniger betragen. Leider suchen alle bürgerlichen Parteien die Heimarbeiter aufrechtzuerhalten, der sie eine falsche Aureole als Hort des Familienlebens andichten. Schmidt konnte darauf hinweisen, daß selbst Hirsch-Dundersche Arbeiter mit dieser Stellungnahme der bürgerlichen Parteien höchst unzufrieden sind.

Am Dienstag geht die Debatte weiter.

## Die Rede Sir Edward Greys.

Der englische Minister des Auswärtigen hat die mit großer Spannung erwartete Rede im englischen Unterhause Montagnachmittag gehalten. Die Rede läßt zwei Punkte deutlich erkennen: Die Verschärfung der Beziehungen zwischen England und Deutschland, die sich nicht weniger als dreimal zur akuten Kriegsgefahr steigerte, ist zwar in erster Linie eine Folge der „drohenden Gese“ von Agadir, sodann aber eine Folge des unehrlichen und zweideutigen Spiels der Diplomatie. Sir Edward Grey erklärt das schroffe Auftreten der englischen Regierung in der zweiten Hälfte des Juli damit, daß England ohne jede Information von der deutschen Regierung geblieben war. Und in der Tat ist es völlig unverständlich, warum Herr v. Riederlen daselbst zweideutige Spiel, das er der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber trieb, auch der englischen Regierung gegenüber beliebte. Auf der anderen Seite versteht ein diplomatisch unangekündeter Verstand freilich nicht, warum sich die englische Regierung diese Aufklärung nicht durch eine

offens und direkte Anfrage in Berlin verschafft hat, da nun einmal der deutsche Botschafter in London nicht unterrichtet war.

Bedeutungsvoller aber ist es, daß Sir Edward Grey eine durchaus verständliche Rede gehalten hat, die jedem scharfen Wort sorgsam auswich und die Bereitwilligkeit der englischen Regierung deutlich zu erkennen gab, zu einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen beizutragen. Grey betonte, daß es keine geheimen Abmachungen mit Frankreich gäbe. Das Gerücht von einem englisch-französischen Defensiv- und Offensivbündnis, das seine Spitze gegen Deutschland richte, ist also völlig unwar. Der Minister erklärte ausdrücklich, daß England keiner Handlung Frankreichs oder Rußlands, die Deutschland provozieren könnte, Unterstützungen leisten würde und schloß mit dem Wunsch Englands, mit Deutschland auf gleichem Fuße zu leben.

Wenn er hinzufügte, daß auch Deutschland Sorge tragen sollte, keine Besorgnisse im Auslande zu erregen — die einzige kritische Bemerkung, die sich auf die kürzlich „Agadir“-aktion bezieht —, so hat er nur ausgesprochen, was der dringende Wunsch des größten Teils des deutschen Volkes ist.

An der deutschen Regierung ist es nun, eine Politik einzuschlagen, welche die von den arbeitenden Massen Deutschlands, Englands und Frankreichs einmütig geforderte Beseitigung der Spannung zwischen den großen Kulturnationen herbeiführt. Das organisierte Proletariat dieser Länder wird alle Kraft daran setzen, entgegen den Treibereien der Rüstungsfanatiker und Kriegsbegehren ihre Regierungen zu friedlicher Politik zu zwingen.

**London, 27. November.** Im Unterhause begann heute die Debatte über die auswärtige Politik. Sir Edward Grey erklärte, er wolle sich auf die jüngsten Marokkoverhandlungen beschränken. Der Gegenstand sei so wichtig, daß er im Augenblick noch so heikel sei, daß es für ihn äußerst unangelegentlich wäre, andere Fragen damit zu vermengen. Wenn es möglich gewesen wäre, hätte er gerne bis zum Abschluß der Debatten im französischen und deutschen Parlament gewartet, bevor er irgend etwas über die Frage gesagt hätte. Aber in Deutschland sei bereits so viel darüber gesprochen worden, insbesondere in den jüngsten Darlegungen des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, daß er sich selbst auf die Gefahr hin, die Debatten zu stören, die in Frankreich und Deutschland noch stattfinden müßten, verpflichtet fühle, eine ziemlich vollständige Erklärung abzugeben. Er wüßte auf die Empfindlichkeiten und Schwierigkeiten der öffentlichen Meinung in Frankreich und Deutschland jede Rücksicht zu nehmen. Aber, fuhr Grey fort, es ist bereits so viel über uns dort gesprochen worden, daß wir dieselbe Rücksicht auf unsere eigene öffentliche Meinung nehmen müssen.

Man werde es sicherlich im Auslande verstehen, das was geschehen sei, es für England unmöglich mache, eine vollständige Erklärung noch länger hinauszuschieben. Er werde also einen Bericht über die Unterhandlungen zu geben haben, die im Sommer zwischen ihm und dem deutschen Botschafter stattgefunden hätten. Er wolle beginnen mit einer Erzählung dessen, was zwischen England und Deutschland im Sommer vorgegangen sei; dann wolle er untersuchen, was der wirkliche Grund der zwischen Deutschland und England durch die marokkanische Frage hervorgerufenen Spannung gewesen sei, es habe sich bezüglich dieser Spannung im Sommer so viel Mißtrauen und Verede angesammelt, daß es die Gemüter in beiden Ländern mehr als je zuvor erregt und aufgeregelt habe, obwohl die Kritik, welcher Art sie nun auch gewesen sein mag, vorüber ist, werde ich mich bemühen,

#### jene Erregung zu mildern,

nicht dadurch, daß ich verkleinere, was wirklich ernsthaft gewesen ist, sondern dadurch, daß ich versuche, eine getreue Darstellung der Situation zu geben. Der dritte Teil von dem, was ich sagen möchte, wird allgemeine Bemerkungen über die auswärtige Politik bringen und eine Antwort auf gewisse Abschnitte der Reden des deutschen Reichskanzlers sein, die mir ein

#### hoffnungsvolles Verzeihen

zu sein scheinen.

Grey schloß seine einseitigen Bemerkungen mit folgenden Worten: wenn in dem früheren Teil meiner Erklärung Dinge enthalten zu sein scheinen, die keine hoffnungsvolle oder verständliche Entwicklung versprechen, so bitte ich das Haus, zu bedenken, daß, wenn ich richtigstelle, was schwierig und störend gewesen ist, ich dies nicht in der Absicht tue, es hervor zu heben oder zu verewigen, sondern in der Absicht, es aus dem Wege zu räumen.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat bereits nicht eine vollständige, aber eine ausgedehnte Aufklärung über das gegeben, was in der Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter in London und mir vorgegangen ist. Im diplomatischen Verkehr ist es sehr ungewöhnlich, einen Bericht über Unterredungen zu veröffentlichen, ohne vorher den anderen Teilnehmer zu befragen. In diesem Fall wußte ich nichts, bis ich den veröffentlichten Bericht zu lesen bekam. Ich verstehe, daß die Anforderungen der Lage in Deutschland es unmöglich gemacht haben, daß ich vorher befragt wurde. Wenn ich befragt worden wäre, so würde ich sicherlich keine Einwendung erhoben haben. Ich erhebe

#### keine Beschwerde

darüber, aber es wurde mir dadurch die Notwendigkeit auferlegt, aufzuklären, was nach meiner Ansicht dem Haus über den Anteil, den wir an der Angelegenheit genommen haben, mitgeteilt werden muß. Der deutsche Reichskanzler und der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes haben bereits ein Mißverständnis erklärt. Man hat in einigen Kreisen angenommen, daß Deutschland gegen die französische Aktion, das heißt gegen den Marsch nach Fez überhaupt protestiert und daß Frankreich angeführt eines deutschen Protestes auf dem Marsch bestanden habe. Die deutsche Regierung hat dargelegt, was die deutsche Ansicht wirklich gewesen ist, und ich habe keinen Kommentar dazu zu geben und keine Kritik daran zu üben. Meine Erzählung beginnt also mit dem 1. Juli.

An diesem Tage kam der deutsche Botschafter auf das Auswärtige Amt und machte folgende Mitteilung. (Es folgt die bekannte, auch von der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichte Rede.) Der „Panther“ war, glaube ich, damals auf dem Wege nach Agadir. Aber in der Erläuterung des Botschafters, welche diese Erklärung begleitete, war noch mehr enthalten. Diese Mitteilung war begleitet von einer Erläuterung, die erkennen ließ, daß die deutsche Regierung eine Rückkehr zum Status quo in Marokko als zweifelhaft, wenn nicht als unmöglich betrachtete und daß, was sie im Auge hatte, eine definitive Lösung der marokkanischen Frage zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien war. Die Mitteilung wurde am Sonnabend gemacht, und sie ließ darauf schließen, daß das ins Auge gefaßte wirkliche Ziel eine definitive Lösung der ganzen marokkanischen Frage war. Am folgenden Montag teilte ich dem deutschen Botschafter mit, daß ich mit dem Premierminister gesprochen habe, und daß wir die durch

die Entsendung des „Panther“ nach Agadir geschaffene Situation als so wichtig betrachteten, daß sie in einer Sitzung des Kabinetts erörtert werden müßte. Ich wollte bis zu dieser Kabinettsitzung nichts weiter sagen, aber ich möchte, daß die deutsche Regierung sofort erfahre, daß nach unserer Ansicht

#### die Lage ernst und wichtig

sei. Ich sah den deutschen Botschafter am 4. Juli wieder und sagte, ich müsse ihm mitteilen, daß unsere Haltung bezüglich Marokkos keine uninteressierte sein könne. Wir müßten unsere Vertragsverpflichtungen gegen Frankreich und unsere eigenen Interessen in Marokko in Betracht ziehen. Wir seien der Ansicht, daß durch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir eine neue Situation geschaffen sei. Die künftige Entwicklung könnten vielleicht die britischen Interessen direkter berühren, als sie bisher berührt worden seien, und daher könnten wir keine neuen Arrangements anerkennen, zu denen man

#### ohne uns

gelangen könnte. Ich machte es ganz klar, daß diese Mitteilung und die von mir gebrauchten Worte genau diejenigen von Seiner Majestät Regierung seien. Nun folgte eine

#### Periode des Schweigens.

Der deutsche Botschafter hatte keinen Auftrag, mir irgendeine Bemerkung bezüglich meiner Mitteilung zu machen, und wir erhielten keine Mitteilung von der deutschen Regierung über das, was ihre Wünsche und Ziele seien oder woran sie gedacht habe, als sie von einer definitiven Lösung des marokkanischen Problems sprach. Das war die

#### wirklich wichtige Frage.

Aus anderen Kreisen gelangten einige Mitteilungen an uns, die uns besorgen ließen, daß die von Deutschland ins Auge gefaßte Regelung eine

#### Teilung Marokkos

sein könnte, und zwar durch Verhandlungen, zu denen man uns nicht hinzuzuziehen beabsichtigte. Es ist natürlich vollständig richtig, daß wir uns in Marokko durch das Abkommen mit Frankreich von 1904 politisch desinteressiert hatten, aber beim Abschluß dieses Abkommens hatte die frühere britische Regierung gewisse wirtschaftliche und strategische Bedingungen stipuliert. Diese hätten durch eine neue Regelung bezüglich Marokkos gestört werden können, und das war der Grund, warum wir uns über das beunruhigten, was geschehen könnte. Der britische Botschafter in Berlin hatte am 12. Juli Gelegenheit, den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes über einige weniger wichtige Fragen zu sprechen, und ergriff die Gelegenheit, zu sagen, daß einmal von einer Unterhaltung zu Dreien zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien gesprochen worden sei, woraus zu schließen wäre, daß

#### wir davon ausgeschlossen

werden sollten. Der Staatssekretär sagte weiterem Botschafter, er möge uns mitteilen, daß niemals irgend ein Gedanke an eine solche Unterhaltung existiert habe. Aber ausgenommen diese negative Erklärung erhielten wir von der deutschen Regierung keine weitere Mitteilung. Etwas später hieß es in der Presse, daß die deutsche Regierung mit Bezug auf französisch-kongo Forderungen von einer Ausdehnung gestillt habe, daß offenbar weder die französische Regierung noch die französische Kammer hätte zustimmen können, und ich wurde besorgt wegen der künftigen Entwicklung der Marokko-Frage. Ich sprach daher am 21. Juli mit dem deutschen Botschafter und sagte ihm, ich möchte keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß unser Stillschweigen nicht so verstanden werden dürfe, als ob wir an der marokkanischen Frage nicht das Interesse nehmen würden, das in unserer Erklärung vom 4. Juli ausgesprochen worden war. Wir hätten gewußt, daß eine Vertiefung der Grenze von französisch-kongo als Grundlage für die Verhandlungen mit Frankreich vorgeschlagen worden sei. Wir hielten es für möglich, daß auf dieser Basis eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht werden könnte, welche die britischen Interessen nicht berührte. Wir würden uns sehr freuen, wenn dies gelingen sollte, und in der Hoffnung, daß dies geschehe, hätten wir uns bisher beiseite gehalten. Aber ich sei ängstlich geworden durch Mitteilungen, die Tags zuvor über die von der deutschen Regierung an die französische gestellten Forderungen erschienen seien. Forderungen, welche tatsächlich keine Grenzberichtigung, sondern eine

#### Abtretung von französisch-kongo

bedeuteten und denen offenbar die französische Regierung unmöglich zustimmen könnte.

Ich hätte gehört, daß die Verhandlungen nach andauern und ich hoffte noch, daß sie zu einem befriedigenden Resultat führen würden. Aber ich könnte keinen Zweifel darüber lassen, daß eine

#### sehr verwirrende Situation

entstehen würde, wenn sie erfolglos verlaufen sollten. Ich bemerkte dem deutschen Botschafter, daß die Deutschen in dem geschlossenen Hafen Agadir sich befänden, daß sie nach Gerüchten, die unter den Eingeborenen verbreitet seien, Mannschafts landeten und mit den Stämmen verhandelten, so daß sie nach allem, was wir wüßten, Konzessionen daselbst erwerben könnten und daß sogar die deutsche Flagge in Agadir gehißt sein könnte, das der passendste Hafen für eine Flottenbasis an jener Küste sei. Es lasse sich nicht sagen, bis zu welchem Grade die Situation zu unserem Nachteil sich ändern könnte, und wenn die Verhandlungen mit Frankreich scheiterten, würden wir gezwungen sein, etwas zum Schutz der britischen Interessen zu tun und unsererseits an den Erörterungen teilzunehmen. Je länger die Deutschen in Agadir blieben, um so größer sei die Gefahr, daß sie einen Stand der Dinge schaffen, der es für sie noch schwieriger machen würde, sich zurückzuziehen und für uns noch notwendiger, irgend einen Schritt zum Schutz der britischen Interessen zu unternehmen. Ich hätte all dies sagen wollen, solange wir noch die Hoffnung hegten, daß die Verhandlungen mit Frankreich erfolgreich sein würden. Wenn ich das jetzt nicht läte, könnte es später zur Erbitterung führen, wenn die deutsche Regierung durch unser Stillschweigen zu der Annahme verführt worden wäre, daß wir kein Interesse an der Sache hätten.

Der deutsche Botschafter war nicht in der Lage, mir irgend eine Aufklärung zu geben, wies aber die Annahme zurück, daß, was ich als mögliche Schädigung der britischen Interessen bezeichnet hätte, wirklich stattgefunden habe, er sei gewiß, seine Regierung habe nicht die Absicht, Handelsmonopole zu erwerben und unsere Interessen in unfairer Weise zu schädigen. Darauf bemerkte ich, die Tatsache, daß Deutschland einen geschlossenen Hafen weiter besetzt halte, schließe wenigstens ein Monopol für kommerzielle Möglichkeiten in sich.

Im Laufe dieses Tages, des 21. Juli, sagte mir

#### Lloyd George,

er habe bei einem wichtigen Anlasse im Mansionhouse am Abend zu sprechen, er bezieht mit dem Premierminister und mir, was gesagt werden sollte, es war 14 Tage, nachdem die letzte

öffentliche Mitteilung über Marokko hier gemacht worden war, und diese Mitteilung war lediglich die sehr kurze Darlegung gewesen, die von dem Premierminister in diesem Hause vorgebracht war, wir waren ängstlich gespannt (anxious) auf den Weg, auf dem die Dinge sich entwickelten, und wir alle fühlten, daß, wenn ein Kabinettsminister ersten Ranges bei einem so förmlichen Anlasse kein Wort über auswärtige Angelegenheiten sage, das überall zu einer Irreführung der öffentlichen Meinung Veranlassung geben würde, was ich an diesem Tage dem deutschen Botschafter in Bezug auf Agadir und die Verhandlungen mit Frankreich gesagt hatte, war offenbar nur für den diplomatischen Weg geeignet. Der Schatzkanzler nahm deshalb in seiner Rede in mehr allgemeinen Ausdrücken auf die Lage Bezug. Was er gesagt hat, ist in Erinnerung. Die Ausführungen Lloyd Georges verlangten keinerlei Vorrang oder Vorherrschaft für uns in internationalen Angelegenheiten,

#### keinerlei Drohung

im Sinne des Wortes „Hände weg“ gegen irgendjemand oder irgendwohin. Sie brachten nicht zum Ausdruck, daß irgend eine spezielle Forderung oder irgend welche Ansprüche auf seiten Deutschlands mit britischen Interessen nicht zu vereinbaren wären. Ihre Bedeutung (purport) war, daß, wo britische Interessen berührt würden, wir nicht behandelt werden dürfen, als ob wir nicht mitsäßen. Wenn die Zeit je kommt, wo das nicht gesagt werden darf, werden wir aufgehört haben, zu existieren, wenigstens als eine Großmacht. Tatsächlich waren die ersten deutschen Vorgesprächen der Rede, die mir zu Gesicht kamen, so, wie man sie natürlicherweise erwarten dürfte. Ein deutsches konservatives Blatt sagte, daß, wenn das Wort Deutschland statt des Wortes England gesagt würde, die Rede von einem deutschen Minister hätte gehalten sein können. Aber der Wortlaut der Rede war bald vergessen, und

#### eine Art Legende

wuchs um sie empor.

Zum Beispiel hörte ich einige Wochen später von einem Deutschen, der zu seinem englischen Freunde gegen die Rede protestierte. Als man ihm aber einen Bericht zu lesen gab, sagte er, daß dasjenige, wogegen man sich in Deutschland gewandt habe, nicht die Rede selbst sei, sondern die Tatsache, daß sie zu einem Zeitpunkt gehalten wurde, als Frankreich und Deutschland im Begriffe waren, zu einem Einverständnis zu kommen, und daß sie die Verhandlungen gestört habe. Gerade das Gegenteil ist wahr, bezüglich des Zeitpunktes, zu dem die Rede gehalten wurde, drei Tage nach der Rede Lloyd Georges, besuchte mich der deutsche Botschafter und teilte mir mit, daß die deutschen Absichten bei der Entsendung eines Schiffes nach Agadir sich nicht geändert hätten. Nicht ein Mann sei dort gelandet worden, die deutsche Regierung bedauere, daß man den Insinuationen über die Absichten Deutschlands Glauben schenkte, die von feindseliger Seite herrührten. Deutschland habe nie daran gedacht, einen Hafen für seine Flotte an der marokkanischen Küste zu schaffen und werde niemals daran denken, solche Gedanken seien Halluzinationen. Was die Verhandlungen mit Frankreich betreffe, so sei die deutsche Regierung, wofür ihre Forderungen etwas hochgepaßt seien, bereit, Konzessionen zu machen, sowohl in Marokko als auch in anderen kolonialen Angelegenheiten, aber der chauvinistische Ton der französischen und eines Teiles der britischen Presse, die Deutschland mit einer Einmischung der Freunde Frankreichs bedrohten, sei nicht dazu angetan, eine Beilegung zu fördern. Auf diese Erklärung des Botschafters erwiderte ich, es sei wahrscheinlich, daß ich im Parlament befragt werden würde, was in Agadir vorgehe. Ich möchte daher gern wissen, ob ich antworten könne, daß die deutsche Regierung mich benachrichtigt habe, daß nicht ein Mann gelandet worden sei. Der Botschafter bat mich dann, über diese Unterredung nicht eher eine öffentliche Erklärung abzugeben, als bis er Zeit gefunden, mit seiner Regierung in Verbindung zu treten. Am nächsten Tage besuchte mich der deutsche Botschafter wiederum und sagte mir, daß seine Mitteilung vom Tage vorher vertraulich sei und daß die deutsche Regierung ihre Zustimmung nicht geben könne, daß im Parlament davon Gebrauch gemacht werde. In Bezug auf die Rede Lloyd Georges machte er mir dann die Mitteilung, welche jetzt von dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen veröffentlicht worden ist. Diese Mitteilung war eine

#### scharfe Kritik

und zwar mehr an der Wirkung der Rede auf die Presse, als an dem Inhalt der Rede selbst. Aber sie war außerordentlich steif im Tone und ich hielt es für notwendig, zu sagen, da die Rede mir keinen Anlaß zur Klage zu geben scheine, sei die Tatsache, daß sie in Deutschland Ueberraschung hervorgerufen habe, an sich eine Rechtfertigung der Rede, denn sie hätte keine Ueberraschung hervorrufen können, wenn nicht in Deutschland eine gewisse Reizung zu dem Gedanken bestanden hätte, daß man uns nicht zu beachten brauche. Die Rede Lloyd Georges hatte nichts gefordert außer daß wir berechtigt seien, als eine der großen Nationen betrachtet zu werden. Sie hatte keinen Vorrang beansprucht und hatte nicht einmal angedeutet, daß eine Krise bestände. Sie handelte in allgemeinen Ausdrücken von entfernten Möglichkeiten. Die deutsche Regierung hat erklärt, es vertrage sich nach der Rede des Schatzkanzlers nicht mit ihrer Würde, darüber Erklärungen zu geben, was in Agadir vorgehe. Ich fand, daß der Ton ihrer Mitteilung es unvereinbar mit unserer Würde machte, Erklärungen über die Rede abzugeben.

An dieser Stelle möchte ich dem Haus sagen, daß Erklärungen über das, was in Agadir stattgefunden hatte, mir natürlich von dem deutschen Botschafter gegeben worden waren, aber das öffentliche Erklärungen nicht gegeben werden konnten. Ich fügte in meiner Unterredung mit dem Botschafter hinzu, daß durch nichts, was gesagt worden sei aber gesagt werden würde, beachtet werde, die Unterhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich in Verwirrung zu bringen. Wir hegten im Gegenteil den aufrichtigen Wunsch, daß sie zum Erfolge führen möchten, aber der Ton der deutschen Mitteilung sei sehr unerschmeßlich (unfavourable) sowohl für Frankreich als für uns, und mache es klarer als je, daß eine

#### sehr schwierige Situation

entstehen würde, wenn die Verhandlungen Deutschlands mit Frankreich nicht zum Erfolge führen sollten; auf diesem Standpunkt blieb die Angelegenheit bis zum 27. Juli. Der deutsche Botschafter machte an diesem Tage folgende Mitteilung: „Wir hegen die Zuversicht, daß Sir Edward Grey durch unsere sehr offene und aufrichtige Mitteilung die Ueberzeugung gewonnen hat, daß unsere Vorgesprächen mit Frankreich im jetzigen Augenblick die britischen Interessen nicht berühren. Wir verlassen uns auf des Ministers große Loyalität, die er so oft bezeugt hat, daß er es möglich finden wird, diese Tatsache im Parlament festzustellen, ohne jedoch irgendwelche Einzelheiten unserer vertraulichen Mitteilung zu geben. Wir bestätigen mit Vergnügen des Ministers Erklärung, daß er ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich wünscht, und sind vollkommen überzeugt, daß dies sich als eine sehr große Bereicherung der Fortschritte der Verhandlungen erweisen wird.“

Im Hinblick auf den von Sie Edward ausgehenden Wunsch können wir aber nicht völlig einsehen, wie er bei dem gegenwärtigen Stande der Besprechung unsere Forderungen als offenbar und möglich bezeichnen kann, ohne daß er weiß, was wir unter freier Frankreich auf politischem Gebiet und in kolonialer, territorialer Beziehung anzubieten beabsichtigen. Mit Rücksicht auf die formelle Bepflichtung der Geheimhaltung, welche wir übernommen haben, ist es nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen. Aber da die eventuell auszutauschenden Gebiete ausschließlich deutsche und französische sind, so glauben wir nicht, daß speziell englische Interessen berührt werden könnten, und es erscheint ratsam, es den beiden unmittelbar beteiligten Parteien zu überlassen, den Wert der eventuell auszutauschenden Objekte abzuschätzen. Die unfreundliche Kritik von englischer Seite muß offenbar die Unterhandlungen erschweren. Auf der anderen Seite würde eine öffentliche Erklärung, daß England einen erfolgreichen Abschluß der französisch-deutschen Unterredungen gern sehen würde, einen höchst wohlthätigen Einfluß auf ein günstiges Resultat ausüben, das wir auf das ernsthafteste er hoffen. Wir wünschen auf das aufrichtigste, alle Reibungspunkte, die wir mit Frankreich in der kolonialen Sphäre, besonders in Afrika, haben, zu vermindern, und hoffen, daß es schließlich möglich sein wird, sie gänzlich verschwinden zu lassen. Selbst wenn dies geschehen sollte, können wir nicht auf Schaffung intimer Beziehungen mit Frankreich hoffen, aber wir glauben, daß es die Ursache häufig wiederkehrender Spannung beseitigen würde. Wenn die Wünsche Englands in derselben Richtung liegen, so würde der beste Weg, dieses Resultat zu erlangen, sein, einen beruhigenden Einfluß auf die öffentliche Meinung in Frankreich auszuüben, welche gerade jetzt durch halbe Wahrheiten und ungenaue Erklärungen beträchtlich erregt worden ist. Der Ton dieser Mitteilung war durchaus freundschaftlich sowohl für Frankreich als auch für uns und ich würdigte sogleich den freundschaftlichen Ton, in dem die Mitteilung abgefaßt war. Der deutsche Vorkämpfer und ich hatten noch einige weitere Gespräche allgemeiner und informeller Natur, in deren Verlauf er einiges Bedauern über die Art und Weise ausdrückte, in welcher unsere öffentliche Meinung zu feindlichen Schlüssen über das deutsche Vorgehen verleitet worden sei. Ich fragte ihn, was denn anders erwartet werden konnte, wenn die deutsche Regierung plötzlich ein Schiff nach Agadir sende, einem geschlossenen Hafen, der an der Westküste Marokkos der geeignetste Platz für eine Flottenbasis sein soll. Natürlich habe diese Aktion die britische öffentliche Meinung in Bewegung gesetzt. Ich wies darauf hin, daß wir nach meiner im Namen der britischen Regierung ihm abgegebenen Erklärung von der deutschen Regierung

keinerlei Mitteilung vor dem 24. Juli

erhalten hätten und selbst dann sei die Verneinung jeglicher Absicht, eine Flottenbasis zu schaffen, in einer Form erfolgt, von der ich keinen Gebrauch machen konnte, um den Argwohn zu beschwichtigen, der hier erweckt worden war. Ich schlug dem Vorkämpfer vor, und er nahm diese Anregung sehr gern an, daß wir diesen Punkt nicht weiter verfolgen sollten, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese neueste deutsche Mitteilung als ein neuer Ausgangspunkt genommen werde und daß wir nicht auf die Dinge zurückgehen dürften, die zu gegenseitigen Besorgnissen führen könnten. Am Nachmittag desselben Tages gab Premierminister Asquith seine Erklärung im Unterhause ab, und jeder, der diese Erklärung liest, wird sehen, daß der Geist, in welchem wir die Sache in der Öffentlichkeit erörterten, dem Geist entspricht, in welchem wir uns einander seihen genähert hatten, von jenem Tage ab gab es keine weiteren Schwierigkeiten zwischen uns und der deutschen Regierung.

## Laura und Paul Lafargue.

Von Karl Kautsky.

Vor wenigen Wochen noch, am 1. November, am dem Kongreß unserer französischen Genossen zur Revision des Organisationsstatuts ihrer Partei, nahm Paul Lafargue in energischer und bedeutsamer Weise an der Debatte teil. Soeben bringt uns der Telegraph die Trauerkunde, er sei mit seiner Lebensgefährtin freiwillig aus dem Dasein geschieden, um körperlichem und geistigem Verfall zu entgehen! Eine überraschende und erschütternde, aber nicht niederdrückende Kunde. Das Abscheiden des tapferen Paares erinnert an jene altgermanischen Selden, die sich von Freundeshand mit einem Speer durchstoßen ließen, sobald sie fühlten, daß die Gebrechlichkeit des Alters nahe, da sie nichts mehr fürchteten, als den „Strohstod“, das langsame Hinsterben auf dem Siechenbett.

Zu jenen alten Reden fühlte sich Lafargue stets durch eine starke Sympathie hingezogen. Die Vorzeit war ihm das liebste Objekt seiner Studien. Seine Abstammung mag an der Hinneigung zu diesen Studien nicht unbeteiligt gewesen sein. Er wurde von französischen Eltern am 15. Januar 1842 in Santiago auf Kuba geboren. Die Mutter seines Vaters war eine Mulattin von Sanft Domingo, der Vater seiner Mutter ein Jude, Abraham Armagnac; endlich die Mutter seiner Mutter eine Indianerin! So berichtet wenigstens Ch. Berceque in seinem eben erschienenen „Dictionnaire du socialisme“. Ich habe von der Abstammung seiner Mutter nie erzählt gehört, wohl aber wies er selbst gern darauf hin, daß er Regerblut in seinen Adern habe.

Wie es sich mit seiner Abstammung auch verhalten möge, auf jeden Fall ergab die Mischung der Rassen ein treffliches Resultat: der Frohsinn und Optimismus des Negers mit dem Sprit und der Phantasie des Franzosen machten Lafargue zu einem der lebenswürdigsten und anregendsten Menschen, die ich kennen gelernt. Aber diese Lebenswürdigkeit hinderte ihn nicht, ein ebenso kraftvoller wie zäher und unerbittlicher Kämpfer für eine große Sache zu sein. Und die seine wurde schon in frühen Jahren der Sozialismus.

Mit neun Jahren kam Lafargue nach Frankreich, besuchte die Anzen von Bordeaux und Toulouse und studierte schließlich Medizin in Paris. Schon dort schloß er sich der republikanisch-sozialistischen Opposition gegen das Kaiserreich an und war einer der Organisatoren des Studentenkongresses zu Rüttich 1866. Außerdem nahm er an einer Demonstration gegen Napoleon III. teil. Grund genug, daß er von allen französischen Universitäten relegiert wurde, was ihn nach England trieb, wo er seine medizinischen Studien vollendete. Natürlich blieb er daneben auch seiner politischen Tätigkeit treu, wurde Mitglied der Internationale und in ihr, wegen seiner Kenntnis des Spanischen, Sekretär für Spanien.

Mit Marx trat er bald in engeren Verkehr, wurde sein Schüler und Freund und schließlich auch sein Schwiegersohn, Gatte seiner zweiten Tochter Laura.

Es war eine ungemein beglückende und harmonische Ehe, die Lafargue einging — harmonisch auch in ihrem Ausklingen. Nur in einem Punkte brachte sie dem jungen Paare schmerzliche Erfahrungen. Ihre beiden Kinder starben ihnen in zartem Alter, was Lafargue so erschütterte, daß er an der medizinischen Wissenschaft verzweifelte und der ärztlichen Praxis entsagte.

Das geschah indes erst einige Jahre nach dem Jahre 1871. Dieses fand Lafargue im südlichen Frankreich, in Bordeaux, wo seine Eltern wohnten. Begeistert begrüßte er die Pariser Kommune, die ihm den Auftrag erteilte, für eine der Kommune freundliche Bewegung tätig zu sein. Damit hatte er keinen Erfolg und mußte schließlich froh sein, daß es ihm gelang, mit heiler Haut nach Spanien zu flüchten. Dort schlug er seinen Wohnsitz auf und arbeitete für die Internationale, im Verein mit Pablo Iglesias, der heute noch als unermüdlicher Kämpfer in Spanien wirkt. Vereint suchten sie dem Bakunismus entgegenzuwirken, der damals die Internationale unterminierte und in Spanien lebhaften Anklang fand. Auch hier hatte Lafargue keinen Erfolg. Trotz der zähesten und opfervollsten Tätigkeit gelang es ihm und seinen Freunden nicht, des Bakunismus Herr zu werden, der in Spanien eine seiner Hochburgen fand.

Schließlich verließ Lafargue Spanien und wandte sich wieder nach England, wo er mit seiner Frau nun das gleiche Emigrantenelend durchzumachen hatte, das zwei Jahrzehnte vorher Laura Marx schon als Kind mit ihren Eltern in so hohem Maße erfahren mußte. Aber wie die Alten sungen, so zwitscherten die Jungen. Alle Enttäuschungen und alles Ungemach vermochten ihre Siegeszuversicht nicht zu brechen.

Und endlich kamen auch wieder bessere Tage. Die Arbeiterbewegung in Frankreich begann sich am Ende der siebziger Jahre von dem Schlege zu erholen, den ihr die Niederlage der Kommune verfehlt hatte. Sogleich war Lafargue dabei, auf die französischen Arbeiter im Sinne des Marxismus zu wirken, den er aufs gründlichste studiert hatte. Einen tatkräftigen Genossen fand er dabei in Jules Guesde, der seit 1876 in Paris für den Sozialismus tätig war und den unser deutscher Genosse Karl Stirch dort dem Marxismus zuführte. Im Jahre 1880 kam Guesde nach London und war mit Lafargue bei Marx, wo das Programm der marxistischen Partei, des parti ouvrier français, formuliert wurde.

Nach der Amnestie der Kommunisten 1882 kehrte Lafargue nach Paris zurück, wo er schon 1883 die Freiheit der Republik durch eine Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis wegen einer Rede kennen lernte.

Er ging von nun an vollständig im Tageskampfe durch Presse und Reden auf, was ihm bald weitere Anklagen und 1891 wieder eine Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis brachte. Als Protest gegen diese Niedertracht wählten ihn die Genossen von Lille in die Kammer, wo er mit Geschick und Energie unsere Sache verfocht, leider nicht lange, denn die Regierung, der er sehr unbehagen war, änderte seinen Wahlkreis und gestaltete diesen derartig, daß Lafargue bei der nächsten Wahl 1893 nicht wieder gewählt wurde. Seitdem sah er nicht mehr in der Kammer, und er drängte sich auch zu keinem Mandat. Er hatte wohl die Empfindung, daß seine Eigenart ihm außerhalb des Parlaments eine vollere Entfaltung seiner Kräfte ermöglichte.

Er ist seitdem hauptsächlich als Schriftsteller, namentlich aber als Theoretiker der Partei, tätig gewesen. Dem historischen Materialismus galt sein Hauptinteresse; ihn praktisch anzuwenden, sowohl in der Kleinarbeit des Tages wie in der historischen Forschung, darin sah er seine Hauptaufgabe. Auf seine urgeschichtlichen Forschungen wurde schon eingangs dieser Zeilen hingewiesen. Aber dabei blieb er nicht stehen. Auch über die Geschichte der französischen Revolution hat er wertvolle Beiträge geliefert und seine Literaturkritiken, über Viktor Hugo, Zola, Daudet usw., waren ebenfalls sehr bedeutend.

Dabei wurde er niemals ein trockener Gelehrter. Immer humorvoll, immer voll Geist und Scharfsinn, war er ein Meister der politischen Satire, und sein „Recht auf Faulheit“ hat ihn vielleicht bekannter und populärer gemacht, als alle seine wissenschaftlichen Arbeiten.

Mehr über diese zu sagen, ist in den flüchtigen Zeilen, die ich unter dem ersten Eindruck der Trauernachricht hinschreibe, nicht möglich. Genug, er war nicht bloß für den französischen, sondern für den internationalen Sozialismus einer unserer Meister. Nach Marx und Engels war auch er mein Lehrer, und ich darf wohl bei dieser Gelegenheit ihm persönlich den Hohn der Dankbarkeit aufs Grab legen für die Hülfe von Wissen und Einsicht, die ich ihm verdanke.

Weniger als über Paul läßt sich über Laura Lafargue sagen, die zweite Tochter von Karl Marx, die ihm 1845 geboren wurde. Sie war keineswegs eine weniger reiche Natur als ihr Gatte, nicht weniger charakterfest, nicht weniger unserer Sache ergeben, nicht weniger voll politischen Interesses und Verständnisses. In der Kenntnis des deutschen Sozialismus war sie ihrem Gatten sogar überlegen. Aber sie scheute die Öffentlichkeit, war für unsere Sache immer nur im stillen, unscheinbar tätig.

Ihre Hauptbegabung war die sprachliche. Sie meisterte die verschiedensten Sprachen mit gleicher Leichtigkeit und das Uebersetzen wurde ihre liebste Arbeit. Namentlich als Uebersetzerin deutscher Gedichte, z. B. von Heinrich Heine, ins Englische, hat sie bedeutendes geleistet. Vor zwei Jahren veröffentlichte sie eine französische Uebersetzung von Marx' „Kritik der politischen Ökonomie“ in vollendeter Form; eine Leistung, die in jeder Beziehung zu den schwierigsten gehört, und die nicht hätte ahnen lassen, daß diejenige, die sie vollbrachte, so bald freiwillig auf jedes weitere Wirken unter uns verzichten werde, um dem Verfall des Alters zu entgehen.

Laura Lafargue ist offenbar in voller Kraft von uns geschieden, weil ihr das Leben ohne den Gefährten, mit dem

sie mehr als vier Jahrzehnte in innigstem Verein gekämpft, unerträglich erschien.

Schmerzlich werden wir die beiden vermessen, als Freunde, als Kameraden, als Lehrer. Und doch, so hart der Schlag, liegt ein versöhnendes und erhebendes Moment in der stolzen Art, in der sie dem Tode wie dem Leben in gleicher Weise ihre Verachtung bezeugten. Keine schmerzliche Erinnerung an Siechtum, an Verfall, an Senilität, trübt das Andenken an sie. Nur mit freudigen, erhebenden Eindrücken ist unsere Erinnerung an sie verbunden. Sie sind wirklich in Schönheit gestorben, um so schöner, weil ohne jede Pose, so einfach und schlicht, so wahr und groß, wie sie gelebt.

### Die Todesnachricht.

Paris, 27. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gestern früh wartete der Gärtner des kleinen Landhauses in Dreteil, einem Landort in der Nähe von Paris, vergebens auf das gewohnte Erscheinen des Ehepaars Lafargue. Unruhig gemorden, öffnete er das Schlafzimmer. Lafargue lag tot ausgestreckt auf dem Bette, seine Frau Laura sah entsetzt in einem Fauteuil. Auf dem Tische lagen Briefe und eine Depesche an Edgar Longuet, ihrem Neffen und Enkel von Karl Marx. Der Brief Paul Lafargues lautet:

„Gesund an Leib und Geist gab ich mir den Tod, bevor das unerbittliche Greisenalter einen Teil des Vergnügens und der Freude des Daseins nimmt und mich der physischen und geistigen Kraft beraubt, meine Energie lähmt, meine Sinne bricht und mich zur Last für mich selbst und die anderen macht. Seit Jahren habe ich mir das Versprechen gegeben, das 70. Lebensjahr nicht zu überschreiten. Ich habe die Jahreszeit für meinen Abschied aus dem Leben längst bestimmt und die Ausführung meines Entschlusses vorbereitet, nämlich eine Einspritzung von Zyanalkali. Ich sterbe mit höchster Freude, die mir die Gewißheit bereitet, daß die Sache, der ich 45 Jahre meines Lebens gewidmet habe, in nicht allzu ferner Zukunft triumphieren wird. Es lebe der Kommunismus, es lebe der internationale Sozialismus!“

## Marokkofragen.

### Eine vernünftige Maßregel.

Wie offiziell mitgeteilt wird, tritt der Kreuzer „Berlin“, nachdem in Agadir alles ruhig und keine Gefahr für Leben und Eigentum von Deutschen mehr vorhanden, über Casablanca und Tanger die Heimreise an. Das Kanonenboot „Eber“ wird die „Berlin“ nach Casablanca und Tanger begleiten und sich dann wieder auf die westafrikanische Station begeben.

### Das Märchen von der Siedelungskolonie.

Hamburg, 27. November. In der heutigen Gesellschafterversammlung der Hamburg-Marokkanischen Gesellschaft m. b. H. legte die Verwaltung den Bericht über die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft, die Interessen hauptsächlich im südlichen Marokko verfolgt, vor. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß nach den bisherigen von ihr an Ort und Stelle vorgenommenen Ermittlungen aus Gründen des Klimas und der Bodenbeschaffenheit eine Ansiedlung deutscher Bauern in Südmarokko (Saghaie) nicht Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg bieten würde, und daß andererseits auch zurzeit der Nachweis fehlt, daß die Voraussetzungen vorliegen, die eine lucrative Plantagenwirtschaft ermöglichen. Die Verwaltung beschloß daher, einstweilen von dem Erwerb landwirtschaftlicher Interessen in Südmarokko abzusehen.

Was das Erzvorkommen in Südmarokko anlangt, so hat die Gesellschaft auf Grund reichhaltiger Erproben eine Reihe von Fundorten angemeldet. Die unsicheren Verhältnisse haben aber bislang eine genaue Nachprüfung der Mächtigkeit und Abbaubarigkeit der betreffenden Lager verhindert. Die Gesellschaft ist daher auch davon überzeugt, daß keine der anderen in Südmarokko tätigen bergbaulichen Interessentengruppen Lager entdeckt hat, deren Abbaubarigkeit im großen Maße schon nachgewiesen ist. Da jedoch verlässliche Umstände darauf hindeuten, daß sich — so wenig hierüber auch heute feststeht — in Südmarokko wirklich abbaubare Erzlager finden, und da ferner durch das Marokkoabkommen, dessen Abschluß von der Gesellschaft begrüßt wird, eine Konsolidierung auch der südmarokkanischen Verhältnisse zu erwarten ist, die ein sachgemäßes Weiterarbeiten gestattet wird, beschloß die Gesellschafterversammlung, wie bisher das betreffende Gebiet durch Sachleute untersuchen zu lassen und die für die Fortführung der Tätigkeit erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

### Die Verhandlung in Frankreich.

Paris, 27. November. Wahrscheinlich wird die Beratung über das deutsch-französische Abkommen in der Kammer am 6. oder 7. Dezember beginnen können. Vermutlich werden drei Sitzungen genügen, die Debatte zu erschöpfen. Der Senat wird voraussichtlich seinen Beschluß so fassen, daß der Vertrag noch vor Ende des Jahres in Kraft treten kann.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. November 1911.

### Reichstagsauflösung in Sicht?

Als Termin für die Auflösung des Reichstages ist, wie die „Militärpol. Korrespondenz“ versichern zu können glaubt, Mittwoch, der 6. Dezember, in sichere Aussicht genommen.

### Reichsverband und Hansabund.

Die Konservativen hatten zum Sonntag in Hannover eine Demonstrationsversammlung einberufen, in der der Reichsverbandsgeneral v. Liebert über die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien sprach. Liebert arbeitete mit den bekanntesten Reichsverbandsgenossen, besonders gah er die Schale seines Jornes über den Präsidenten des Hansabundes aus. Nach Ansicht des Reichsverbandsgenerals bedeutet die Aufstellung von 220 Kandidaten des Hansabundes eine Zerrüttung aller Wahlkreise und damit einen Triumph der Sozialdemokratie.

Der Kerger des großen Reichsverbandstrategen dürfte eine seiner wesentlichen Ursachen darin haben, daß ihm durch die Gründung des Hansabundes verschiedene Geldquellen verschlossen worden sind. Wie die Dinge liegen, wird der Reichsverband als konservative Wahltagungszentrale nicht anders können, als im Wahlkampf seine Agenten auch gegen den Hansabund mobil zu machen, und damit würde der Reichsverband natürlich neuerdings den Beweis dafür erbringen, daß er seine Aufgabe nicht etwa einzig darin erblickt, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, sondern daß er alles niederrigen will, was nicht bereit ist, im konservativen Fahrwasser zu segeln. Es ist ein höchst gelungener Witz, daß sich der Reichsverband jetzt gegen jene Kreise wendet, die eifrig mitgeholfen haben, ihn groß zu ziehen.

Außer Herrn v. Liebert räsonierten auch Herr v. Kröcher, der antisemitische Abgeordnete und Amtsgerichtsrat Lattmann, der Generalkonstant v. Brochm und Herr Dieberich Sahn

gegen die Sozialdemokratie, den Hansabund und die heutige demokratische Strömung. Besondere Erwähnung verdient des letzteren Rede, denn er erklärte, daß die Viehzucht und der Gartenbau in höherem Maße als bisher gegen die Konkurrenz des Auslandes geschützt werden müßten, und deshalb die Konservativen im nächsten Reichstag bei der Vorbereitung der neuen Handelsverträge einen erhöhten Zollschutz für Viehprodukte und Gartenbauernzeugnisse fordern würden.

Eine höchst beachtenswerte Ankündigung! Den Landwirten sind also die enorm gestiegenen Preise für Vieh, Milch und Gemüse noch immer nicht hoch genug. Deshalb sollen durch neue Zölle die Preise noch weiter in die Höhe getrieben werden!

### Man schlägt sich — man verträgt sich!

Aus gut unterrichteten politischen Kreisen will die „Rhein-Westf. Zeitung“ erfahren haben, daß Herr v. Bethmann Hollweg in der erneuten Plenarberatung des Marokko-Abkommens seinen scharfen Worten vom 10. November gegen Herrn v. Seydewitz eine entgegenkommende und abschwächende Auslegung zu geben beabsichtige.

### „Mit dem Volke.“

Man merkt, daß die Reichstagswahlen nahe sind. Nicht nur an der Erregung der Wählerschaft, sondern auch an dem Ton der liberalen Blätter, und zwar auch derjenigen, deren Liberalismus man sonst mit der Laterne suchen muß, um schließlich zu entdecken, daß gar keiner vorhanden ist. So fühlt auch die ehrbare „Rheinische Zeitung“ auf einmal wieder ihr „liberales“ Herz an die dünnen Rippen schlagen. Sie gibt dem stürmenden Drang Ausdruck in einem Artikel mit der verheißungsvollen Ueberschrift „Mit dem Volke!“ Darin wird dem fünften Reichstagskanzler eine Vorlesung über die Regierungskunst der Neuzeit gehalten und die Erwartung ausgesprochen, Herr von Bethmann Hollweg werde, wenn er die Ergebnisse seiner Politik überblicke, zu der Einsicht kommen, daß sich mit der Theorie allein, so verführerisch sie auch im Wirrwarr der Parteien erweise, nicht mehr regieren lasse:

„Was in der Zeit des aufklärten Absolutismus gut und wohl gewesen sein mag: Alles für das Volk, nichts durch das Volk, schied sich nicht für das zwanzigste Jahrhundert. Heute kann die Parole nicht anders lauten als: Alles für das Volk, alles mit dem Volke.“

Sogar auf die auswärtige Politik will die „Rheinische Zeitung“ diesen Grundsatz ausgedehnt wissen. Die letzte kritische Phase unserer Regierungspolitik habe die Tatsache bewährt, daß man heute auswärtige Politik nicht mehr von Kabinett zu Kabinett, sondern nur noch mit dem Volke machen könne. Und um darzutun, wie ernst es dem Nationalliberalismus mit seiner Liebe zum Volke ist, teilt das Blatt an anderer Stelle mit, daß für den Wahlkreis Köln-Land als nationalliberaler Kandidat ein Eisenbahnarbeiter aufgestellt worden sei. Damit, glaubt das Blatt, da auch in Bochum und Göttingen nationalliberale Arbeiterkandidaturen aufgestellt seien, dürste nun endlich mit der Meinung aufgeräumt sein, daß in den Reihen der Liberalen für Arbeiter kein Platz sei.

Im Wahlkreis Köln fielen bei der letzten Reichstagswahl auf das Zentrum 28 000, auf die Sozialdemokratie 17 500 und auf die Nationalliberalen 7500 Stimmen. Es lebe die nationalliberale Arbeiterkandidatur! Auch mit dem schönen Spruch: Alles mit dem Volke kommt das nationalliberale Blatt einige Jahrzehnte zu spät. Für uns lautet der Spruch: Alles durch das Volk! Das Volk braucht keinen Mitregenten, es kann und wird sich selber regieren!

### Parteiverschiebungen im Reichstag.

Die „Voss. Ztg.“ weist darauf hin, daß seit den Wahlen von 1907 im ganzen 48 Reichstagswahlkreise erforderlich gewesen sind, abgesehen von der offengelassenen Wahl für Liebermann v. Sonnenberg. Von 48 Reichstagswahlkreisen sind 30 für die Partei, die im Besitz des Mandats war, erfolgreich gewesen, 18 haben mit einem Verlust des Mandats geendet. In 18 Wahlkreisen ist also seit 1907 eine Parteiverschlebung erfolgt.

Die Konservativen und Christlichsozialen erzielen nicht einen einzigen Gewinn, verlieren aber vier Mandate: Emden-Norden und Labiau-Wehlau an die Fortschrittliche Volkspartei, Siegen und Oleyo-Lud an die Nationalliberalen.

Die Antisemiten gewannen gleichfalls nichts ein neues Mandat, verloren aber zwei Wahlkreise: Eisenach und Schöppau-Warternberg an die Sozialdemokraten.

Das Mandat des Bundes der Landwirte für Alzev-Wingen ging nach dem Tode des Abg. Keller an das Zentrum über.

Neben diesem Mandatgewinn hatte das Zentrum drei empfindliche Verluste zu verzeichnen: Es verlor Immenstadt und Konstanz an die Nationalliberalen, Düsseldorf an die Sozialdemokraten.

Die Polen hatten weder Verluste noch Gewinne zu verzeichnen.

Die Welfen eroberten Syle-Dona-Verden von den Nationalliberalen.

Die Nationalliberalen gewannen vier Mandate: Siegen von den Christlichsozialen, Oleyo-Lud von den Konservativen, Immenstadt und Konstanz vom Zentrum. Sie hielten aber sechs Mandate ein: an die Welfen Syle-Dona-Verden und an die Sozialdemokraten Landau, Tammstatt, Koburg, Friedberg-Waldingen und Frankfurt-Bebus.

Die Fortschrittliche Volkspartei verlor an die Sozialdemokraten Nordermünde-Weedom-Wollin und Halle, gewann aber von den Konservativen Emden-Norden und Labiau-Wehlau.

Die Sozialdemokraten endlich gewannen zehn Mandate: zwei von den Antisemiten (Eisenach und Schöppau-Warternberg), zwei von der Fortschrittlichen Volkspartei (Nordermünde-Weedom-Wollin und Halle), fünf von den Nationalliberalen (Landau, Koburg, Friedberg, Tammstatt, Frankfurt-Bebus) und schließlich vom Zentrum Düsseldorf.

### Die Verlogenheit der Kaplandspresse.

Mit jener eigenartigen Wahrheitsliebe, die ihrer christlichen Ethik entspricht, sucht die Zentrumspresse ihren Lesern einzureden, daß die Getreide-, Vieh- und Fleischpreise nicht den die letzteren so vorzüglich ergänzenden Vieheinfuhrverbote ohne Einfluß auf die Getreide- und Fleischpreise sind. Wenn die Preise so monoton die wichtigsten Lebensmittel eine ganz ungewöhnliche Höhe erreicht hätten, so liege das einerseits lediglich an der Dürre im letzten Sommer, die als eine Schickung Gottes betrachtet werden müsse, gegen die niemand murren dürfe, andererseits aber daran, daß die mit Lebensmitteln handelnden Krämer, Kleinhändler und Gemüsehändler zuviel verdienen wollten. Besonders aber schlugen gerade die sozialdemokratischen wie freimännlichen Händler wie auch die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine zu viel auf die Engrospreise auf.

So läuft zurzeit folgende häßliche Geschichte über eine angebliche sozialdemokratische Fleischversteuerung durch die Kaplandspresse, die der in Rede erscheinenden „Globe“ entnommen ist:

Dieser Tage wurden hier rote Wahlflugblätter verteilt, die uns Landwirten das Bekannte sozialdemokratische Verlangen „die Grenzen auf“ begreiflich machen sollten. Wir sagten den Zettel-

verteilern: „Was wollt ihr? Wir können unser Vieh ja nicht mal los werden. Kauft ihr es uns doch ab! Für 85 Pf. das Pfund ausgeschlachtet könnt ihr es haben!“ Als die roten erwiderten, sie müßten für das Pfund Speck 96 Pf. bezahlen, wurde ihnen gesagt: „So geht doch nach Gütersloh, dort könnt ihr Speck, soviel ihr haben wollt, für 70 Pf. das Pfund kaufen.“ Da erklärten uns die Flugblattverteiler, sie könnten doch nach Feierabend nicht mehr zum Speck-einkauf nach Gütersloh fahren; ihren Speckbedarf müßten sie beim Vielefelder Konsumverein decken. Also die Gütersloher Geschäfte verlaufen den Speck mit 70 Pf. für das Pfund (die Vielefelder Detailgeschäfte mit 75 Pf.), aber der sozialdemokratische Konsumverein nimmt seinen Mitgliedern 96 Pf. ab! Da der Speck beim Einkauf im Großen etwa 65 Pf. kostet, hat der sozialdemokratische Konsumverein einen Nutzen von zirka 32 Prozent, während sich die bürgerlichen Geschäfte mit einem Nutzen von 10—12 Prozent begnügen! Ein lehrreiches Kapitel!

Am Tage früher, als die Zentrumspresse diese Notiz brachte, hatte die „Globe“ am 14. November folgender Verächtigung Raum geben müssen:

Der Vielefelder Konsumverein G. G. m. B. H. schreibt uns: „In Ihrer Ausgabe vom 10. d. M. geben Sie unter der Rubrik: „Zur Wahlbewegung“ eine Unterhaltung gelegentlich einer Flugblattverteilung wieder, in welcher behauptet wird, daß der Speck im Vielefelder Konsumverein 96 Pf. per Pfund kostet. Wir erlauben Sie höflich, folgende Verächtigung in Ihrer Zeitung aufnehmen zu lassen: Der Speck kostet im Vielefelder Konsumverein nicht, wie in der Notiz vom 10. cr. behauptet wurde, 96 Pf., sondern nur 88 Pf., und von Montag, den 18. cr., ab nur 80 Pf. Auf diese Preise erhalten die Mitglieder eine Rückvergütung von 12 Proz., so daß die prozentuale Gewinnberechnung, nach welcher der Konsumverein einen Nutzen von 32 Proz. haben soll, illusorisch ist. Um übrigens zu bemerken, daß der Speck erst in den letzten Wochen infolge bedeutender Vorräte in aller Ware billiger geworden ist. Es ist dann die Rede von dem „sozialdemokratischen Konsumverein“. Wenn damit gesagt sein soll, daß der Vielefelder Konsumverein die sozialdemokratische Partei finanziell unterstützt, dann ist darauf zu erwidern, daß der Konsumverein sich in diesem Falle mit dem Genossenschaftsgesetz in Gegensatz bringen würde, und im anderen Falle ist die Bezeichnung „sozialdemokratischer Konsumverein“ völlig sinnlos.“

### Eröffnung des Landtages für Elsaß-Lothringen.

Wie aus Straßburg gemeldet wird, ist als Tag der Eröffnung des neuen Landtages der 6. Dezember in Aussicht genommen. Die feierliche Eröffnung wird im Kaiserpalast stattfinden.

### Der deutsch-türkische Handelsvertrag

vom 26. August 1890 nebst Zusatzvereinbarung vom 25. April 1907 ist nach einer Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bis zum 25. Juni 1914 verlängert worden.

### Konservative und nationalliberale Parteigründungsversuche in Elsaß-Lothringen

beschäftigen seit einigen Wochen die Presse dieser Parteien, mehr in Altdeutschland als in den Reichslanden selbst, wo es neben den Zentrumsbildern eine konservative Presse und neben der bold rechts, bald linksliberal schillernden „Straßburger Post“ ein nationalliberales Blatt gar nicht gibt. Tragisch sind diese Gründungsversuche nicht zu nehmen, und im Grunde nimmt sie kein Mensch ernst. Da ist zunächst ein sogenannter Elsaß-Lothringischer Wahlverein, für den die „Deutsche Tageszeitung“ die Reklametroffel gerollt hat und der alle rechtsstehenden, konservativ-monarchistisch gerichteten Wähler sammeln will; dann eine Geschäftsstelle der Nationalliberalen Partei in Straßburg, die ein nationalliberaler Verein für ganz Elsaß-Lothringen werden möchte, und an deren Spitze der „Post“-Journalist Max Winterberg steht, der infolge dieser Wachsenstufen aus dem Vorstande des Liberalen Vereins Straßburg und aus dem Vorstande der Liberalen Landespartei ausgeschieden ist. Der Liberale Verein Straßburg hatte nach diesem Austritt das Bedürfnis, öffentlich zu erklären, daß man sich „auf neue zu dem ursprünglichen Ideal der Liberalen Landespartei, als einer Sammlungsgestalt für alle wahrhaft liberalen und demokratischen Elemente unseres Landes“, bekannt habe. Mit dieser feierlichen Erklärung tut die Liberale Landespartei der nationalliberalen Seßstoss zu viel Ehre an! Doch wer kann für seine Angst?

### Einen Wahlkreis

unsauberer Art leidet sich in Nr. 47 vom 25. November das Organ der Demokratischen Vereinigung, „Das freie Volk“, indem es behauptet, die sozialdemokratische Parteipresse habe „sich zu ausschließlich mit den Fragen der Arbeiter im engeren Sinne beschäftigt“. Der Zweck dieser Behauptung ist ohne weiteres ersichtlich. Die Demokratische Vereinigung möchte die Wählerstimmen der kaufmännischen und technischen Angestellten der Sozialdemokratie abjagen und für sich gewinnen. Natürlich ist jene Behauptung durchaus unwahr. Man erinnere sich nur daran, daß bei dem kirchlichen Attemal der Gutehoffnungshütte in Sterkrade auf das Koalitionsrecht der Angestellten es gerade die sozialdemokratische Parteipresse gewesen ist, die entschieden für die Interessen der Angestellten eintrat. Auch früher, ehe die Demokratische Vereinigung geboren war, haben die sozialdemokratischen Tageszeitungen die Interessen der Angestellten wahrgenommen.

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel: „Das Regierungsspiel mit dem Kriegesfeuer“ in Nr. 278 des „Vorwärts“ muß es auf der zweiten Spalte, 80. Zeile von unten, statt des deutschen Seebundes heißen: „der deutschen Seemacht“.

Ferner sind auf der dritten Spalte die beiden letzten Absätze umzustellen.

### Perrien.

#### Neue Forderungen Rußlands.

Petersburg, 26. November. Aus durchaus kompetenter Quelle verlautet, daß die russische Regierung durch die perische Entschuldigung die Erzeugung der Gendarmen auf der Besitzung Schoah es Soltaneles durch Kosaken keineswegs zufriedengestellt ist. Die russischen Truppen bleiben in Resch und werden nach Bedarf, je nachdem sich die Dinge entwickeln, weiter vormarschieren.

### Die Rede Sir Edward Greys.

(Fortsetzung von Seite 8.)

Grey fährt fort: Damit ist tatsächlich das Ende meines Berichtes erreicht und die einzige Erklärung, die ich dazu zu machen habe, ist, daß in den Enthüllungen, die im Reichstag durch den deutschen Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten erfolgten, ich die Anführung finde, daß eine Absicht, einen Hafen in Marokko zu nehmen, in Deutschland nie bestanden habe. Er sagte, er habe dies ausdrücklich zu gegebener Zeit einem wohlbelannten Altdeutschen mitgeteilt; der in Rede stehende Herr habe es aber nicht geglaubt. Wenn nach der Erklärung des Kabinetts, die wir dem deutschen Botschafter am 4. Juli übermittelten, diese Absicht und als endgültige anvertraut worden wäre, so würde, wie ich glaube, ein gut Teil Mißverständnisse vermieden worden sein (Weisfall).

Was den weiteren Verlauf der Verhandlungen betrifft, so brauche ich nur zu sagen, daß die französische Regierung uns über

jeden Punkt zu Rate zog, wo es irgendwo wahrscheinlich schien, daß britische Interessen berührt werden könnten, und vielleicht mit Ausnahme eines oder zweier untergeordneter Punkte von ausschließlich ökonomischem Charakter in Marokko selbst, waren wir in der Lage, zu erklären, daß britische Interessen nicht in den Vorschlägen oder Gegenvorschlägen, die im Laufe der Verhandlungen gemacht wurden, in Frage kamen. Alles was wir sagten oder taten in unseren Mitteilungen an die französische Regierung, richtete sich auf

Förderung und nicht auf Behinderung der Verhandlungen.

Wenn er auf das eingehe, was er als die wahre Natur der Spannung

bezeichne, so habe er zu erklären, daß zwischen Frankreich und Deutschland ein Abkommen erreicht sei, in welchem beide Seiten sich wichtige Zugeständnisse machten und wichtige Vorteile gewährten. Daß dieses Abkommen angenommen wurde und der Friede gegenüber der Erregung während der Verhandlungen bewahrt blieb, ist eine den an den Verhandlungen beteiligten Diplomaten hoch anzurechnende Tatsache (Weisfall) und durchaus nicht beschämend für die Stellung, die wir unsererseits nahmen, obgleich es nur eine nebensächliche (subsidiäre) Stellung war. Nichtsdestoweniger ist dies der Moment, den einige Leute dazu ausnutzen, sich über anzuregen und somit anders als sie in Deutschland oder hier durch eine Erörterung aufregen konnten, wie nahe man an dem Kriege war. (Weisfall.)

In diesem Augenblicke scheint wirklich in der Weltatmosphäre vorandem unheilvoller Einfluss an der Arbeit gemessen zu sein, der jeden Teil der Erde beunruhigt und erregt. Wir sind neuer durch einen Zeitraum großer Erregung hindurchgegangen. Einige Länder befinden sich im Bürgerkrieg, andere sind im Kriegszustand, und in mehreren Ländern, die weder Bürgerkrieg noch Krieg haben, gibt es Leute, die entzückt davon sind, auseinanderzusetzen, wie nahe sie dem Kriege oder der Revolution gewesen sind oder möglicherweise sein werden, sei es in der Vergangenheit, in der Gegenwart oder in der Zukunft. (Weiterheit, Weisfall.)

Es ist wirklich, als ob die Welt in einem Zustande von politischem Alkoholismus wäre. (Weisfall, Weiterheit.) Ich erwähne die Rede, die kürzlich

### Oberst Haber

hielt, nur, weil diese Rede auch in der Budgetkommission des Reichstags Gegenstand der Erörterung war, und wie mir von ganz zuverlässiger Seite mitgeteilt wurde, die Verbitterung des deutschen Volkes verhärtet hat. Ich weiß wohl, daß es für uns leicht möglich wäre, zu erwidern, daß eine oder zwei im Reichstag gehaltene Reden — nicht amtliche, und auch Haber ist kein amtliches Mitglied (Weiterheit) — uns genau so viel Grund geben, hier zu erklären, daß unsere öffentliche Meinung dadurch beleidigt wurde. Ich kann nur mein Bestes tun, ich kann versuchen, den vorhandenen Argwohn und das aufregende Gerüchte abzuwehren. Natürlich war eine

sehr beträchtliche Besorgnis,

wie es Frankreich und Deutschland gelingen würde, eine Lösung durch ihre Verhandlungen zu finden. Diese Verhandlungen waren sehr schwierig und hätte eines von ihnen sie abgebrochen, so wäre es sehr schwierig gewesen, zu sagen, was die nächste Folge gewesen wäre.

Wir wußten, Frankreich hegte den ernstlichen Wunsch nach einer Verhandlung und würde die Verhandlungen nicht plötzlich abbrechen. Wir glaubten auch nicht, daß die deutsche Regierung dies tun würde, obgleich ihre Ansichten über den Lauf der Verhandlungen uns unbekannt waren. Es sah ein- oder zweimal später im Sommer so aus, als ob die Verhandlungen auf einen toten Punkt kommen könnten. Natürlich würde der nächste diplomatische Schritt für eine an der Algerienfrage beteiligte Macht der gewesen sein, eine

### Konferenz

vorgeschlagen. Das wäre ein Schritt gewesen, den zu tun wir bereit gewesen wären. Ich hatte die deutsche Regierung im Juli daraufhin sondiert. Die Antwort deutete an, daß der Vorschlag nicht annehmbar erscheinen dürfte. Das war das Bedenkliche an der diplomatischen Lage.

Im andern Falle hätten die Dinge dann nicht besser, sondern schlechter werden können. Wir würden folgende Lage vor uns gehabt haben: Wir würden auf alle Fälle den

### Anfang einer Teilung Marokkos

gehabt haben zwischen den drei Parteien Frankreich, Deutschland und Spanien, die verschiedene Stellen im Besitz hätten. Wir würden dann keinen Anteil an Verhandlungen gehabt haben, wir würden aber an die Erklärung gebunden gewesen sein, daß wir keine Regelung anzuerkennen vermöchten, bei der wir nicht gestraft worden wären. Wenn die Verhandlungen gescheitert wären, so würden wir die Aussicht auf eine

### sehr gespannte diplomatische Situation

gehabt haben, und zweifellos ist dieser Zeitraum wirklich von Zeit zu Zeit voll Spannung gewesen nicht wegen dessen, was in den nächsten 24 Stunden sich ereignen würde, sondern wegen der Besorgnis um das, was sich möglicherweise ereignen konnte. Das ist eine genaue und getreue Wiedergabe der Situation wie sie bestand, eine Darlegung oder wirkliche Tatsachen der Situation, welche in Anbetracht des Gerüchtes von Kriegsgefahr nicht alarmierend und beunruhigend, sondern sündern auf die Erregung wirken sollte. (Weisfall.)

Redner kam dann ausführlich auf die auswärtige Politik im allgemeine zu sprechen.

### Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

## Letzte Nachrichten.

### Die Aussperrung in der Metallindustrie.

Wie uns mitgeteilt wird, findet heute, Dienstag, eine Zusammenkunft von Vertretern der beiden streikenden Parteien statt, um zu versuchen, in letzter Stunde noch eine Verständigung über die strittigen Punkte herbeizuführen. Inwieweit diese Bemühung, die von dritter Seite angeregt wurde, Erfolg hat, bleibt abzuwarten.

### Metallarbeiterstreik in Königsberg.

Königsberg i. Pr., 27. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Sämtliche Former und Gießereiarbeiter der Union A.-G., Königsberg haben heute die ArbeitsEinstellung wegen Akkordpreiszugaben beschlossen.

### Der italienische Raubzug.

Rom, 27. November. Nach einer Meldung des Messager über den geistigen Kampf bei Tripolis fanden die Italiener in den Häusern der Cafe mehr als 300 Tote und Verwundete (!) des Feindes. In Senna wurden 72 Leichen gefunden. Viele andere unterhalb Jala. Die Zahl der Gefangenen beträgt über 300, unter ihnen mehrere türkische Offiziere.

Reichstag.

210. Sitzung vom Montag, den 27. November.

Am Bundesratsitz: Staatssekretär Dr. Wermuth, Staatssekretär Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betr.

Eisenbahnbauten im Ostafrikanischen Schutzgebiet.

Die Vorlage enthält einen einzigen Paragraphen, durch den der Reichskanzler ermächtigt wird, die zur Fortführung der Usambara-Eisenbahn und zum Ausbau des Hafens in Tanga bereitgestellten Mittel auch zu Ergänzungs- und Neubauten auf der Stammstrecke Tanga-Mombasa, sowie zur Gewährung eines Darlehens an die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft zur Fortführung der Eisenbahn Darassalam-Morogoro bis an den Tanganjikasee, sowie zu Ergänzungs- und Umbauten an der Stammstrecke Darassalam-Morogoro zu verwenden.

Staatssekretär Dr. Solf begründet die Vorlage: Die Vorlage ist nur ein Baustein zu dem Gebäude, zu dem mit Zustimmung des Reichstags im Jahre 1908 der Grundstein gelegt wurde. Diese erste Vorlage, die ich vor dem Reichstage zu vertreten habe, ist auf die ureigene Arbeit meines Vorgängers, des Herrn Staatssekretärs v. Lindquist, zurückzuführen, der dieser Angelegenheit seine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet hat. Bei Annahme der Vorlage würde die Bahn den Tanganjikasee erreichen und das wäre ein wesentlicher Vorteil; denn wenn die belgische Kongokolonie mit ihren Bahnbauten vor uns diesen See erreichen würde, so würde sie einen großen Teil des Handels von dem natürlichen Einfuhrgebiet unseres Schutzgebietes nach Westen zum Atlantischen Ozean ableiten. Der dringend notwendige Uim- und Ergänzungsbau der Usambara-Eisenbahn würde einen Kostenaufwand von 1.800.000 M. erfordern. Der Betrag ist bei den etatsmäßig bereitstehenden Mitteln verfügbar, da bei dem Weiterbau bis Nossi Erparnisse in dieser Höhe erzielt worden sind.

Abg. Erzberger (Z.): Der Weg, der mit dieser Vorlage wieder beschritten wird, ist für das Budgetrecht des Reichstages sehr gefährlich, und die Budgetkommission, an die ich die Vorlage zu verweisen beantrage, wird eingehend prüfen müssen, ob der Reichstag in solcher Form Nachtragsetats bewilligen kann. Die Ausgaben, die für Bahnbauten hier gefordert werden, betragen 52 Millionen Mark, denn wenn die gegenwärtige Vorlage angenommen wird, so kann man später die Bahnbauten nicht liegen lassen, wenn das Geld ausgegangen ist. Die früheren Vorlagen und Vorarbeiten für die Bahnbauten waren offenbar ganz ungenügend, wenn so stark von den Vätern abgewichen wird, wie es der Fall ist. Daß dem Reichstage ungenügendes Material seinerzeit vorgelegt wurde, geht aus dem höchwichtigen Dokument hervor, das Kollege Sadelum am 4. November im „Plutus“ veröffentlicht hat, nämlich das Gutachten einer anerkannten kolonialen Autorität über die Wertlosigkeit der Ostafrikanischen Eisenbahn, die 1909 verstaatlicht wurde. Hätte dieses Gutachten dem Reichstage damals vorgelegen, so hätte der Reichstag trotz aller Veredsamkeit Dernburgs dem Anlauf der Ostafrikanischen Eisenbahn nicht zugestimmt. Der Reichstag hat also alle Veranlassung, die Vorlage nicht in einer Hurrastimmung anzunehmen, sondern sie ernstlich in der Kommission zu prüfen. — Daß die Bahnbauten den Kolonialgebieten nützen werden, ist ja anzunehmen; aber einen Teil der Kosten wird man doch wohl von den Eingeborenen erheben können, denen es wirtschaftlich jetzt erheblich besser geht als früher.

Ueber die voraussetzliche Rentabilität der Bahnen gestattet die uns zugegangene Denkschrift gar kein Urteil, Ueberschüsse werden ja nur da erzielt, wo Baumaterial transportiert wird. An Ueberschüsse ist jedenfalls nicht bald nach Fertigstellung der Bahn zu denken. Im allgemeinen haben meine Freunde der Weiterführung der Bahn bis zum Tanganjikasee freundlich gegenüber; aber über die finanzielle Seite müssen wir noch nähere Aufklärungen bekommen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Wermuth: In der Ermächtigungsvorlage, die Ihnen vorliegt, ist allerdings ein Nachtragsetat enthalten. Aber von Anfang an war angenommen, daß die Bahn nicht bei Tabora endigen, sondern bis zum Tanganjikasee fortgeführt werden sollte. Das haben sowohl wir wie der Reichstag von Anfang an ins Auge

gefaßt. Das einzige Neue und Unerwartete ist, daß die Strecke bis Tabora verhältnismäßig früh fertig geworden ist. Bei der Bahn handelt es sich um eine werbende Anlage und deshalb ist zur Beschaffung der Mittel der Weg der Anleihe zulässig, den wir Ihnen vorschlagen. Ob die Aufwendungen für die Bahn sich gleich in den ersten Jahren verzinsen werden, ist zweifelhaft; aber das ist doch kein Grund, die Bahn nicht bis zu ihrem natürlichen Ende fortzuführen.

Stellvertretender Staatssekretär Dr. Solf: Die einzelnen von Herrn Erzberger erhobenen Bedenken werden wie in der Budgetkommission zerstreut. Aber schon jetzt möchte ich den gegen die Firma Holzmann in Frankfurt a. M. erhobenen Vorwurf zurückweisen. (Abg. Erzberger Z.): Ich habe keinen Namen genannt. Aber die Firma ist deutlich bezeichnet worden. Anfangs war die Bahn wie alle Kolonialbahnen, nur Stichbahnen; jetzt muß dagegen der Unterbau ein ganz anderer sein, und daraus ergeben sich die Mehrforderungen der Firma.

Abg. Dr. Wagner-Sachsen (L.): Es könnte zweifelhaft erscheinen, ob der Reichstag jetzt noch vor seinem Ende einen Beschluß fassen soll, der wenigstens moralisch auch eine Belastung der Zukunft bedeutet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber es handelt sich um die Fortführung eines Programms, dem auch der Reichstag zugestimmt hat, und deshalb kann von diesem Bedenken abgesehen werden. In einer Hurrastimmung sind wir nicht; wir erklaren aber in der Vorlage ein wesentliches Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung des Schutzgebietes. (Bravo! rechts.)

Abg. Koste (Soz.):

Ueber das glänzende Geschäft, das das Reich gemacht hat, als es sich die Ostafrikanische Eisenbahn kaufte, wird bei der nächsten Etatsberatung besser ausführlich zu sprechen sein als bei dieser Vorlage. Die gegenwärtige Vorlage ist um so überraschender, als wohl keiner im Reichstag geglaubt hat, es solle noch eine Vorlage von so bedeutender finanzieller Tragweite erledigt werden. Die Zeit ist so kurz, daß man Zweifel hegen kann, ob es möglich sein wird, sie mit der notwendigen Ruhe zu erledigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich, daß die Vorlage einmal kommen würde, stand lange fest; insofern gilt, daß, wer A gesagt hat, auch B sagen muß. Unmöglich konnte man die Bahn mitten im Lande bei Tabora stehen lassen. Die Vorlage ist aber viel rascher gekommen, als in Aussicht genommen war. — Wenn die wirtschaftliche Lage des Schutzgebietes und der Eingeborenen sich durch die Bahn auch heben wird, so ist es doch fraglich, ob wir dann gleich von den Eingeborenen mehr Steuern erheben können.

Bei der Erschließung neuer Gebiete durch die Bahn sollte mit außerordentlicher Vorsicht vorgegangen werden, denn es liegt eine außerordentliche Gefahr darin, wenn die Steuererhebung in dem Uganadegebiete dazu führen sollte, daß die Millionen streitbarer Männer in jenem Gebiet in Bewegung gesetzt würden. Wie weit die in der Denkschrift gemachten Zahlenangaben zutreffen, können wir hier nicht nachprüfen. Wir schließen uns deshalb dem Antrag an, die Vorlage der Kommission zu überweisen. Die an sich nicht unerfreuliche Feststellung der Erparnisse bei dem Bahnbau beweist, wie mangelhaft der Voranschlag gewesen ist. Die Denkschrift ist vorzüglich, als die unverantwortlichen Verantwortlichen der Bahn in der Presse gewesen sind. Ohne Eisenbahnen kann natürlich Afrika nicht der Kultur erschlossen werden. Das erkennen wir auch an. Der Teil der Presse, der sich besonders für diesen Bahnbau ins Zeug gelegt hat, hat aber ganz unmäßige,

geradezu gemeingefährliche chauvinistische Argumente

dafür ins Feld geführt. Es scheint, daß ohne hurrapatriotischen Lärm in Deutschland überhaupt nichts mehr gemacht werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der „Deutschen Tageszeitung“ wird dafür Stimmung gemacht, die Vorlage ohne nennenswerte Debatte deswegen anzunehmen, weil in einer derartigen überhäuferten Beschlußfassung eine Demonstration gegenüber England läge. In einer solchen hurrapatriotischen Stimmung ist doch wahrlich dieser Bahnbau absolut kein Anlaß. Es handelt sich um eine rein wirtschaftspolitische Maßnahme, die der Reichstag nichtern prüfen soll.

Vor allem sollte man dafür sorgen, daß bei den Bahnbauten in den Schutzgebieten es auch einigermaßen menschlich zugeht. Wir ist eine Menge Material über einen der Bahnbauten zugegangen, das derartig entsetzlich ist, daß ich es nicht glauben würde, wenn nicht die amtlichen Unterlagen

dafür vorhanden wären. Nach dem mit vorliegenden Material beginnt der Skandal schon bei der Anwendung der farbigen Bahnarbeiter. Ich richte an die Kolonialverwaltung die bestimmte Frage, ob es richtig ist, daß auch deutsche Schutztruppenoffiziere und farbige Soldaten zur Anwerbung von Bahnarbeitern in Kamerun Verwendung gefunden haben. Die Anwerbung geschieht in der Weise, daß die Leute bedroht werden und daß man ihre Weiber gefangen nimmt, wenn sie nicht freiwillig zum Bahnbau sich melden. Oft fliehen die Leute aus Angst vor den Weibern in den Busch. Es sind zwar Vorkämpfer über die Behandlung der Arbeiter erlassen worden, aber sie stehen nur auf dem Papier. Die Sterblichkeit unter den Arbeitern der Bahn in Kamerun beträgt etwa 20 Prozent und die Krankheitsziffer ist außerordentlich groß. Die Lazarette werden aber von der Bahnverwaltung unterhalten und diese scheidet die Kranken Leute oft gegen den Widerspruch der Ärzte wieder zur Arbeit. (Hört! hört!) Eine Verfügung des stellvertretenden Ingenieurs weist darauf hin, daß die Bahnverwaltung endlich noch einen weiteren Arzt anstellen möge, weil die Krankheitsziffer so außerordentlich hoch sei. Die zur Arbeit herangetriebenen Farbigen werden in gewisser Beziehung tatsächlich wie Hunde behandelt. Es wird keiner mit Namen angeredet, sondern die Leute sind im amtlichen Verkehr nur Nummern. Jedem wird mit einer festen Plombe

eine derartige Hundemarke um den Hals gelegt.

(Hört! hört!) Der Redner zeigt eine runde Blechmarke. Die Leute werden auch sonst ganz unmenschlich behandelt. Die allergrößten Mißhandlungen sind an der Tagesordnung und Beschwerden menschlich fühlender Weissen werden von der Verwaltung glatt abgewiesen. Auf eine solche Beschwerde erging wörtlich folgender Bescheid der Bauverwaltung: „Wenn ein Mann von einem Schachtmeister blutig geprügelt wird, so haben Sie den Mann einfach verbinden zu lassen, alles andere geht Sie nichts an!“ (Hört! hört!)

Alle diese Tatsachen sind der Kolonialverwaltung zur Kenntnis gebracht worden. Ein schwarzer Arbeiter wurde von einem Schachtmeister mit dem Hammer am Schienbein blutig geschlagen. Als der Arzt der Bauverwaltung dies mitteilte, wurde ihm verboten, davon der Aufsichtsbehörde Mitteilung zu machen. Von den Revisionen beim Bau und in den Lazaretten ist die Verwaltung vorher unterrichtet und sie zeigt den revidierenden Beamten dann Potemkinsche Dörfer. Die Heilgehilfen in den Lazaretten haben einen

schwunghaften Handel mit den Köpfen der schwarzen Arbeiter

getrieben, die sie den dort Verstorbenen abschneiden. (Hört! hört!) Der menschenfreundliche Arzt Dr. Behr teilte in einem Schreiben den Heilgehilfen mit, daß er ihnen zu „seinem Bedauern“ das weitere Abschneiden der Köpfe verbieten müsse. Die Behandlung der farbigen Arbeiter ist derartig, daß man sich direkt wundern muß, daß nicht ein Aufstand eine unmittelbare Folge davon gewesen ist. Farbige Arbeiter sind durch die Schachtmeister direkt zu Boden geschlagen worden. Vorher hat man sie allerdings halb verhungern lassen. Die Schachtmeister haben einfach den Arbeitern die Beköstigung gestohlen und die Leute dann durch Prügel gezwungen, die Kost von ihnen wieder zurückzukaufen. Unter diesen Schachtmeistern befinden sich die schwersten Verbrecher. Wenn der Aufsichtsbearbeiter zur Revision kam, haben die Schachtmeister die Leute mit offensichtlichsten Mißhandlungsmethoden einfach in den Busch geschickt. (Hört! hört!) Ein Schachtmeister, Kaiser heißt dieser Kulturträger hat einen farbigen Arbeiter dachstäblich

mit den Nägeln totgetreten.

Dafür wurde er zu der niedrigen Strafe von zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Alle diese Vorgänge sind erst vor ganz kurzer Zeit passiert. Sie spielten sich bei kameruner Bahnbauten ab, aber es ist notwendig, daß gegen derartige Schändlichkeiten so schnell als möglich eingeschritten wird. Wir haben nicht die geringste Garantie, daß diese

Schandwirtschaft,

die in Kamerun mehrere Jahre dauern konnte, sich nicht auch bei den Bahnbauten wiederholt, die uns jetzt beschäftigen. Wir werden uns sehr gründlich überlegen, ob wir der Regierung Geld bewilligen für

Kleines feuilleton.

Theater.

Neues Volkstheater: Die lebendige Leiche von Tolstoi. Die Neue Freie Volksbühne führte ihren Mitgliedern das in Tolstois Nachlaß gefundene Stück, über dessen Inhalt der „Vorwärts“ schon kurz berichtete, vor. Das Publikum folgte mit williger Aufmerksamkeit und wurde von den abschließenden Gerichtsszenen ergriffen. Prolassows Ausbruch vor dem schnüffelnden Untersuchungsrichter, dieser empörte Aufschrei menschlichen Empfindens, rief stürmisch-demonstrativen Applaus bei offener Szene hervor.

Ein Drama freilich wird man diese Arbeit kaum nennen dürfen. Der Stoff, der nur durch eine außerordentlich eingehende, in die Vergangenheit der Hauptperson zurückgreifende psychologische Analyse überzeugende Gestaltung hätte gewinnen können, widerstrebt dem engen Bühnenschema. Die abtönenden Zwischenglieder fehlen. Man hat den Eindruck von Stützen für einen Roman. Prolassow, der sich und der Seinen Lebensglück in willensloser Schwäche vernichtet und doch ein zartes, gütiges Empfinden im Herzen trägt, soll offenbar ein Typus, eine Art Produkt und Symptom der gesellschaftlichen Verhältnisse sein. In unserer vornehmen Streifen, löst ihn der Dichter sagen, hat ein junger Mensch nur drei Möglichkeiten: man wird russischer Beamter, kriecht Geld zusammen, richtet sich in dem allgemeinen Sumpf behaglich ein; und das ist manchmal widerwärtig. Oder man kämpft an der Seite derer, die den Sumpf trocken legen wollen, aber dazu muß man ein Held sein. Oder man sucht sich durch Ausschweifungen zu befreien. Immer drückt ihn bei allem, was er tut, die Scham, er hätte anders handeln sollen, darum suche er in Klausur und Taumel Vergessenheit. Indes, diese Zusammenhänge, diese sozialen Hintergründe und die Art, wie sein Gefühl dagegen reagiert — das alles wird im Stücke nicht lebendig. Da erscheint er rein als pathologisches Subjekt, das in jeder Klasse, trotz guter Anlagen, an seiner inneren Haltlosigkeit verbluten mußte. So empfindet man wohl Mitleid, doch kein besonderes Interesse für die Gestalt.

Daß Prolassow der Frau, die er durch Untreue und seine Laster quälte, zu einer neuen Ehe mit einem besseren Manne helfen und so einen Teil seiner Schuld abtragen möchte, ist wohl verständlich; desto wunderlicher und verworren aber sein Verhalten bei der Ausführung. Er deklamiert: Die Lügen, zu denen er durch die Scheidungslage getrieben werde, seien unerträglich, schreibt seiner Frau, er wolle lieber sterben und findet schließlich nicht den Mut zur Tat. Die Leiche eines angekommenen Selbstmörders wird als die feine relognosziert. Er selbst verschwindet unerkannt. Nach der Heirat der beiden wird Prolassow von einem schuldigen Denunzianten angezeigt, ein Gerichtsverfahren gegen seine Frau und ihren neuen Gatten als der Bigamie verächtlich eingeleitet. Sie sollen Prolassow mit Geld bestechen haben, den Selbstmord zu fingieren. Da endlich, ehe noch die Richter ihren Spruch gefällt, erlöst er sich durch einen Schuß von dem verhassten Leben.

Denn November bracht die Mischung weicher Schwärmerci

und wüster Verfahrenheit in Prolassows Figur anschaulich charakteristisch heraus Maria Mayer repräsentierte eindrucksvoll und würdig die duldbene, bei allem Leid in stiller Liebe ausharrende Frau. Die übermäßig vielen Reuen, die der Szenenwechsel erfordert, hatte die Regie nach Möglichkeit gekürzt, indem sie die Dekorationen durch einfache Leinwandvorhänge im Hintergrunde ersetzte.

Simson, Tragödie in fünf Akten von Herbert Eulenberg. Uraufführung im Düsseldorf Stadtheater. Es ist nicht uninteressant, in den Tagen der Kleinfestern den Erfolg eines Dichters zu sehen, der sehr viel Verwandtes mit dem jetzt von den Patrioten Gefeierten hat. Herbert Eulenberg ging zwar noch nicht wie der Dichter des Prinzen von Homburg am Preußentum zugrunde, aber dafür hat er mit den deutschen Philistern zu tun. Auch bei der Uraufführung des Simson wählten die Philister des Parkett, als sie so viele ihrer würdigen Ebenbilder auf der Bühne sahen, nicht recht, was sie mit diesem Drama anfangen sollten. Nichts desto weniger kann Eulenberg endlich einen vollen Erfolg buchen.

Ueber den Dichter Eulenberg streitet heute keiner mehr. Der Dramatiker hat sich diesmal die Bühne erobert. Eulenbergs Simson ist, bis auf die Liebe zum Weib, ganz der biblische. Er läßt sich das Schwert entlocken und sein Haar damit abschneiden. Er entsagt seinem Volk, dem er bis dahin Reiter gewesen, läßt sein Weib und die Kinder mit seinem Haus in Flammen ausgehen, nachdem er sich kindlich trotzig als Ehebetrüger bekannt. Delila ist des Philisters Aaleb Tochter und seiner Feinde schönheitsgleicherer Zeitvertreib. Sie liefert ihm als Hochzeitsgast die Ammon aus, der ihm seine beiden Augen, die hochgenüßvollen Irdischer seines Schicksals, blenden läßt. Als man vor ihm am Hochzeitslager den blinden Simson zur Schau stellt, erschrickt er in sich selbst hinein und beschließt sein Ende. Simson sieht, gebendert erst sich ganz selbst wieder und den Abgrund, vor dem er gestanden. Er tastet sich zum wolkensaugenden Felsfaal, wo Delila tanzt, stürzt; die Säulen, um eine verpestete Zeit zu vernichten und einer neuen besseren Platz zu schaffen.

Simson ein ungebändigter Triebmensch, bewegt die ganze Handlung. Er reißt alles andere mit in den Zusammenbruch. So stürmt er über die Bühne, benimmt einem den Atem in gewaltiger Sprache. Wie über allen Stücken Eulenbergs liegt auch über dieser Tragödie ein früherer poetischer Reiz, die Sprache ist wichtig schön. Das Publikum rief den Dichter bereits nach dem vierten Akt.

Julius Zerkow.

Totenfeier-Konzerte. Es ist unter der Berliner Arbeiterkraft ein schöner Brauch geworden, diesen „stillen“ Tag ihren musikalischen Veranstaltungen großen ernstes Stills auszuführen. Im Blüthenstraße hatte der Verein arbeitender Frauen und Mädchen sein zweites Litz-Konzert, das an der Spitze aller übrigen Darbietungen stand. Außerdem fanden die gemischten Konzerte von zweien der stärksten und leistungsfähigsten Arbeitergesangsvereine statt, nämlich der Typographia (im Festsaal der „Neuen Welt“, Hofenheide) und der Kreuzberger Harmonie (im Konzerthall der Brauerei Friedricshain). Der Typographia gebührt der Vorrang, die künstlerische Schulung und musi-

kalische Geschlossenheit dieses mächtigen Stimmkörpers sichert seinen Konzerten ein deswillen eine ungewöhnliche Anziehung. In Bezug auf das Programm hielten sich indes beide Veranstalter die Waage. Beethovens Overtüre zu „Coriolan“, des Andante aus der „Emoll-Sinfonie“, desgleichen seine unsterbliche „Credo“, sowie Werke von Weber und Saint-Saens machten den instrumentalen Teil aus, den dort das „Neue Sinfonie-Orchester“, hier das „Berliner Sinfonie-Orchester“ vornehm durchführte. Für die Vorträge lyrischer und episch-dramatischer Solo- wie Chorgesänge waren bewährte Künstler aufgeboten.

Es war gewiß ein eigenes Zusammentreffen, daß die Typographia und die Kreuzberger Harmonie gleichzeitig Max Bruch's bedeutendes Oratorium „Frischhoff“ aufführten. Wäre dies Werk dort z. B. an den Anfang des Programms gestellt, hier für den Schluß vorgesehen gewesen oder auch umgekehrt, so hätte sich für den Referenten ein Abwägen beider Leistungen ermöglichen lassen. Jetzt verbleibt ihm nur die Pflicht, einige Worte über die Aufführung bei der Kreuzberger Harmonie zu sagen. Hier hörten wir Frau Hertha Geipel (Angeboren) und Karl Kade (Frischhoff). Der Vertreter dieser lehteren Rolle, der über einen veritablen Bahnbauten gebietet, sprach sehr an; indessen ließe sich gewiß aus beiden Rollen eine tiefer hinreichende dramatische Wucht herausziehen. Chor und Orchester hielten sich im ganzen tadellos auf der Höhe ihrer zum Teil schwierigen Aufgabe. Der Schlußpart wurde zu grandioser Wirkung geleitet. Bei der Typographia hatten Hermann Weihenborn und Paula Weinbaum die Soliparts. Die Sängerin hörten wir nur in einigen Liedern, geradezu prachtvoll sang sie „Judiths Siegeslied“.

Notizen.

— Ludwig Pietich, der unsterbliche Ballplauderer und Reife-, Fest- und Kunstberichterhalter der „Vossischen Zeitung“ ist Montag früh gestorben. Weihnachten wäre der Unvernünftliche 87 Jahre alt geworden. Bis in die letzten Tage hatte er die Berliner Bourgeoisie, soweit sie zur Tante Voh in Beziehungen steht, über alle die Nichtigkeiten des gesellschaftlichen Lebens unterhalten. Die Legende behauptet, daß der Hofball ohne L. P. kein Hofball mehr wäre. Sicher ist, daß Pietich für die moderne Kunst keinerlei Verständnis hatte und eben deswegen bei S. M. beliebt war. An Orden konnte er es mit manchem Bahnhofsportier aufnehmen. Schließlich war er die wandelnde Gesellschaftschronik und zugleich ein lebender Anachronismus von Anno dazumal geworden.

— Auf der Treptow-Sternwarte spricht Mittwoch, abends 8 Uhr, Dr. Archenhold über „Mars in Erdnähe“ und Freitag, abends 8 Uhr, Prof. A. Schum über „Die Bestimmung der Temperatur von Himmelskörpern“. Mit dem großen Fernrohr werden abwechselnd der Mars und der Saturn, dessen Ringsystem weit geöffnet ist, gezeigt.

— Eine Leibl-Galerie in Köln. Die Stadt Köln beabsichtigt die Sammlung von Gemälden ihres großen Sohnes, des Malers Leibl, die sich im Besitz des Geheimrates Seeger in Berlin befindet, anzukaufen. Der Ankaufspreis soll eine Million Mark betragen. — Zu Laßbi Lebzette hat sein Vaterstadt natürlich nicht daran gedacht, von ihm Silber zu erwerben. Und damals hätten sie sie recht billig haben können.

den Fortbau von Bahnen, bei denen die Möglichkeit gegeben ist, daß sich Vorgänge ereignen, die geradezu eine Schande für das Deutsche Reich sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gieseler (Sp.): Daß man in Afrika anfangs bei dem Bau Fehler gemacht hat, ist nicht verwunderlich; aber gerade bei der Bahn bis Zabora sind die früheren Fehler vermieden worden. Daß die Bahn bis zum Tanganjikasee fortgeführt werden muß, ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen erforderlich. Würde der Bahnbau jetzt unterbrochen und später wieder weitergeführt werden, so wäre das ganz irrationell. Meine Freunde werden der Vorlage also zustimmen, doch wünsche ich mir noch in der Kommission Klärung über einige Einzelheiten. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Stellvertreter Staatssekretär Dr. Solf: Herr Kolbe hat Fälle von Brutalität seitens Angestellter der bauaufsichtenden Firma Lang vorgebracht. Dem Gouverneur sind zwei Fälle von Mißhandlungen von Arbeitern durch Schichtmeister bekannt geworden. In beiden Fällen ist Bestrafung eingetreten. Weiteres Material liegt uns nicht vor, und ich würde Herrn Kolbe dankbar sein, wenn er uns sein Material unterbreite.

Herr Erzberger sprach von Ausschreitungen der Schutztruppe. In dieser Allgemeinheit muß ich den Vorwurf zurückweisen. Verstöße einzelner Askaris gegen Eingeborene sind vorgekommen; diese sind aber auch auf das strengste bestraft worden.

Abg. Dr. Kring (nat.): Vielfach klagen die Pfleger über Mangel an farbigen Arbeitern, weil diese es vorziehen, sich bei den Eisenbahnen anwerben zu lassen. Das ist ein Beweis dafür, daß es die Regier bei den kolonialen Eisenbahnbauten nicht schlecht haben. — Redner vertritt sich, vielfach unverständlich, über die eventuelle Rentabilität der Fortführung der Bahn bis zum Tanganjikasee und über ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung. Es wäre ungerecht, von Kolonialbahnen eine sofortige Rentabilität zu verlangen.

Abg. v. Liebert (Sp.): Endlich nach so vielen ungünstigen Nachrichten aus Afrika wieder einmal eine großzügige Vorlage! Alle die großen Afrikaner, Peters und Wissmann und Graf Pfeil, sind für eine deutsche Ueberlandbahn vom Indischen Ozean bis zum Tanganjika-See eingetreten und ich habe meine ganze Persönlichkeit dafür eingesetzt. Wir müssen brechen mit dem System der zweifachen Schienen. Die Handelsbilanz Ostafrikas zeigt ein erfreuliches Fortschreiten. Natürlich sind wir für die Vorlage. (Bravo! rechts.)

Abg. Erzberger (B.) wendet sich gegen die Einwände, die im Laufe der Debatte gegen seine Ausführungen über die mangelhaften Vorarbeiten, ungenügend durchgearbeiteten Projekte usw. erhoben worden sind, und hält seine Behauptungen im vollen Umfange aufrecht.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen. Es beginnt sodann die

### Zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes.

Abg. Dr. Kolbe (Sp.) äußert Bedenken gegen die Bestimmung, wonach von dem Gesetz angenommen sein sollen diejenigen Werkstätten, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Betriebes oder seiner Angehörigen gearbeitet wird. Der Redner tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein und ersucht die Regierung, ihnen zu entsprechen.

Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.):

Wenn die Heimarbeiter gehofft haben, daß in der Kommission noch eine Veränderung des Gesetzes zu ihren Gunsten vorgenommen wird, so dürfen sie nach Abschluß der Kommissionsberatungen in diesen Hoffnungen betrogen sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch aus den vorliegenden Anträgen dürfte hervorgehen, daß nur die Sozialdemokratie diejenigen Anträge gestellt hat, die im Interesse der Heimarbeiter bei einer Änderung des Gesetzes in Frage kommt. Die Heimarbeiter haben nach Abschluß der Kommissionsverhandlung nochmals in einem großen Kongresse ihre Forderungen aufgestellt, doch diesen Forderungen ist nur in den Anträgen der Sozialdemokratie entsprochen worden. Es ist festzustellen, daß dieser Gesetzesentwurf leider große erhebliche Wünsche der Heimarbeiter unerfüllt läßt, und es ist eine eigenartige Zumutung, die der Gesetzentwurf an die Heimarbeiter stellt, daß sie in ihren Werkstätten und Wohnungen gewissen sanitären Vorschriften entsprechen sollen, während auf der anderen Seite an die wichtigste Frage, die Lohnfrage, nicht herangegangen wird. Immer mehr wächst in den Kreisen der Heimarbeiter die Ueberzeugung, daß die Voraussetzung für eine Reform der Heimarbeit die

### Regelung der Lohnfrage

ist. Aus einer ganzen Reihe von Tarifverträgen, die ich hier vorgelegt habe, geht hervor, daß solche Tarife auch in den schwierigsten Situationen die Lohnfrage regeln können. Besonders ist es die Konfektionsindustrie, die eine ganz umfassende Tarifierung ihrer Arbeiten schon durchgeführt hat. In wesentlichen handelt es sich dabei aber um die Holzbranche, an der die Heimarbeit weniger beteiligt ist. Die Tatsache, daß die Tarife für die Heimarbeit durchführbar sind, ist aber ein Beweis dafür, daß sie auch in der übrigen Konfektion für die Heimarbeiter durchgeführt werden können.

Die Zwischenmeister in der Damenkonfektion sind jetzt dazu übergegangen, sich mit den Arbeitern in Verbindung zu setzen und gemeinsam einen Tarifvertrag auszuarbeiten, der die Löhne für die Meister wie für die Heimarbeiter festlegt. Diese Verbindung der Zwischenmeister mit den Arbeitern scheitert aber an der drohenden Ablehnung der Fabrikanten, die immer wieder die Behauptung aufstellen, daß solche Tarifverträge nicht durchführbar seien. In Verbindung mit der Lohnfrage steht auch die andere Frage der

### Aushängung der Tarife,

die von großer Wichtigkeit für die Heimarbeiter ist. Die englische Gesetzgebung hat schon seit langem die Bestimmung getroffen, daß für die Heimarbeiter die Tariflöhne an den Stellen, wo die Arbeit ausgeübt wird, sichtbar bekannt gemacht werden müssen. Die deutsche Gesetzgebung sollte diesem englischen Beispiel folgen. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten eine außerordentlich rege Agitation gesehen, die den Nachweis führen will, daß die Lohnverhältnisse durchaus nicht so übel in der Heimarbeit seien, daß man von einer Gläubigerindustrie reden könnte und die Gesetzgebung für die besonderen Bedürfnisse der Heimarbeit dienlich machen müßte. Vor einiger Zeit wurde im Reichstag die Forderung eines Vertreters der sächsischen Regierung in die Debatte geworfen, der gesagt hatte, die Darstellung der Verhältnisse auf der Berliner Heimarbeitsausstellung sei tendenziös und einseitig und die dort bekanntgegebenen Löhne hätten einer Nachprüfung nicht Stich gehalten und seien viel zu niedrig angegeben worden. Woher kommt diese Kenntnis der sächsischen Regierung? Wir haben bei der Heimarbeitsausstellung die Mitteilungen für die Arbeitelöhne im sächsischen Erzgebirge der Regierung zur Verfügung gestellt, weil uns gesagt wurde, man wolle eine Nachprüfung vornehmen. Die sächsische Regierung hat das von ihr gewonnene Material nicht veröffentlicht, sondern nur die allgemeine Behauptung aufgestellt, die Angaben auf der Berliner Heimarbeitsausstellung seien unrichtig. Anstatt sich an Hand des Materials mit den betreffenden Organisationen in Verbindung zu setzen, ist die sächsische Regierung einfach an die Gemeinden herangegangen und hat die Fabrikinspektoren mit der Untersuchung beauftragt. Diese hat nicht an die Heimarbeiter herangetreten, sondern an die Unternehmer und Großkaufleute. (Hört! hört!) Ich habe der sächsischen Regierung gesagt, die am meisten beteiligte Organisation der Holzarbeiter ist auch heute noch bereit, die erforderlichen Führer zur Nachprüfung des Materials zu stellen, davon hat die sächsische Regierung aber keinen Gebrauch gemacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir können das Material auch jetzt nach zwei Jahren noch ruhig nachprüfen lassen und wir haben der Regierung die Möglichkeit gegeben, durch ihre Beamten gemeinsam mit unsen Angestellten an Ort und Stelle

diese Nachprüfung vorzunehmen. Darauf wird aber nicht eingegangen. Sie hat auf unser Angebot gar nicht geantwortet und so geht die Behauptung in die Welt, die Heimarbeitsausstellung habe ein unrichtiges Material vorgebracht.

Auch der Vertreter der sächsischen Regierung sagte in der Kommission, mit den Verhältnissen der Heimarbeit im Erzgebirge sei es nicht so schlimm. Ich will einige Stichproben aus dem Material der sächsischen Regierung mit allen ihren Fehlern geben. Eine aus vier erwachsenen Personen bestehende Familie verdient danach

pro Person einen Wochenlohn von 5,80 bis 6 M.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist doch wahrhaft jämmerliche Zustände. Heute verdient dieselbe Familie nach demselben amtlichen Bericht 25 M. pro Woche, also 6,25 Mark pro Person, und wenn Sie die Lebensmittelpreise berücksichtigen, will ich den sehen, der aufsteht und sagt, die Lohnverhältnisse sind nicht so schlimm, daß die Regierung nicht Anlaß zum Eingreifen hätte. Der sächsische Berichterstatter fügt dem Bericht hinzu:

Vom Verhungern der Familie ist nie die Rede.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere Familie, die aus Mann, Frau, einer fünfzehnjährigen Tochter und einem zehnjährigen Sohne besteht, verdient bei dreizehn- bis sechzehnständiger Arbeitszeit täglich 9 M. in der Woche. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Drechsler verdient mit Frau und Gehilfen, also drei erwachsene Personen zusammen 15 M. die Woche, und diesen Tatsachen fügt der sächsische Berichterstatter hinzu: „Ein Gang durch die Dörfer lehrt uns, daß von besonderer Not oder gar von chronischer Unterernährung nicht die Rede sein kann.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist das Bild, das ein Vertreter der sächsischen Regierung an seine Regierung berichtet, wenn er selbst konstatiert, daß erwachsene Personen einen Lohn von 5—6 M. pro Woche bekommen, und die sächsische Regierung sagt dann, die Berliner Heimarbeitsausstellung sei tendenziös gewesen! Das Herz im Reibe muß sich einem zusammenkrämpfen, wenn man diese Löhne in Vergleich zu den Kosten der Lebenshaltung stellt. Nach solchem amtlichen Material verheißt ich es, daß die sächsische Regierung sich mit Händen und Füßen gestraubi hat, daß dieses Elendsbild auf der Hygieneausstellung in Dresden ausgestellt wird. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht die Gewerkschaften wollten Tendenz üben, sondern

die sächsische Regierung läßt Tendenz

zugunsten der Kaufleute und Unternehmer, während es ihre Aufgabe gewesen wäre, gerade die Gläubigsten zu stützen, für sie eine Lanze zu brechen, nicht für die Millionäre, die ihre Millionen aus dem Hunger und Elend der Armen zusammengekauert haben. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Von der Frankfurter Heimarbeiterausstellung sagt der Vertreter der sächsischen Regierung, sie habe ein objektives Bild gegeben. Gewiß hat sie eine Reihe von Gewerben gezeigt, die in der Heimarbeit nicht das düstere Bild erwecken, wie im Erzgebirge. Aber auch dort gibt es Bezirke, die ganz dasselbe Elend zeigen und uns dadurch zum Eingreifen auffordern. Der Redner zeigt an der Hand des Buches „Schilderung der Heimarbeit, herausgegeben von Dr. Becker“, das auf der Frankfurter Ausstellung ausgestellt war, daß im östlichen Vogelsberg bei 15- bis 18 stündiger Arbeitszeit ein durchschnittlicher Tagelohn von 1,11 Mark verdient wird, daß die Bevölkerung außer Kartoffeln nur zuweilen Gemüse auf den Tisch bringen kann, daß in der Weberei die Höchslöhne, die nur wenige Heimarbeiter bekommen, 18 Pfennig betragen, und daß sie

bis zu 7 Pfennig heruntergehen;

als Folge der ungenügenden Ernährung finden wir eine hohe Kindersterblichkeit, und einen ganz schwächlichen Menschenschlag. Die Armut der Weber vom Vogelsberg kann höchstens noch durch die der Rhön abgetroffen werden, wo bei 15 stündiger Arbeitszeit die

durchschnittlichen Wochenlöhne 3,50 Mark

betragen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und bis auf 2,50 Mark heruntergehen. Und von diesen Zuständen sagt ein Piarer, daß die lange Arbeitszeit die Arbeiter vor dem Vesuch der Wirtschaft bewahrt und vor schlechten Wegen behütet, was er als einen Segen des Himmels preist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da sehen wir, welcher tiefe Mangel an sozialem Verständnis gerade in diesen Kreisen vorhanden ist. In der Baumwollweberei beträgt nach den Eingaben der Handelskammer der Wochenlohn 12 bis 14 Mark, wobei die Handelskammer aber nicht angegeben hat, daß es sich hier um den Lohn von zwei Personen, von Mann und Frau handelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man muß einen solchen Raum einmal gesehen haben, wo außer dem Webstuhl nur noch der Kochherd steht, und Wirtschaftgegenstände so gut wie gar nicht vorhanden sind. In der haubereitenden Lust müssen sich auch die Kinder aufhalten; das ist das glückliche Heim des Heimarbeiters! Die Leute drängen sich auch geradezu aus der Heimarbeit heraus, um in die Fabrik zu kommen. Es wurde dort in Oberfranken vor einigen Jahren eine Genossenschaftsweberei mit Fabrikbetrieb gegründet, die aber bei weitem nicht alle Weber aufnehmen kann, die sich melden. Charakteristisch für die Verhältnisse in Oberfranken ist die Ablehnung eines Rentengesuches in Schwarzenbach, weil der Mann noch in der Lage sei, 1,50 M. bis 2 M. täglich zu verdienen. Der Bürgermeister von Schwarzenbach bemerkt ausdrücklich, daß dieser Verdienst nur ganz selten und zwar von vollständig gesunden Arbeitern erreicht wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Angesichts solcher Zustände ist unsere Gesetzgebung dahin gerichtet, die Zahl der Heimarbeiter noch immer zu vermehren. Durch unseren Tabakzoll werden die Fabrikanten dazu gedrängt, die Fabrikation aufs Land zu verlegen und dort zur Heimarbeit überzugehen.

In Berlin sehen wir den großen Zustand der Heimarbeiter zur Eringung besserer Gewerkschaftsverhältnisse, wobei sie mit den Zwischenmeistern zusammengehen, und trotzdem ist es nicht möglich, den Widerstand der Unternehmer zu brechen, wenn nicht auch die Gesetzgebung das Ihrige tut, den Arbeitern das Recht zu steifen gegenüber einer so mächtigen Unternehmerruppe. Ich weise auf das Beispiel des Auslandes hin und möchte gerade den freisinnigen Herren das Wort Orcutanos vorhalten, das er im Publikum auf die englische Gesetzgebung am 1. November gesprochen hat: „Das Gesetz vom Jahre 1908 ist eines der großen sozialpolitischen Verdienste der liberalen Partei in England. Hoffentlich werden sich auch die Vertreter der liberalen Partei im Deutschen Reichstag die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die gleichen politischen Vorbeeren wie ihre englischen Gesinnungsgenossen zu erwerben.“ Ich habe nicht den Eindruck nach ihrem bisherigen Verhalten in dieser Frage, daß sie tatsächlich die Reizung haben, diese Vorbeeren Ihrer englischen Freunde zu erwerben. Ich bedaure das in hohem Maße. Auch die Hirsch-Dundersche Arbeiterorganisation, die einzige, die Sie noch in Ihrem Anhang aufzuweisen haben, beurteilt Ihre Anträge zum Hausarbeitsgesetz, Ihre Forderung der Pächterschüsse statt der Lohnämter, die gar nicht wert sein. Von Ihrer Stellung sagt die Hirsch-Dundersche Organisation: „Das Unglaubliche wird zur Tatsache.“ Schaf verurteilt sie auch, daß ein Arbeiterführer wie Herr Behrens seine Unterwürigkeit zu Anträgen gibt, die Pächterschüsse statt der Lohnämter fordern, und mit Rücksicht auf dies Verhalten aller anderen Parteien zum Hausarbeitsgesetz sagt die Hirsch-Dundersche Organisation:

„Die Sozialdemokratie hat ein Schweineglück.“

Ich kann sagen, ich würde auf dieses „Schweineglück“ in diesem Falle sehr gern verzichten, (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) wenn wir im Stande wären, mit Ihrer Unterstützung wirklich bessere Verhältnisse für die Heimarbeiter zu schaffen. Abgeordneter

Dr. Mugdan hat hier einmal von der „papierernen Sozialpolitik“ des Zentrums gesprochen. Jetzt haben Sie sich einwickeln lassen von dieser papierernen Sozialpolitik mit dem Herrn vom Zentrum. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Gegenfrage zum Zentrum sind hier bei Ihnen nicht mehr vorhanden, sondern hier zeigen Sie ein Einverständnis in einer so wichtigen Frage, wo die Heimarbeiter mit Recht von Ihnen verlangt hätten, daß Sie eine andere Stellung einnehmen. Das Urteil Ihrer einzigen Arbeiterorganisation, des Gewerkschaftsvereins, ist eine scharfe Verurteilung Ihrer ganzen Sozialpolitik. Wir erheben hier noch einmal die mahnende Stimme, endlich den Bedrängten und Ausgebeuteten wirkliche Hilfe und wirklichen Schutz zu bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Fleischer (B.): Der Abg. Schmidt hat hier ein Bild der entsetzlichen Notlage der Hausarbeiter entwickelt. Wie alle sind von den mitgeteilten Tatsachen ebenso tief ergriffen und erschüttert wie die Herren von der Sozialdemokratie. (Na, na! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Schmidt nahm die Tatsache des Elends zum Vorwand, um zu erklären, daß allein die Sozialdemokratie für die Interessen der Heimarbeiter eingetreten sei. (Weider wahr! bei den Sozialdemokraten.) Rein, das ist nicht wahr, diese Behauptung bestreitet sich nicht in vollem Umfange. Die Regierungsvorlage bedeutet doch immerhin einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustande und die Regierungsvorlage ist doch die Frucht jenes Antrages, der im Jahre 1908 von allen bürgerlichen Parteien dieses Hauses gestellt worden ist. Der Heimarbeiterkongreß hat in seiner Resolution die in der Kommission beschlossenen Verbesserungen des Gesetzentwurfes anerkannt. In der Resolution werden gefordert die allgemeine Registrierpflicht, die Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht, die Durchführung eines sanitären Schutzes, die allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern, die allgemeine Einführung von Lohnaufzeichnungen. Alle diese Forderungen sind durch die Beschlüsse der Kommission verwirklicht. Ich muß es deshalb als eine in jeder Beziehung den Tatsachen und der Wahrheit widersprechende Behauptung zurückweisen, wenn Kollege Schmidt hier vor aller Welt die Dinge so hinzustellen beliebt, als ob die bürgerlichen Parteien den Forderungen des Heimarbeiterkongresses nicht Rechnung getragen hätten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: „Der entscheidende Punkt, die Lohnfrage!“) Darauf kommen wir beim Paragraphen 3b. Die sozialdemokratischen Anträge würden, wenn sie überhaupt durchführbar wären, die Lage der Heimarbeiter nicht verbessern, sondern nur dazu führen, viele Existenzen brotlos zu machen. Wir protestieren gegen die Behauptung, daß wir kein Herz für die Heimarbeiter haben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. D. Raumann (Fortchr. Sp.): Es handelt sich nicht um das Quantum von Herz, das jede Partei für die Heimarbeiter hat, sondern um positive Leistungen. (Sehr wahr! links.) Es ist im großen und ganzen gleichgültig, ob man dies Gesetz annimmt oder nicht. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten;) es enthält keine Verschlimmerungen, aber auch keine wesentlichen Verbesserungen. (Lebhaftes erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Statistik zeigt fast überall ein ständiges Sinken der Ziffern der Heimarbeiter; eine Ausnahme machen Schneiderei und Konfektion, in denen aber nur die weibliche, nicht die männliche Arbeiterzahl zunimmt, und deren Industrien des minderwertigen Luxus, des Plunders, in deren Mittelpunkt das schöne Weihnachtsgeschäft steht. Und für diese Verufe ist das, was das Gesetz bietet, nichts als

weiße Seife.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist die Unterbietung der Maschine, von der die Heimarbeit lebt. Die armen Frauen der Großstädte und die weitentlegenen Dörfer der Gebirge, das sind die Träger der Heimindustrie. Was kann hier Hilfe schaffen? Einmal die Elektrizität. Darüber können wir hier nicht verhandeln. In dieser Hinsicht ist jede Sitzung der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wichtiger als alle Verhandlungen des Reichstages über die Frage der Heimindustrie. Das aber, was der Reichstag schaffen kann, sind Lohnämter. Es muß dahin gewirkt werden, daß die Verhältnisse in der Heimindustrie gehandhabt werden. Das sind aber keine gesunden Zustände in einer Industrie, wenn alle kräftigen, lebensfähigen Individuen genötigt sind, ihr den Rücken zu kehren. Daß die Heimarbeit unorganisiert ist — unorganisiert in bezug auf die Unternehmer, unorganisiert in bezug auf die Arbeiter —, das ist ihr Krebsgeschwür. Die Lohnämter sind der Hebel, an dem die Befreiung einleiten kann und muß. Um so mehr wundere mich die Haltung des Zentrums. (Zuruf vom Zentrum: Die ablehnende Haltung der Regierung?) Sorgen Sie (zum Zentrum) doch für eine Mehrheit, die die Lohnämter beschließt, und dann müssen wir sehen, ob die Regierung das Gesetz an den Lohnämtern scheitern lassen wird. — Was die Pächterschüsse betrifft, so mögen sie unschädlich sein; aber nie und nimmer als Ersatz für Lohnämter gelten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Der Abg. Dr. Fleischer sagte, ich habe der Wahrheit zuwider die Behauptung aufgestellt, daß die Forderungen des Heimarbeiterkongresses von keiner bürgerlichen Partei berücksichtigt worden seien. Ich stelle fest: Der Heimarbeiterkongreß hat nach Abschluß der Kommissionsberatungen getagt. Er hat Forderungen gestellt, die über die Kommissionsbeschlüsse hinausgingen. Die Auflegung der allgemeinen Registrierpflicht, die allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern, der obligatorische Ausbau von Lohnämtern ist von dem Kongreß in ganz anderer Form gefordert worden als es die Kommissionsbeschlüsse tun, die dem Bundesrat die Möglichkeit geben, diese Bestimmungen nicht durchzuführen. Der Kongreß hat auch Entschädigung für unverschuldete Zeitversäumnisse beim Gehen oder Bleiben von Arbeit gefordert. Wo ist denn ein dahingehender Antrag von bürgerlichen Parteien? Der Kongreß hat weiter Lohnämter und Invalidenversicherung gefordert. Diese Forderungen sind nur von der Sozialdemokratie in ihren Anträgen aufgenommen worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Viel besser als die schönen Erklärungen des Abg. Raumann hätte es uns gefallen, wenn er uns die Stimmen seiner Freunde für unsere weitergehenden Wünsche auf den Tisch des Hauses gelegt hätte. (Sehr richtig!) Draußen im Lande werden viele Hoffnungen auf die Vorlage gesetzt, die auch in ihrer jetzigen Form einen großen Fortschritt darstellt. Große Verdienste um dieses Gesetz hat die Arbeit des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen. Unsere Schuld ist es nicht, wenn die Kommission schließlich die Lohnämter abgelehnt hat. Auch ich muß den vom Abg. Schmidt gegen die bürgerlichen Parteien erhobenen Vorwurf zurückweisen. Ueber die Pächterschüsse, die jedenfalls vor den Lohnämtern den Vorzug haben, daß sie eine Mehrheit in der Kommission gefunden haben, werden wir uns morgen näher unterhalten können. — Wir wollen für die Heimarbeiter erreichen, was sich erreichen läßt. (Bravo! rechts.)

Hiermit schließt die Diskussion. § 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 2.

Präsident Graf Schwerin schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Rest der zweiten Lesung der Schiffahrtsabgaben, Fortsetzung der zweiten Lesung des Hausarbeitsgesetzes.

Abg. Behr. v. Camp (Sp. zur Geschäftsordnung) regt im Interesse der wichtigen Arbeiten der Budgetkommission an, die Sitzungen an den nächsten Tagen nicht allzu früh anfangen zu lassen.

Präsident Graf Schwerin macht feinerseits darauf aufmerksam, daß doch eine gewisse Eile nötig sei, um bis Anfang Dezember mit den Arbeiten des Reichstags zum Abschluß zu kommen. Es bleibt dem Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 7¼ Uhr.

# Der Krieg.

## Zur Kriegslage.

**Rom, 24. November.** Der „Avanti“ meldet, daß das Expeditionskorps in Tripolitanien demnächst 80 000 Mann stark sein wird, um in der Folge auf 100 000 erhöht zu werden. Zurzeit sind drei Divisionen in Afrika und eine vierte ist unterwegs. Als unser Zentralorgan vor Wochen von einem Besatzungsheer von 100 000 Mann sprach, hatte die bürgerliche Presse nicht Worte genug, um diese „phantastische Schwarzseherei“ zu dementieren. Diese Tatsache zeigt, wie sehr man gerade in nationalistischen Kreisen über die wirkliche Bedeutung des Krieges im unklaren war.

Auch die wirtschaftlichen Folgen dürften kaum in ihrem vollen Umfange richtig eingeschätzt worden sein. In der Zeit vom 10. bis 20. November haben die Einfuhrzölle 2,4 Millionen weniger ergeben, als in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Dieser Rückgang ist allerdings zum großen Teil eine Folge der guten Weizenernte und der entsprechend geringeren Weizeneinfuhr, aber auch für die anderen Waren ist ein Rückgang von rund 580 000 Lire zu verzeichnen, der ganz auf Rechnung der Kriegsdepression zu setzen ist.

## Italienische Offensive in Tripolis.

**Tripolis, 26. November.** (Meldung der „Agence Havas“.) General Trugoni gab den Befehl zum Vormarsch bis zum Fort Messiri und bis Elharmi. Das Fort Messiri wurde um 9 1/2 Uhr besetzt. Das 60. italienische Infanterieregiment ist auf dem äußersten rechten Flügel in einem lebhaften Kampf mit türkischen regulären Truppen verwickelt.

**Tripolis, 26. November.** (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Heute früh erfolgte der allgemeine Vormarsch unserer Truppen an der Südostfront. Er war auf allen Punkten von vollem Erfolge gekrönt und schloß mit dem Rückzuge des Feindes aus seinen besetzten Stellungen. Diese Aktion gestaltete sich nach einem sehr lebhaften Kampfe, der den ganzen Tag dauerte, zu einem glänzenden Sieg, der bestimmt sein dürfte, für den ganzen Feldzug von entscheidender Wirkung zu sein. (?)

Die italienischen Truppen an der Ostfront gingen nahe vor und mußten eine Befestigung nach der andern, ein Haus nach dem andern den Arabern abringen, die sich hinter den Palmen versteckt oder hinter Hindernissen aller Art verfangen hatten. Ein Haus, das den Grenadiern im Wege stand, mußte in die Luft gesprengt werden; so erbittert war der Widerstand, den die Infanterie leistete. Gegen 4 Uhr nachmittags war der Vormarsch auf der ganzen Linie durchgeführt. Das 33. Infanterieregiment besetzte die neue ihm zugewiesene Stellung, in die bald darauf auch die Grenadiere einrückten, während die Versagleri das Dorf Henni besetzten und den Feind vor sich her trieben, der sich in Unordnung auf allen Seiten zurückzog. General Canova nahm an den heutigen Kämpfen teil. Man sagt, daß zahlreiche Türken gefangen genommen worden seien.

## Ein Gefecht bei Derna.

**Derna, 26. November.** (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Gestern wurde auf dem Plateau vor der Stadt eine Erkundung mit zwei Bataillonen Infanterie, einem Bataillon Alpenjäger, drei Maschinengewehrabteilungen, einer Abteilung Gebirgsartillerie und einer Kompanie Matrosen vom Linienschiff „Rapoll“ unternommen. Gegen 9 Uhr wurden beträchtliche Streitkräfte des Feindes gemeldet, und kurz darauf begann ein lebhafter Kampf, der bis 5 Uhr nachmittags dauerte. Die Türken und Araber, die ernsthafteste Verluste erlitten hatten, verloren an Boden und begannen sich zurückzuziehen. Bei Sonnenuntergang gingen auch die italienischen Truppen, nachdem sie den Feind aus den Augen verloren hatten, auf Derna zurück. Die italienischen Verluste betragen 60 Mann, darunter 12 Tote. Die Haltung der Truppen war ausgezeichnet.

## Die Mächte gegen die Blockade der Dardanellen.

**Konstantinopel, 26. November.** Der „Adam“ meldet, der englische Botschafter habe gestern im Ministerium des Aussenwerts erklärt, daß die Blockade der Dardanellen den englischen Handel berühren und die Signatarmächte des Londoner Vertrages vom Jahre 1871 in eine schwierige Situation bringen würde.

**Konstantinopel, 27. November.** Wie berichtet wird, erbat die russische Schifffahrtsgesellschaft bei der hiesigen russischen Botschaft Befreiungen, ob sie die Schifffahrt durch die Dardanellen fortsetzen

solte. Der Botschafter habe geantwortet, der Verluste könne sie bisher fortgesetzt werden.

**Wien, 27. November.** Die offiziöse „Montagsrevue“ meldet folgendes: Wie wir von informierter Seite erfahren, ist die russische Demarche gegen eine Blockade der Dardanellen bei den Kabinetten aller Mächte erfolgt. Die Auffassung der russischen Regierung wird an den hiesigen maßgebenden Stellen geteilt, und wie aus den hier vorliegenden Informationen ersichtlich ist, allem Anschein nach auch in Berlin als richtig anerkannt. Der russische Schritt bietet den neutralen Mächten Anlaß zu einem Meinungsaustausch, der sich vielleicht auch auf andere mit dem italienisch-türkischen Konflikt zusammenhängende Fragen erstrecken dürfte.

# Die Revolution in China.

## Eine Schlacht bei Ranking.

**London, 26. November.** Wie der Korrespondent des Reuterschen Bureau, der sich bei den Angriffen vor Ranking befindet, telegraphiert, haben die Revolutionäre heute früh 7 1/2 Uhr begonnen, Ranking von einem eine Meile nördlich der Stadt gelegenen Fort aus zu bombardieren. Nach einem bisher noch unbestätigten Gerücht sollen die Kaiserlichen bereits 800 Tote haben.

**New York, 27. November.** Der Korrespondent des „New York Herald“ in Ranking telegraphiert seinem Blatte einen längeren Bericht über das gestrige Gefecht bei Ranking: Das Bombardement wurde von den Rebellen eröffnet, die in Stärke von 4000 Mann auf den Friedhöfen von Ming Aufstellung genommen hatten. Sie verfügten über 12 Siebentzigmetergeschütze, während die kaiserlichen Truppen von den Festungswerken und dem Purplehügel mit 14 7,5 Kanonen sich verteidigten. Die Rebellen versuchten vergeblich in die Stadt einzudringen und hatten 300 Tote und Verwundete, während die kaiserlichen Truppen 2000 Tote gehabt haben sollen. Gestern morgen machten die kaiserlichen Truppen einen Ausfall, wurden aber von den Rebellen mit großem Verluste zurückgeworfen und zogen eiligst in die Stadt zurück. 3000 Rebellen griffen dann das Fortis Futwatai an und besetzten es, ebenso das südliche Tor, wo die kaiserlichen Truppen in die Stadt zurückgeworfen wurden. Im Norden bombardierten die Rebellen die kaiserlichen Truppen vom Masusanforts aus und zerstörten das Löwenbergtor, den Hechtemempel und den Palast des Vizekönigs. Die Rebellen wurden bei ihrem Vorgehen von der revolutionären Flotte unterstützt. Gestern abend begannen die aufständischen Truppen von Chinliang einen Angriff auf das Lafungmuntur und zerstörten durch eine Feuersbrunst das ganze Landschubviertel. Das Gefecht dauerte die ganze Nacht durch.

## Einmischung der fremden Mächte.

**Petersburg, 27. November.** In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß die chinesische Regierung in nächster Zeit die Mächte um Hilfe anrufen werde, wofür sie hervorragende Privilegien in Aussicht stellt. Zurzeit bemühe sich die chinesische Regierung, die Stimmung der Mächte nach dieser Richtung hin zu erforschen.

**Tokio, 26. November.** (Meldung des Reuterschen Bureau.) Nach einer amtlichen Meldung ist die japanische Regierung gemäß dem Beschlusse der diplomatischen Vertreter in Peking, wegen der gegenwärtigen Lage die fremden Garnisonen in Peking zu verstärken, bereit, demnächst die notwendigen Verstärkungen zu schicken. Ebenso wurde beschlossen, wegen der sehr begrenzten Anzahl der in Peking stationierten Truppen gleichzeitig eine entsprechende Truppenmacht nach Tientsin zu senden. In Peking und Tientsin werden die Truppen insgesamt um ein Bataillon Infanterie und eine Maschinengewehrabteilung vermehrt werden. Die Gesamtzahl der Streitkräfte in Peking wird die Truppenzahl nicht überschreiten, die sich vor der Reduzierung im Jahre 1908 dort befand.

## Drei deutsche Bataillone für China.

Die „Post“ verlangt mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation in China die sofortige Entsendung von drei Bataillonen mit je acht Maschinengewehren und mindestens 20 Kavalleristen pro Kompanie und ferner je eine Batterie zu jedem Bataillon. Der Anfang zu einem neuen ostasiatischen Expeditionskorps neben den jetzt schon im Kiautschougebiet stehenden Truppenteilen wäre damit gemacht.

Die „Post“, die bei der Marokkosehe nicht auf ihre Rechnung kam, hofft jetzt, aus den chinesischen Wirren Vorteil für ihre Auftraggeber herauszuschlagen. Es ist also nötig, daß man auch die ostasiatische Politik unserer Imperialisten scharf unter Kontrolle nimmt.

# Aus Industrie und Handel.

## Bergarbeiterlöhne.

Dem Jahresbericht des Bergbauvereins Essen für 1910 entnehmen wir über die Bergarbeiterlöhne folgendes:

Die Arbeiterzahl (ohne Beamte) stieg im Oberbergamtsbezirk Dortmund von 330 414 im Jahre 1909 auf 334 619 im Berichtsjahr, in Oberschlesien von 115 908 auf 116 202, im Saarbezirk von 51 788 auf 52 397, in Niederschlesien von 27 812 auf 27 979 und im Saazer Bezirk von 21 600 auf 22 224. Der Jahresverdienst eines Arbeiters der Gesamtbelegschaft betrug in den letzten Jahren:

	1908	1909	1910
im Oberbergamtsbezirk Dortmund	1494 M.	1350 M.	1382 M.
in Oberschlesien	1016 „	986 „	984 „
im Saarbezirk	1192 „	1196 „	1122 „
in Niederschlesien	1000 „	975 „	974 „
im Saazer Bezirk	1409 „	1844 „	1375 „

Die Jahreslöhne der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter betragen:

	1908	1909	1910
Dortmund	1706	1556	1589 M.
Oberschlesien	1146	1100	1068 „
Saarbezirk	1333	1278	1248 „
Niederschlesien	1088	1045	1040 „
Sachsen	1532	1456	1502 „

Auf eine Schicht der Gesamtbelegschaft und der eigentlichen Bergarbeiter entfiel ein Verdienst von:

	Gesamtbelegschaft			Unterirdisch beschäftigte eigentliche Bergarbeiter		
	1908	1909	1910	1908	1909	1910
Dortmund	4,82	4,40	4,54	5,86	5,23	5,37
Oberschlesien	3,52	3,45	3,44	4,04	3,97	3,91
Saarbezirk	4,04	3,96	3,97	4,63	4,51	4,50
Niederschlesien	3,29	3,23	3,23	3,59	3,47	3,46
Sachsen	4,58	4,45	4,49	5,17	5,01	5,09

Die Statistik beweist, wie nötig es die Bergarbeiter haben, in der Zeit der Teuerung sich um höhere Löhne zu sorgen. Letzere Lebensmittel, niedrige Löhne, das ist ein Schandal, den die Bergarbeiter aus der Welt schaffen können, wenn sie endlich geschlossen und einig dem prologischen Grubenkapital entgegentreten. Wo starke Organisationen der Arbeiter wirkten, da haben die Unternehmer selbst in der Zeit der Krise sich bequemen müssen, anständige Löhne zu zahlen oder Lohnerhöhungen eintreten zu lassen. Wann wird es im Bergbau auch so sein?

**Marktpreise von Berlin am 25. November 1911, nach Ermittelung des Königl. Vollegetzpräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel).**  
 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, nach Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Wint. 40,00—50,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Mischfleisch, von der Reule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,20—2,20. Butter 2,00—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Wale 1,20—2,80. Jander 1,40—3,60. Hechte 1,20 bis 2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,20. Fische 0,80—1,90. 60 Stück Prebse 2,40—24,00.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 26.11.		am 25.11.	
	am	fest	am	fest
Remel, Mühl	119	-1	119	-1
Bregel, Inkerberg	-15	+2	-15	+2
Seidiet, Thon	-16	+2	-16	+2
Ober, Rathen	134	+23	134	+23
Proffen	30	-7	30	-7
Frankfurt	53	0	53	0
Sartze, Sächsim	-5	+3	-5	+3
Landenberg	-35	0	-35	0
Rege, Gordanau	-16	0	-16	0
Elbe, Veltmeritz	-10	+10	-10	+10
Dresden	-179	+5	-179	+5
Barby	23	-4	23	-4
Magdeburg	30	+9	30	+9
Scale, Großh	68	-15	68	-15
Havel, Spandau	34	+2	34	+2
Rathenow	2	0	2	0
Spre, Sorensberg	86	0	86	0
Bestrom	82	+3	82	+3
Geier, Mülden	129	-30	129	-30
Minden	211	-11	211	-11
Rhein, Ragnitillandau	360	+2	360	+2
Raub	165	-2	165	-2
Rhin	205	+42	205	+42
Redar, Heilbrunn	57	-9	57	-9
Rain, Wertheim	—	—	—	—
Roel, Trier	182	-118	182	-118

+) + bedeutet Hoch, - Nied. - \*) Unterbeleg.

Das Hochwasser der Mosel ist am Unterlauf des Flusses weit unter dem mittleren Hochwasser geblieben; bei Reg überfließt sie gestern das Mittelwasser nur noch um 1 Meter.

# Kavon-Seife

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Die Kavon-Seife wird nach einem ganz neuen Verfahren gewonnen. Bekanntlich sind die Seifen, die jetzt meistens zur Wäsche benutzt werden, mit Hilfe von Natronlauge oder Soda hergestellt. Es sind das die sogenannten Kernseifen. Die Kavon-Seife ist dagegen eine Kaliseife.

Schon seit undenklichen Zeiten ist den Seifensiedern bekannt, daß Kaliseifen die weitaus besten für alle Haushaltzwecke sein würden, nur gelang es lange nicht, solche Seifen in festen Stücken zu erzeugen. Nach langjährigen Versuchen ist es uns nun endlich gelungen, reine Kaliseife ohne fremde Zusätze in dauernd festen Stücken herzustellen, und wir bringen unsere Seife unter dem Namen Kavon-Seife in den Handel.

Die großen Vorzüge der Kavon-Seife bestehen vor allen Dingen darin, daß sie die Wäsche nicht angreift und die Farben schont. Dabei ist die Seife von einer sehr großen Ausgiebigkeit, die sich schon bei ganz leichtem Aufstreichen in der mächtigen Schaumbildung zeigt.

Wir haben die Kavon-Seife, ehe wir sie in den Handel brachten, Hunderten von Hausfrauen zum Probieren in ihrem Haushalt gegeben, und es wird einstimmig die enorme Waschkraft der Seife, sowie die große Schonung der Wäsche und der Farben gepriesen. J. B. behalten Wollsaaken, die sonst so leicht einlaufen und verfilzen, ihre ursprüngliche Form, Farbe und Elastizität. Auch wird gerühmt, daß die Wascharbeit mit Kavon-Seife auffallend bequem und für die Haut angenehm sei. Zu einem Versuch wähle man besonders verschmutzte Wäsche oder empfindliche Stoffe wie Wolle und Seide.

Preis pro Stück 20 Pf.  
 Jetzt überall erhältlich.

Kavon-Werke Dresden.

# Winter-Woche

**Vorzugs-Angebote großer Posten  
zu enorm herabgesetzten Preisen**

Schluß übermorgen

- |   |                     |
|---|---------------------|
| Posten 1 Winter-Paletots in Cheviot und glatten Stoffen, auch für große Figuren . . . . .                       | 15 <sup>00</sup> M. |
| Posten 2 Winter-Paletots dunkelgrauer Cheviot mit feinen Streifen, für jede Figur passend . . . . .             | 24 <sup>00</sup> M. |
| Posten 3 Winter-Ulster gestreifte und karierte Phantasiestoffe . . . . .  | 21 <sup>00</sup> M. |
| Posten 4 Winter-Anzug Cheviots und Kammgarne, ein- und zweireihig, in vielen Mustern . . . . .                  | 27 <sup>00</sup> M. |
| Posten 5 Winter-Pelerinen für Herren u. Damen. Grau oder grünlicher Loden. Imprägn. 120-130 cm lang             | 7 <sup>50</sup> M.  |
| Posten 6 Geh-Pelze „imitate“. Feiner, schwarzer Melton-Besug. Echter Fels-Kragen . . . . .                      | 42 <sup>00</sup> M. |
| Posten 7 Winter-Joppen dunkelgrauer oder grüner Loden sowie glatte Stoffe, durchweg warm gefüttert . .          | 9 <sup>50</sup> M.  |
| Posten 8 Pelz-Joppen grauer Loden-Besug mit Zirkel gefüttert. Soweit Lager . . . . .                            | 15 <sup>00</sup> M. |
| Posten 9 Winter-Hosen gestreifte Cheviots und Kammgarne, große Auswahl . . . . .                                | 7 <sup>50</sup> M.  |
| Posten 10 Burschen-Winter-Anzüge Cheviots u. Kammgarne, für 9-14 Jahre, durchweg                                | 7 <sup>50</sup> M.  |
| Posten 11 Knaben-Pyjacks dunkelblauer Cheviot, Aermel m. Abzeichen, warm gefüttert, für 8 bis 9 Jahre, durchweg | 4 <sup>25</sup> M.  |
| Posten 12 Winter-Anzüge f. Knaben, melierte Buckskins, schöne hochgeschlossene Formen, für 8-9 Jahre, durchweg  | 4 <sup>50</sup> M.  |

# Baer Sohn

Kleider-Werke O Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 \* 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 \* Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 43 (Letzte Moden) kostenfrei

## Moebel-Boebel

ges. geschützt  
Berlin S. Oranienstr. 58  
(direkt am Moritzplatz)  
Kein Laden! Verkauf nur f. Fabrikgeb.  
Nebensatz. Wohnzimmer 271-  
echt Nassb. Journ. . . . . M. 53.-  
1 Kleidersch. . . . . M. 24.-  
4 Stühle à 6 M. . . . . M. 14.-  
1 Trümmel mit Stufe . . . . . M. 30.-  
1 Auszugstisch . . . . . M. 12.-  
1 Vertiko . . . . . M. 68.-  
Umhaus extra . . . . . M. 50.-  
Eigene Werkstätten 5 Jahre Garantie Besichtigung erbeten



## 5 Proz. Rabatt

beim Vorzeigen dieses Inserats.  
Engros-Lager. Für Damen!

Einzelverkauf  
nurv. 12-8 Uhr.

Paletots aus  
engl. 7<sup>50</sup>, 10, 15 M.  
Frauen - Paletots  
aus schwarzem  
ca. 200 Kinder-  
Paletots 3<sup>00</sup> 4<sup>50</sup>  
ca. 300 Kostümröcke  
Wert bis 12,00,  
zum Aussuchen 4<sup>50</sup>  
jeder Rock

Elegante Peluche-Mäntel  
u. Kostüme, sehr preiswert.

Kein Laden.  
Sonntag geöffnet Fahrgeld ersetzt

H. Heymann  
Grüner Weg 48, part.,  
an der Koppenstraße.  
Fahrtgelegenheit: Elektr. Bahnen  
Nr. 1, 3, 6, 10, 22, 31, 46, 76, 79.  
Umtausch gestattet.

Zigarren- W. Herbst  
Fabriken  
reg. 1892. - Tel.: IV. 3873.  
BERLIN SW., Ritterstr. 83  
Erstklassige Ware. Zigarren-  
händler bestens empfohlen.  
Tarifarbeit.

## Feine Schneiderei

für elegante  
**Herren-Moden**

fertig und nach Mass  
Garantie für tadelloßen Sitz  
und beste Verarbeitung. Auf

## Teilzahlung

Wochenrate von 1 M. an  
**J. Kurzberg**

Rosenthaler Strasse 40  
direkt am Hackeschen Markt

Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedenstrasse.

## Kein Waren-Kredithaus



## Hugo Beling

Weingroßhandlung u. Likörfabrik

60 eigene Filialen. Einzelverkauf zu Engrospreisen.

### 16. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1911, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose  
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
11209 367 460 78 540 58 897 [500] 22047 109 93  
89 2187 310 65 598 [3000] 815 85 974 82 13088  
83 226 [500] 310 38 78 64 874 85 918 24 81  
14001 31 89 [500] 174 219 326 50 89 897 830 87 831  
944 15083 [1000] 210 455 559 70 630 38 738 [500]  
872 917 87 16090 54 194 474 88 510 819 86 717 48  
902 4 43 82 98 17014 [500] 78 90 96 133 60 328 725  
18090 12 47 150 486 615 851 90 763 19070 113 50  
848 405 345 740 67 838 909 79  
20049 149 312 34 45 40 94 552 21054 137 [5000]  
88 399 428 27 600 705 50 58 897 [500] 22047 109 93  
384 431 46 583 670 08 713 82 906 86 87 89 23102 327  
527 81 655 740 958 24053 [3000] 171 81 230 388 548  
[3000] 87 88 89 912 80 700 25103 14 [500] 84 208  
733 430 40 609 29 614 808 13 978 26117 312 583 601  
765 97 494 984 27101 85 421 48 518 715 843 [500]  
28090 12 225 36 [1000] 343 441 [1000] 602 20173  
208 743  
30025 38 117 325 485 639 80 788 78 31075 199  
[500] 86 215 90 730 469 570 794 801 919 32149 355  
81 484 537 79 621 89 945 33081 133 50 72 95 238  
981 95 767 803 983 91 34094 [1000] 680 [5000] 802  
[1000] 31 38078 616 651 716 58 862 861 97 38092  
111 35 219 [1000] 40 71 427 97 641 689 749 835 946  
89 [500] 37080 83 [500] 195 254 337 63 73 479 848  
87 722 88 809 38571 91 615 95 863 938 85 38441  
87 748  
40010 69 138 63 446 515 729 900 34 42 70 41033  
40 221 80 [1000] 385 469 659 690 958 42024 110 331  
474 585 811 725 90 810 13 916 [700] 43096 38 335  
39 483 689 616 787 968 44247 [3000] 333 440 45 48  
[500] 834 672 [1000] 45057 [500] 99 303 43 80 439  
45 85 873 568 48049 228 700 47031 217 16 481  
559 722 83 [3000] 48119 235 59 508 [500] 92 838  
[1000] 804 913 38 49565 445 594 643 925 [1000] 32 942  
60087 414 719 [500] 852 93 51189 [500] 67 414  
831 49 75 96 839 780 59 52076 693 638 62 72 731  
801 41 871 53077 127 40 92 285 324 566 609 650  
54024 63 439 716 878 948 68 55224 [500] 99 [500]  
810 827 [500] 88 948 56028 371 649 740 [500] 921  
83 98 57105 12 307 437 541 58113 49 218 512 734  
85 822 58018 48 748 844 62 974  
60008 180 70 301 312 431 528 608 710 78 94  
86 838 67 61288 96 831 406 81 25 62043 175 [3000]  
255 377 43 47 645 [500] 783 63108 91 361 537 63  
64287 368 47 [1000] 677 856 993 65060 63 170 210  
80 301 31 87 120 903 66037 48 118 87 98 210 410  
[500] 30 80 814 974 67011 147 254 350 65 89 482 95  
[500] 678 630 711 [500] 68 824 68122 248 330 [500]  
35 411 883 918 88160 60 [1000] 315 84 422 531 773  
825 85 [3000] 971  
70017 72 92 117 217 47 305 10 86 445 878 70 98  
71193 215 [5000] 81 97 806 807 801 17 700 43 95 804  
[1000] 48 [500] 72008 208 78 519 30 639 901 27 87  
73084 852 89 748 80 671 74018 45 214 38 [3000] 72  
313 [500] 864 903 30 63 75094 160 83 223 91 557  
687 929 78018 388 430 [500] 528 29 600 77079 138  
40 42 83 843 68 480 616 [1000] 649 [500] 717 85 820  
65 75 95 902 [500] 32 88 78008 68 114 213 327 500  
71 648 635 70000 179 80 48 [1000] 339 508 677  
729 814  
80078 811 83 938 48 60 78 81138 403 89 87  
864 9 54 92 701 58 860 80 [1000] 82103 82 306 23  
450 8 63 697 608 720 830 83046 185 209 300 539 717  
826 [500] 84062 80 185 225 60 350 70 423 44 70 848  
[3000] 683 816 932 85046 400 77 93 863 70 608 [500]  
49 973 81 86041 92 880 800 72 900 87087 147 262  
455 85 827 87 982 91 88080 [500] 105 77 221 476  
[1000] 568 628 [1000] 40 825 [500] 929 89417 68 90  
872 658 861 [500]  
80085 446 718 89 820 902 44 91009 77 138 46  
81 84 229 81 39 338 471 635 77 644 743 932 [1000]  
86 92147 275 334 831 73 683 925 76 93069 183 881  
417 83 97 [3000] 618 37 87 901 84094 171 [3000] 678

### 16. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1911, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose  
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
88 210 84 418 71 628 37 88 81 814 917 [1000]  
95 1004 110 70 248 95 391 446 [500] 738 89 [500]  
872 818 52 89 2092 [500] 123 264 72 344 402 30  
568 648 80 [500] 714 41 3137 87 265 852 70 784  
83 [1000] 945 4108 68 [500] 301 812 [1000] 87  
622 721 [5000] 5057 313 18 617 781 6216 311 49 440  
652 68 727 [1000] 808 17 81 99 919 93 7060 131  
213 [3000] 485 993 870 987 8063 342 698 749 888  
919 [5000] 66 [500] 88 8029 76 88 256 638 94 98  
110003 33 [500] 178 441 42 59 513 739 955  
11000 11 110 343 525 64 [500] 776 88 859 12076  
119 37 272 382 628 92 [3000] 699 911 91 13040 72  
[3000] 116 28 491 728 [1000] 865 14069 68 86 852  
418 21 51 663 76 710 [500] 804 30 15088 123 42  
415 656 [500] 710 823 88 657 63 16182 481 674  
638 50 88 645 903 5 44 81 17388 468 90 562 [1000]  
641 95 861 982 [500] 88 18017 [1000] 105 [500] 10  
13 98 383 98 [500] 465 541 42 640 80 [1000] 818  
24 900 19038 438 [500] 609 902  
20019 [500] 52 106 307 607 58 87 931 21120  
238 44 300 69 [1000] 682 65 630 910 [1000] 73  
22088 82 282 313 28 668 620 68 69 702 858 23127  
52 231 82 33 736 37 [500] 886 91 25007 104 58 385  
524 82 740 813 [500] 31 26 83 25090 209 78 94 323  
26 81 539 685 820 [1000] 913 26287 305 58 80 400  
657 741 [500] 995 77 [3000] 95 [500] 27148 278  
421 31 67 748 54 68 872 992 28035 84 95 123 454  
895 87 [500] 638 49 830 80 28049 134 238 [500]  
87 440 778 81  
30040 200 1 16 325 45 404 55 525 648 787  
[1000] 882 922 30 31029 [1000] 154 200 345 443  
805 659 707 98 813 40 32083 158 96 [500] 297 819  
28 29 423 47 687 746 33091 36 [500] 328 [1000] 83  
947 572 553 34084 120 43 388 326 85 789 609 35178  
[3000] 91 337 87 653 861 36098 221 381 83 470 72  
[500] 892 608 37 790 37035 150 277 381 [3000] 894  
713 34 40 825 827 85 38188 494 [500] 541 868  
993 39062 [3000] 64 482 717 805 [500] 78  
40966 233 302 480 506 92 778 886 [1000] 41012  
24 51 120 90 [1000] 288 [500] 408 [500] 55 42050  
97 141 82 299 589 820 956 89 43254 68 309 77 78  
609 [1000] 641 63 717 40 880 44001 148 403 33 836  
77 742 45181 318 407 24 68 525 48402 [500] 31  
87 523 817 912 44 47282 327 39 46 [500] 411 580  
781 [500] 948 48126 242 83 357 449 504 733 [1000]  
49109 54 [3000] 318 670 [500]  
50333 79 461 899 833 73 740 924 36 51285 826  
[1000] 441 560 81 607 15 64 651 71 72 75 982 52045  
318 [500] 95 487 704 42 800 83 909 53244 384 691  
780 967 54270 377 425 28 629 780 839 55286 374  
435 88 90 636 [500] 804 949 58042 89 240 90 395  
553 725 84 83 908 81 57162 210 31 308 73 470 442  
50 799 [500] 860 928 37 58238 60 365 408 630 [1000]  
24 26 43 748 803 95 65 97 9227 32 48 [500] 337  
39 482 811 97 940 69 738 85 37  
60172 80 234 463 [500] 691 723 823 919 61108 268  
488 732 82257 395 [1000] 497 605 803 19 618 82  
63220 431 89 606 700 51 [500] 41 64007 270 469  
617 880 55142 937 68091 112 48 89 247 [500] 461  
509 19 39 609 60 899 67081 349 400 [500] 800  
11 [500] 14 43 68174 285 51 409 18 42 621 65 700  
41 59 802 902 69162 217 444 705 30 78 926 [500]  
70150 300 392 33 [500] 622 48 508 958 90 83  
71006 45 119 52 238 512 63 695 809 [500] 85 98  
921 83 72884 153 432 543 618 912 31 89 82 73285  
319 [3000] 421 519 50 627 48 [500] 65 919 84 88 93  
74086 190 239 338 408 72 553 615 82 75018 130  
234 445 77 573 615 991 76097 [500] 130 263 95 402  
620 728 [500] 817 33 920 77108 698 721 46 86 [3000]  
97 853 84 78081 192 [500] 251 346 [500] 435 636  
79115 95 267 361 61 825 [1000] 614 58 871  
80102 36 221 35 711 63 922 81019 83 387 407  
62 887 886 2293 511 21 522 30 692 862 990 83594  
[1000] 68 609 82 85 974 84115 [500] 235 79 351 96  
470 [500] 691 716 28 805 85111 635 628 89 958 86110  
42 68 336 56 80 [500] 87 407 557 606 51 709 87022  
121 298 315 21 87 510 738 89 94 833 53 [3000] 92  
[500] 44 88174 870 90 620 765 89007 [500] 30 84  
[500] 486 774 893 929  
80026 287 355 [500] 91063 347 81 451 578 820  
703 679 914 92490 810 67 718 29 83 [500] 814  
83188 521 634 999 84195 300 48 479 554 89 95012

Im Gewinnrade verbleiben: 3 Prämien zu 300000 M.,  
2 Gewinne zu 500000, 2 zu 15000, 2 zu 40000, 4 zu  
30000, 8 zu 18000, 28 zu 10000, 40 zu 5000, 682 zu  
3000, 1090 zu 1000, 1888 zu 500 M.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Berliner Damenkonfektion.

Der nunmehr ausgebrochene Streik der Berliner Damenkonfektionsschneider und Schneiderinnen hat wieder die Gedanken an das Jahr 1896 und an die oft beklagten schlechten Lohnverhältnisse der Heimarbeiterrinnen aufleben lassen. 1870 bis 1871 gelang es den Berliner Konfektionären, den Export nach Amerika, England, Belgien und der Schweiz an sich zu reißen, den früher Paris hatte, der aber von dort nicht besorgt werden konnte, weil Paris eingeschlossen war. Besonders der Export nach Amerika brachte bis zu Anfang der achtziger Jahre Umsätze von 10 bis 12 Millionen Dollar (40 bis 50 Millionen Mark). Die amerikanische Zollpolitik machte diesem glänzenden Geschäft ein Ende. Dafür wurden aber in den neunziger Jahren in England Jahresumsätze bis zu 60 Millionen Mark erzielt. Aber auch nach England hat der Export nachgelassen (1904 betrug er noch 41,2 Millionen Mark), dafür hat sich aber der Absatz nach Holland, Belgien, den skandinavischen Ländern, dem Orient und Kanada bedeutend vermehrt. Die Berliner Konfektion rechnet damit, daß, wenn im nächsten Jahre der amerikanische Zolltarif revidiert wird, sich auch der Export nach Amerika wieder hebt.

Während die Berliner Konfektion bei dem Exportgeschäft mit anderen Ländern nicht die früheren Umsätze erzielen konnte, nahm das Inlandgeschäft in überraschender und ungeahnter Weise zu. Vor 25 Jahren, 1886, erzielte die Berliner Damenkonfektion Jahresumsätze, die sich auf zirka 90 Millionen Mark belaufen. Berlin fabrizierte 1886 6¼ Millionen Mäntel, von denen das Inland 2 Millionen, das Ausland 4¼ Millionen konsumierte. Im Jahre 1910 bestanden in Berlin zirka 250 Engros-Geschäfte, die einen Umsatz von 220 Millionen Mark erzielten und 49 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigten, wogegen im Jahre 1886 etwa 17 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Industrie beschäftigt wurden.

Diese Zahlen beweisen, welchen enormen Aufschwung die Berliner Damenkonfektion, trotz Verlust des Exportgeschäftes, genommen hat.

Im Bericht der Kellerten der Kaufmannschaft klagen die Unternehmer, daß sich der infolge der Zollschranken zurückgegangene Export nur noch aufrecht erhalten läßt, weil er „auf den billigen Arbeitslöhnen basiert“. Somit stützt sich heute die Damenkonfektion in der Hauptsache auf den inländischen Markt, da die Länder, wohin sie heute noch exportiert, nicht als vollwertiger Ersatz für England und Amerika in Rechnung gestellt werden können.

Wenn die Berliner Damenkonfektion auf den Export nach dem Auslande fast ganz verzichten mußte, so kann sie doch den ungeahnten und überraschenden Aufschwung des inländischen Marktes gebührend in Rechnung stellen. Die Erhöhung des jährlichen Umsatzes von 90 auf 220 Millionen Mark im Zeitraum von 25 Jahren läßt wahrlich nicht auf „schlechte Geschäfte“ schließen. Das ergibt sich auch aus einer Schatzstatistik im Vergleich zum Umsatz, welche die Unternehmer während dieser Lohnbewegung aufgenommen haben, womit sie aber offenbar nichts anfangen können. Bisher haben sie wenigstens der Öffentlichkeit keine Kenntnis davon gegeben.

Für die günstige Lage der Berliner Damenkonfektion spricht aber noch ein weiteres Moment. Alle großen Konfektionshäuser befinden sich in einer der teuersten Gegenden Berlins. Nach den Untersuchungen von Schmoller betrug der Kaufpreis für den Quadratmeter Boden am Hausvogteiplatz, dem Konfektionsviertel, im Jahre 1865, als die Konfektion sich zu entwickeln begann, 72 bis 430 M.; im Jahre 1895 war er schon auf 1290 M. gestiegen. 1906 wurde in dieser Gegend ein Haus zum Preise von 1 100 000 M. an eine Konfektionsfirma verkauft, dessen Wert sich im Vergleich zum Mietertragnis auf nicht mehr als 650 000 bis 700 000 M. belief. Zurzeit werden in dieser Gegend allgemein 30 000 bis 40 000 Mark für die Quadratrute bezahlt, während für Erdgrundstücke 70 000 und in letzter Zeit in einem Falle sogar 80 000 Mark pro Quadratrute bezahlt wurden. Das „Jahrbuch für Handel und Industrie“ sagt hierzu, daß Paris derartige Preise sogar in bester Boulevardlage kaum aufzuweisen habe. Die Gehälter der Konfektionäre, das sind die technischen Leiter der Firmen, werden auf 18 000 bis 75 000 M. pro Jahr angegeben.

Eine Organisation haben die Unternehmer dieser Branche schon lange. Es gehören ihr nahezu alle Firmen an. Wenn auch diese Organisation nicht gegründet wurde, um in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen (der Verband ist schon vor dem Jahre 1896 zur Wahrung der Handelsinteressen gegründet worden), so hat sie doch stets in den Lohnfragen Stellung genommen.

Während der Verhandlungen über das Hausarbeitsgesetz, sowohl im Reichstage als in der Öffentlichkeit, haben sich die Konfektionäre gegen die Lohnämter gewehrt. Es ist daher durchaus begreiflich — wenn auch nicht verständlich —, daß die Unternehmer erklären, daß ein Lohn tarif in dieser Branche technisch unmöglich sei. Beinahe sechs Monate haben die Berliner Zwischenmeister und eine Kommission der Damenkonfektionsschneider und Schneiderinnen an einem Tarif gearbeitet, der nun den Konfektionären vorgelegt ist. In diesem Tarif ist festgelegt, was der Zwischenmeister von seiner Firma zu verlangen und was er wieder an die Arbeiterschaft zu zahlen hat. Diesen Sachverständigen gegenüber behaupten die Unternehmer, daß ein Tarif unmöglich sei. Wäre der gute Wille bei ihnen vorhanden, so bestände die Möglichkeit, einen Tarif abzuschließen.

Um nicht das Odium auf sich zu laden, jede Lohn-erhöhung abgelehnt zu haben, erklärten sie, bereit zu sein, „die Löhne aufzubessern, soweit sich eine Aufbesserung als nötig herausstellt“.

Daß eine Lohnaufbesserung in diesem Sinne keine Sicherstellung für die Beschäftigten bedeutet, wenn kein Tarif zustande kam, liegt auf der Hand. Dem bestimmten Verlangen nach einem Tarif stand die bestimmte Ablehnung der Unternehmer gegenüber. So lange kein Tarif besteht, wird es möglich sein, daß für einen Damenrock an die Heimarbeiterrinnen 12½ Pf. bezahlt wird, während der Zwischenmeister hierfür, wie neuerdings festgestellt wurde, 23½ Pf. erhält. Diese Löhne sind eine Folge der jetzigen Preisfestsetzung mit dem einzelnen Zwischenmeister. Es darf als

ausgeschlossen bezeichnet werden, daß derartige Löhne in einem Tarif Aufnahme finden, daher ist der Tarif „technisch unmöglich“. Wie man in der Konfektion Löhne festsetzt, geht aus einem Artikel des „Confectionairs“ im September 1900 hervor, in welchem zunächst geschildert wird, daß die Reisenden zu billig verkaufen. Der Verlust wird nach dem „Confectionair“ folgendermaßen geteilt:

Es ist selbstverständlich, daß der Konfektionär, vor der Tatsache billigerer Verkäufe stehend, nach Mitteln und Wegen suchen muß, um den Verlust zum Teil von seinen Schultern abzuwälzen . . .

Es wird also zum so und sovieltenmale das Kalkulationsbuch zur Hand genommen und schließlich beschloffen, die Arbeitslöhne und, wenn möglich, auch die Einrichtung des betreffenden Artikels herabzusetzen, zu „verschlimmbessern“.

Man glaube nicht, daß unsere Fabrikanten mit leichtem Herzen dazu übergehen, insbesondere widerstrebt es ihnen, einen Druck auf die Schneider auszuüben. Was bleibt ihnen aber schließlich übrig? In einer hochnotpeinlichen Konferenz mit dem Konfektionär werden die Einzelheiten festgesetzt; mag sich dieser auch noch so sehr gegen die geplanten Maßnahmen sträuben, das „Geschäftsinteresse“ wird und muß schließlich Sieger in diesem ungleichen Kampfe bleiben.

Dem Konfektionär aber bleibt die traurige Pflicht, seinen Schneidern gegenüber die Preiserhöhung, so gut es geht, plausibel zu machen. Die Anforderungen, die an die fertige Piéce gestellt werden, bleiben dieselben, der Schneider verdient eben weniger und muß sich noch mehr einschränken als bisher, eine Forderung, die in Anbetracht der täglich steigenden Preise für Lebensmittel und Mieten schier unerfüllbar ist.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Arbeiterschaft unbedingt einen Lohn tarif verlangt.

Soweit sich bisher übersehen läßt, steht die Sache der Arbeiterschaft durchaus günstig. Auch ist der Zeitpunkt für den Streik gut gewählt. Es kommt darauf an, die Herstellung der Muster für die Reise zu verhindern, und das gelingt bei der großen Ausdehnung des Streiks vollkommen. Die Zahl der streikenden Zwischenmeister betrug Sonnabendmittag 2800. Das heißt, daß vier Fünftel aller in der Damenkonfektion Beschäftigten am Streik beteiligt sind.

Das „V. L.“ bringt in seinem Handelssteil eine Notiz, die anscheinend dem Zwecke des Stärkmachens der Großkonfektionäre dient.

Es wird da ausgeführt, daß die jetzige Zeit für einen Streik die allergünstigste für die Unternehmer sei, weil bis nach Weihnachten niemand ein Interesse daran habe, seine Läger zu komplizieren. Wie die Verhältnisse liegen, wissen die Arbeiter und Meister sowie ihre Organisationsvereinigungen natürlich ganz genau. Ihre Taktik ist die beste, die sich denken läßt. Gewiß herrscht jetzt Arbeitslosigkeit, aber indem die Streikenden nun das Herausbringen von Mustern unterbinden, legen sie das ganze Geschäft für die nächste Saison lahm. Das bringt die Konfektionäre in die allerungünstigste Situation. Das hat auch der Arbeiter im „Lageblatt“, er meint, wenn der Streik sich allerdings bis Ende Januar ausdehnen sollte, dann würde es viele Zahlungsschwierigkeiten und Zusammenbrüche geben. Aber er tröstet sich: die Organisation der Heimarbeiterrinnen umfaßt höchstens ein Drittel der Branche, einem Ansturm von Zehntausenden würden die Kassen auf die Dauer nicht genügen sein. — Hier spricht wohl der Wunsch als Vater des Gedankens. Aber die Rechnung hat ein Loch. Hinter den Streikenden steht mit dem ganzen Gewicht seiner Macht der Zentralverband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands. Das zu übersehen, bedeutet einen gewaltigen Fehler in der Unternehmerrechnung. Die Herren können allen Unannehmlichkeiten leicht aus dem Wege gehen, sie brauchen sich ja nur mit den Arbeitern durch tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse zu verständigen. — Oder spekulieren die Großkonfektionäre darauf, daß eine größere Anzahl der kleineren Konkurrenten bei dem Kampf über die Minge springen muß und sie dann Erste halten können? Sie behaupten allerdings, die Forderung der Arbeiter sei unerfüllbar, dazu wird aber im „V. L.“ bemerkt, daß die Berechtigung dieser Behauptung in manchen Kreisen der Branche nicht anerkannt werde. Das läßt auf Meinungsverschiedenheiten schließen. Um so größer mag der Wunsch sein, die Arbeiter erte zu führen.

Das bereits in unserer Sonntagsnummer erwähnte Antwortschreiben der Kommission der Meister und Arbeitnehmer an den Verband der Damenmätel-fabrikanten gibt Aufklärung über die Entwicklung der Lage und zeigt mit aller Deutlichkeit, wie unzutreffend die Behauptungen der Konfektionäre sind. Es lautet wie folgt:

„Indem wir das gefällige Schreiben vom 25. November bestätigen, beehren wir uns Ihnen folgendes zu erwidern: Der in Ihrem Schreiben erhobene Vorwurf, daß wir unsere Auftragsgeber einseitig und nicht im Sinne der Verhandlungen unterrichtet haben, ist falsch. Sie können dies aus der Tatsache ersehen, daß wir Ihr Schreiben vom 19. November der erwähnten Versammlung unterbreitet haben und Ihre Darlegungen in unserer Resolution eingehend erörterten.“

In der gemeinsamen Sitzung haben wir nicht erklärt, daß wir uns ein anderes Mandat ausbitten wollten, sondern, daß wir Bericht erstatten und eventuell wieder weitere Verhandlungen nachsuchen würden. Das können Sie aus dem Protokoll ersehen. Wenn Sie uns Vorhaltungen machen, daß wir Ihre Vorschläge nicht abgewartet haben, so gestatten wir uns, Sie daran zu erinnern, daß Herr Kommerzienrat Bamberg ausdrücklich in der gemeinsamen Sitzung erklärte, daß sei vielmehr Sache der Arbeiter. Hiernach konnten wir doch nicht annehmen, daß Sie doch bereit seien, andere Vorschläge zu machen. Wir hatten also keine Aussicht, auf Vorschläge von Ihnen zu rechnen. Der Umstand, daß wir nur über den Tarif zu verhandeln beauftragt waren, konnte Sie an anderen Vorschlägen schon deshalb nicht hindern, weil wir Sie hierum ersucht haben und Sie es ablehnten, Vorschläge zu machen.“

Daß wir unserer Versammlung Vorschläge unterbreiteten, die auf den ferneren Gang der Dinge Einfluß ausüben sollten, ist doch kein Novum. Unsere Mitglieder sind daran gewöhnt und erfolgt auch in anderen Verbänden die Vorbereitung von Beschlüssen in gleicher Weise. Es dürfte Ihnen dies auch bekannt sein.

Ihre Klage darüber, daß wir Fabrikanten in unserer Versammlung nicht gebildet haben, erledigen wir wohl am besten damit, indem wir Sie auf die von Ihnen abgelehnten Versammlungen aufmerksam machen, wozu wir ja auch seinen Zutritt haben, um eine aufklärende Aussprache herbeizuführen. Es ist uns auch zum ersten Male vorgekommen, daß ein derartiges Anfinnen an uns gerichtet wurde. Wenn Sie aus dem Umstande, daß niemand gegen den Streik gesprochen hat, schließen, daß Gegner nicht zu Worte kamen, so bitten wir zu berücksichtigen, daß die Beschlüßfassung einstimmig erfolgte.

Hiernach sind wir bereit, die Verantwortung für unsere Handlungen zu tragen.

Andere Vorschläge, als die von uns gemachten, können wir der Form nach nicht machen. Da Sie aber erklären, andere Vorschläge machen zu können, so ersuchen wir Sie, dieselben zu unserer Kenntnis zu bringen.

Wir werden sie alsdann prüfen und Ihnen Nachricht von unserer weiteren Stellungnahme zukommen lassen.

Ihrer gefälligen Rückantwort sehen wir entgegen.“

So weit uns bekannt ist, haben die Konfektionäre bis jetzt nicht geantwortet.

Die Konfektionsschneider und Schneiderinnen in Erfurt erklärten sich mit der Einführung eines Minimal-Preis- und Lohn-tarifs für die gesamte Damenkonfektion einverstanden. Sie beschloffen, keinerlei Streikarbeit für Berliner Firmen anzusetzen.

Im Pharus-Verlag, einer Firma, die der Allgemeinheit durch Pläne und Wanderkarten bekannt ist, haben die Steindrucker die Arbeit eingestellt, da die Firma darauf bestand, Streikarbeit der Firma Schwertfeger u. Co. drucken zu lassen. Die Lithographen in der Kartographie zeigten ihre Kündigung ein. Die Firma ist für Lithographen und Steindrucker gesperrt.

Verband der Lithographen und Steindrucker.

Achtung, Tapezierer! Der Tarifkampf bei der Firma Rudolph Herzog, Breitenstraße, dauert unverändert fort. Da Angestellte der Firma über die Ursachen der Differenzen Unwahrheiten in die Welt setzen, um die Öffentlichkeit zu täuschen, müssen auch wir die Öffentlichkeit aufsuchen, um den wahren Sachverhalt festzustellen. Bei der allgemeinen Lohnbewegung im Frühjahr traten auch die Kollegen bei Herzog mit Forderungen an die Firma, die — nachdem dort die Kollegen kurze Zeit im Ausstand waren — zum Teil bewilligt wurden. Später kam dann zwischen den Unternehmern (Firma und Arbeitgeberverband) einerseits und dem Verband der Tapezierer andererseits ein vierjähriger Tarifvertrag zu Stande. Die in dem Vertrage festgelegten Bestimmungen waren und wurden bei Herzog nicht erfüllt, so daß es langwieriger Verhandlungen in der Schlichtungskommission bedurfte, um die Tarifbestimmungen über Lohn, Akkorde und Speise-Geldung zu verschaffen. Als das noch nicht einmal erledigt war, ließ bei der Schlichtungskommission ein Schreiben — unterzeichnet von Herrn Rudolph Herzog — ein, daß sein Vertreter den Auftrag habe, über die streitigen Lohn-, Speise- und Akkordefrage weiter zu verhandeln, im übrigen aber der allgemeine Tarif von der Firma nicht anerkannt werden könne. Da nun die Schlichtungskommission die Überzeugung hatte, daß es dieser Firma nicht um den Frieden zu tun war, sondern daß sie den streitigen Streitstandpunkt vertrete und für sich Sonderrechte in Anspruch nehmen wollte, beschloß die Kommission — Unternehmer und Gehilfen — einstimmig, den Tapeziererbetrieb der Firma Herzog zu sperren. Als alle Mittel zum Frieden erschöpft waren, traten die Gehilfen in den Ausstand.

Die Firma erklärte am folgenden Sonnabend alle Kollegen für entlassen und ließ erklären, daß die eigene Werkstatt aufgelöst werden solle; selbst Gehilfen, die krank waren, wurden für entlassen erklärt. Zunächst übertrug nun die Firma anderen Unternehmern, die teils auch sonst für sie Arbeiten lieferten, die Arbeiten und suchte neue Unternehmer für sich zu gewinnen, so daß die Schlichtungskommission beschloß, alle Firmen, die für Herzog arbeiten, zu sperren. Mit dem Auflösen der eigenen Werkstatt war es auch nicht; denn nun wurde versucht, durch Schreiben an einzelne Ausführende diese mit dem Räder eines Aufstellungsvertrages zu fangen und sie zu Verrätern an den eigenen Kollegen zu machen. Leider haben sich auch einige gefunden, die darauf eingingen. Das Verhalten der Firma ist um so mehrwürdig, als diese mit ihrem sozialen Empfinden nach außen prunkt. Hier, wo sie praktisch durch Anerkennung eines Tarifvertrages dem sozialen Frieden dienen kann, verlagern diese Grundzüge. Wenn zwei Kontrahenten einen Vertrag schließen, der dem sozialen Frieden dienen soll, haben auch beide Parteien sich den Vertragsbestimmungen zu fügen.

Verbandsleitung der Tapezierer.

Achtung, Töpfer! Wie wir aus der „Einigkeit“ vom 25. November ersehen, hat sich der Töpfermeister Louis Müller dem Verein der Töpfer gegenüber verpflichtet, von nun an den Tarif wieder zu bezahlen und modernen Organisierte zu beschäftigen. Somit ist auch für uns die Sperre gegenstandslos geworden.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß die Firma Hermann Haase wegen restierender Löhne gesperrt ist.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl von sechs Angestellten sind die Kollegen Böckel, Petersdorf, Blanke, Jakob, Bollmer und Scharf gewählt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Polizeiliche Streikbeendigung.

In der Hasenmühle (S. F. Hildebrandt) in Magdeburg stehen 107 Arbeiter seit dem 20. November in Streik. Der Betrieb ist von tauglichen Arbeitskräften entblüht. Als Ersatz hat nun die Firma 65 Hinzubehrunder aus Hamburg erhalten, die unter strenger polizeilicher Bedeckung ihrem Bestimmungsort zugeführt wurden. Da der Betriebsleitung das Streikpostenstehen nicht gefiel, kam sie auf den schlaun Gedanken, die Polizei davon zu überzeugen, daß ein Streik überhaupt nicht mehr besteht, dieser dann das weitere „Erforderliche“ überlassend. Und die Polizei machte sich wirklich diese Ansicht zu eigen. Die Streikposten wurden fortgewiesen, und der Polizeikommissar erklärte der Streikleitung: „Die Leute hätten ihre Entlassung bekommen und bestände für sie kein Streik mehr!“ Auf eine Beschwerde an das Polizeipräsidium gab Polizeikommissar Schmidt die gleiche Erklärung ab. — Einfach grandios für die Unternehmer, wenn es von ihnen und von der Polizei abhängen würde, einen Streik für beendet zu erklären und jede Mitteilung über das Bestehen eines Streiks zu verhindern. Soweit sind wir denn doch noch nicht, und auch der Streik in der Hasenmühle in Magdeburg besteht weiter, trotz Polizei, bis die Firma zur Einsicht kommt.

Aber hier zeigte sich auch noch weiter, daß die „nachgeordneten“ Behörden von dem Bestehen des Reichsvereingehes noch keine Kenntnis zu haben scheinen, denn der Polizeikommissar berief sich auf das alte preussische Vereinsgesetz vom 11. März 1850. Nach diesem Gesetz sei es unzulässig, die freie Willensbestimmung anderer, die arbeitswillig sein möchten, zu beeinflussen. Und eine Beeinflussung sei schon darin gelegen, wenn ein Streikposten auch nur zu jemand sage: „Hier besteht Streik.“

Achtung, Schiffszimmerer! Auf der Schiffswerft des Kohlenmagnaten und Heeders Friedländer in Clogau sind Differenzen der Werkleitung mit den dort beschäftigten Schiffszimmerern entstanden. Schlechte Behandlung und der Versuch, durch ungerechte Einteilung der Arbeitszeit und die damit verbundene Bevorzugung eines Teiles der Arbeiter eine Persiflierung hervorzurufen, hatten schon seit längerer Zeit Unzufriedenheit erzeugt. Als nun an fünf Arbeiter das Aufstehen gestellt wurde, für 25 Pf. Stundenlohn im Eisenbahnbau Lohnarbeiter zu spielen, und als dieses abgelehnt wurde, wurden die Arbeiter entlassen. Nach Rücksprache mit dem Ingenieur, der die Entlassung nicht rückgängig machte, erklärten sich sämtliche Arbeiter solidarisch und legten einmütig die Arbeit nieder. Vor Zugang nach Clogau wird deshalb gewarnt.

Die Differenzen in Kurau, Gr.-Döbern, Genßin und Nechin sind ebenfalls noch nicht beigelegt.

Eine Schadenersatzklage wegen einer Arbeitseinstellung.

Am 28. September d. J. stellten die in ihrer Mehrzahl christlich organisierten Straßenbahner in Saarbrücken die Arbeit ein. Der Streik verlief nach fünfzätiger Dauer ergebnislos. Dieser Streik wird nun noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Am 13. Dezember wird vor dem Landgericht Saarbrücken eine Schadenersatzklage der Straßenbahngesellschaft für das Saarial gegen 43 Straßenbahner, die von der Gesellschaft nicht mehr eingestellt wurden, zur

Verhandlung kommen. Die Gesellschaft verlangt von den 43 Gemahregelten 3059 M. Schadenersatz. Aus der uns vorliegenden Anlagechrift geht hervor, daß die Gesellschaft sich nicht nur für den Ausfall an Einnahmen durch den Streik an den Streikenden schadlos hält, sondern von ihnen auch noch die Kosten für die Streikbrecher verlangt. Von den 43 Angeklagten haben 42 fünf Tage und einer hat nur vier Tage gestreift, so daß auf die 42 eine Forderung von je 92,50 M., auf den einen Mann eine solche von 74 M. entfällt. In dem Streik waren insgesamt 173 Personen mit 849 Streiktagen beteiligt. Diese werden, mit 8 Ausnahmen, für den Schaden haftbar gemacht, den die Gesellschaft auf insgesamt 15 706,50 M. berechnet. Es steht außer allem Zweifel, daß diejenigen, die wieder eingestellt wurden, die 92,50 M. sich stillschweigend von ihrem Lohne haben abziehen lassen. Bei den Gemahregelten ist die Herausgabe der Kaution bis zum Austrag der Entscheidung verweigert worden.

Von den in der Klagechrift aufgeführten Posten interessieren besonders folgende:

Ausfall der Einnahmen, ohne Berücksichtigung der verlorenen Abonnements, 10 021,80 M., Autofahrten 43,70 M., Beföstigung der Arbeitswilligen 210 M., Entschädigung an Arbeitswillige für vermehrte Dienstleistung, sowie für gehaltene Auslagen für Speisen und Getränke, mangels Ablösung infolge Ausfall der Dienstpausen, 3855 M., Pension für das von Hörde und Braunschweig beorderte Hilfspersonal 130 M., desgleichen für das von Breslau beordnete Hilfspersonal 154,20 M., Straßenbahn Hörde (Reisekosten und Tagelöhner für das abkommandierte Personal) 293,50 M., Straßenbahn Braunschweig desgleichen 1688 M., Pfändung der Uniformen 102,70 M., Generaldirektor Schimpf (Reisekosten Berlin-Saarbrücken) 248,65 M. Mit noch anderen kleineren Posten beträgt die Gesamtforderung 19 295 M., denen an Ersparnissen gegenüberstehen 3598,30 M.

Die Gesellschaft verlangt also in echt saarabischer Bescheidenheit nicht mehr und nicht weniger, als daß die Streikenden die ganzen Transport- und Pflegekosten der Herren Streikbrecher tragen und außerdem auch die Reise des Herrn Generaldirektors von Berlin nach Saarbrücken bezahlen sollen. Man darf wirklich neugierig sein, ob sich ein Gericht finden wird, das diesem Verlangen der Gesellschaft nachkommt und die Angeklagten verurteilt.

## Aus aller Welt.

### Schwürden darf nicht verklagt werden.

Die „Hohenzollernschen Blätter“ teilten dieser Tage mit, daß ein junges Mädchen in Rangendingen den katholischen Ortsgeistlichen verklagt hatte, weil er es wegen Tragens — einer am Halse durchbrochenen Bluse beleidigt hatte. Daraus schrieb der Pfarrer, Wi ist kein Name, an den Vater des Mädchens am 18. September einen Brief worin es heißt:

„Sie werden wohl wissen, daß es einem Katholiken nicht erlaubt ist, gegen seinen Seelsorger wegen seelsorgerlicher Maßregeln vor das weltliche Gericht zu ziehen. Sollte Ihre Tochter bei der angestrebten Klage beharren, so würde ich mich gezwungen sehen, gegen Ihre Tochter wie auch gegen Sie, soweit Sie für Ihre Tochter verantwortlich sind, zur Aufrechterhaltung der seelsorgerlichen Autorität die kirchlichen Strafen, soweit sie mir als Pfarrer zur Verfügung stehen, anzuwenden. Wenn Ihre Tochter glaubt, es sei ihr Unrecht geschehen, so steht es ihr frei, sich beim Bischof zu beschweren. Uebrigens ist es ein Zeichen von wenig kirchlichem und christlichem Geiste, wenn eine junge Person von ihrem Seelsorger sich keine Zurückweisung mehr gefallen lassen will.“

Durch diesen — Richterterrorismus ließ sich die Klägerin zur Zurücknahme des Strafantrags bewegen! Das schone „Motu proprio“ dehnt bekanntlich die Immunität der Pfarrer auf alle Delikte, nicht nur auf die Seelsorgerei aus!

### Neun Matrosen bei einer Explosion getötet.

Auf eigenartige Weise fanden neun Mann der Besatzung des an der Samoaninsel festgenommenen Dampfers „Prinz Joachim“ der Hamburg-Amerika-Linie den Tod. Nach einem drahtlosen Telegramm von Bord des Dampfers waren die neun Mann in drei Booten beschäftigt, die nach der Strandung über Bord geworfene Ladung wieder zu bergen. Dabei griffen sie gleichzeitig nach einer Büchse, die, ohne daß sie es

ahnten, Explosivstoffe enthält. Während jeder die Büchse an sich zu bringen suchte, erfolgte die Explosion. Alle neun Mann wurden in Stücke gerissen.

### Tödlische Grubenunglücksfälle.

Der Schütter Tod hält unter den Grubenkälbern andauernd reiche Ernte. Am Montag sind auf der Zeche „Carolus Magnus“ bei Essen a. d. Ruhr drei Bergleute verschüttet worden, von denen einer als Leiche, die anderen schwer verletzt geborgen wurden. Auch auf dem „Krughauch“ bei Königs- hütte (O.-Schl.) gingen am selben Tage Kohlenmassen zu Bruch und verschütteten mehrere Bergleute. Ein Bauer mußte das Unglück mit dem Leben büßen.

In einer Kohlengrube bei Verpignan (Frankreich) erfolgte am Montag eine Explosion. Zwei Bergleute wurden dabei getötet, drei schwer verletzt.

In einem Steinbruch bei Acizeale (Sizilien) wurden durch herabstürzendes Gestein fünf Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

### Was ein Hälchen werden will . . .

Viele Freide dürften die Eltern eines kleinen neapolitanischen Verrückten namens Edgardo Vaino an ihrem Fräulein erleben. Der dreizehnjährige Junge hat es fertig gebracht, mit der Arme eines Vaderschens durchzugehen. Dem eigenartigen Liebespaar ist die Polizei auf den Fersen. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß der Sängling die Arme viel nötiger brauchte, als der dreizehnjährige Knirps die Geliebte.

### Auch ein Denkmal.

Der deutschnationale Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses hat die Löcher, die der verrückte Rjegyus in die Ministerbank und den Tisch des Präsidiums schob, nicht ausbessern, sondern — — in Messing fassen und mit dem Datum (5. Oktober 1911) versehen lassen. . . . Wahrscheinlich läßt der Oberstleutnant das zu machen, damit seine Kumpane gelegentlich die Erschütterlichkeit der Sozialdemokraten daran demonstrieren können.

### Ein „Revolutionärsberühmter“.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Ein großer Prozeß, der soeben in Lissib sich abgepielt hat und dessen Objekt die Verzahnung eines Postwagens der transsibirischen Eisenbahn um 459 500 Rubel war, hat auf die Deutlichkeit und Willkürlichkeit des Winters 1905/06 abermals die Aufmerksamkeit gelenkt. Denn einer der Angeklagten, der Kapitän Jermolow, gehörte seinerzeit zu den rabiatesten „Berühmten“ der revolutionären Bewegung im kleinen Gurien. Jetzt ist er als einfacher Kriminalverbrecher, als Fehler der Kaufbergelasse, auf die Anklagebank geraten und zur Einreichung in die Arrestanten-Kompagnien für vier Jahre verurteilt worden. Damals aber, als es galt, der Revolution Herr zu werden, hatte einen solchen typischen Verbrecher die Regierung mit außerordentlichen Vollmachten versehen, und er hauste drüben im fernen Kaukasus wie eine Bestie. Vor Gericht brüstete er sich selbst damit, daß er seinerzeit in Gurien die Menschen niedergeschossen und gemordet, daß er ihren Besitz eingezogen habe, und es ging aus seinen Worten deutlich hervor, daß es ihm gar nicht eingefallen war, zwischen Schuldigen und Unschuldigen irgendeine Trennung vorzunehmen. Nachdem der Kaukasus beruhigt war, begann er die Bevölkerung auszugreifen und trieb ganz willkürliche Steuern und Abgaben ein, so daß eine Fülle von Beschwerden gegen ihn sich richteten. Aber das brach ihm natürlich nicht das Genick. Erst als er ein Verbrechen gegen die Staatskasse begangen und in voller Uniform den Raub von beinahe einer halben Million Rubel vor den Augen der schützenden Ordnung für die Versteigerung gebracht hatte, da erteilte ihm das Schicksal. Das sind die Männer, in deren Hand im Jahre der Strafexpeditionen Gut und Blut der Bürger sich befand.

### Kleine Notizen.

Bergweinstat eines Vaters. Der Arbeiter Müller aus Meichen lebte mit seiner Frau in Luckleben und fürchtete, daß ihm bei der bevorstehenden Trennung sein dreijähriges Töchterchen genommen werden könne. Um das zu verhindern, erdrosselte er das Kind und stiftete. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß er auch sich selbst das Leben nehmen will.

Das Luftschiff „Schwaben“ im Winterhafen. Am Montagmorgen ist das auf seiner Fahrt nach Baden-Ors in Wotha zu einer Zwischenlandung niedergegangene Zeppelin-Luftschiff zur Weiterfahrt aufgefliegen. Nach glatter Fahrt konnte es gegen 4 Uhr nachmittags vor der Halle in Baden-Ors landen.

Erdbeben im oberen Rheinlande. Wie ein Telegramm aus Freiburg meldet, wurde am Montagmorgen um 4 Uhr 10 Min. in der oberen Rheinebene ein Erdstoß verspürt, der, von leichtem Rollen begleitet war.

Fliegerabstürze. Der 27jährige Kolonial-Dezess ist in Turin am Sonntag bei Fliegerübungen abgestürzt und seinen Verletzungen erlegen. — Der Flieger Serbis stürzte bei einem Flug an der algerischen Küste mit seinem Eindecker ins Meer. Er konnte sich rechtzeitig von seinem Sige losmachen und durch Schwimmen retten.

Rassenvergiftungen. In der australischen Hafenstadt Melbourne sind 300 Personen, meist Kinder, nach einem Epidem unter Vergiftungsercheinungen erkrankt. Sechs Kinder sind bereits gestorben, zwanzig schwächen noch in Lebensgefahr.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Correspondenz findet 2 Rubenrache 67, vom 1. Dezember — Fahrkarte —, wochentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist im Voraus und eine Zeit abhergelesen zu beizubringen. Derselbe Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsanzeige beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Bitte Fragen trotz man in der Correspondenz vor.

13. E. 14. Erfahren Sie durch den Metallarbeiter-Verband, Charlottenstraße 2, Seiten der Arbeitervereine, — D. 20. Angeblich Gallei, was aber neuerdings bestritten wird. — E. 3. 100. Soweit uns bekannt, leicht dämpfend und dann mit der Brennstoffe behandeln. — E. 3. 257. Erfahren Sie am besten bei einem Zettlerkollektur. — P. 3. 28. Die betreffende Meldung ging von einer Spezialkorrespondenz zu. Persönlich haben wir uns nicht davon überzeugt. — P. 2. 101. Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin, Wallstr. 89. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3. Nicht bekannt. Zwei Streikende. Nach dem Kuriosen, die wir selbst schon öfter kritisiert haben, scheint weder das eine, noch das andere ausschließlich als Grundzüge zu dienen. Vielleicht erhalten Sie auf einem Bahnhofsbulletin darüber genaue Bescheid. — E. 3. 304. Reichsrecht mit dem angegebenen Titel nicht zu ermitteln. Nähere Nachrichten finden Sie verzeichnet im 2. Band des Berliner Adreßbuchs, Teil II, Seite 259. — P. 2. 100. Als Adreß genügt: Königlich Preussische Kommission in Polen. — Wein. Es wird unterschieden Müller und moussierender Champagner. Seinen Namen hat derselbe nach der französischen Provinz Champagne. — Gräger. 1. Vom 26. Dezember d. R. ab. 2. Ja. 3. Unterlagen. — E. 48. Anmeldung bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort liegt. Beachtlich gilt nicht als Ihr Wohnort — Charlottenburg 37. 1. Ja. 2. Für das abgelaufene Kalenderjahr oder den Teil desselben. 3. Ja. 4. Staatsanwalt beim Amtsgericht Königsberg. — E. 3. 26. 1. Dr. Gomer-Rgt. Nr. 10. 2. K. 10. 3.

**Öffentliche politische Versammlungen.**

**Sechster Wahlkreis!**

Dienstag, den 28. November 1911, abends 8 1/2 Uhr:

**Öffentliche politische Versammlungen**

in folgenden Lokalen:

- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
- Brauerei Pagenhofer, Turmstr. 25/26.
- Cranz' Feistsäle, Kösliner Str. 8.

Tagesordnung:

**Die Abrechnung mit der Reaktion.**

Referenten: Reichstagsabgeordneten

- Busold - Friedberg.
- Haberland - Düsseldorf.
- Ledebour - Berlin.

Freie Diskussion.

Die Mitberafer: Julius Warschauer, Swinemünder Str. 70.  
Geinrich Umlauf, Wilhelmshavener Str. 31.  
Friedrich Schäfer, Hochhäuserstr. 16.

233/5\*

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltung Berlin.

**Mitglieder-Versammlungen:  
Korbmacher**

Mittwoch, 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal IV (ArbeitslosenSaal).  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Max Schütte über: "Der Ausfall des Krieges". 2. Bericht von der Lohnbewegung der Holzarbeiter. 3. Branchenangelegenheiten.

**Bürsten- und Pinselmacher**

Mittwoch, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Preuß, Holzmarktstr. 65.  
Tagesordnung: 1. Haben die Arbeiter ein Vaterland? 2. Bericht von der Lohnbewegung der Bürsten- und Pinselmacher. 3. Branchenangelegenheiten.

**Haarschmuckarbeiter und -Arbeiterinnen**

Mittwoch, den 29. November, abends 8 Uhr, bei Wierkowskii, Andreasstr. 26.  
Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Debatte der letzten Branchenversammlung. 2. Bericht der Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Bodenleger**

Mittwoch, den 29. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal III.  
Tagesordnung: Bericht der Kommission und Branchenangelegenheiten.

**Achtung! Achtung!  
Lehrlinge und jugendliche Arbeiter  
der Holzindustrie!**

Mittwoch, den 29. November, abends 8 Uhr, bei Eise, Schönleinsstraße 6:

**Versammlung**

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion.  
Über Lehrlinge und jugendliche Holzarbeiter muß in dieser Versammlung erscheinen.

**Schirmnäherinnen und Schirmmacher!**

Dienstag, den 28. November, abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
aller in der Schirmindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen  
in Wilkes Feistsäle, Sebastianstraße 39.

Tagesordnung:  
1. Tod Glend der Schirmarbeiterin. Referent: Martha Jostz.  
2. Unsere Lohnverhältnisse. Referent: Kollege Hildebrandt.  
3. Diskussion.  
Die Branchenkommission für die Schirmindustrie.

**Damen-Täschchen**

stets aparte Neuheiten  
in allen Preislagen.  
Oogr. C. A. Flemming, Bentzstr. 11, 1623, am Spittelmarkt.

**H. & P. Uder,**

Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnapftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.  
Amt 4, 3014.

**Reste**

Damentuche schwarz und farbig per Meter von 3 Mark an  
Kostümstoffe neueste engl. Muster per Meter von 2 Mark an  
Seidenplüsch Vel du Nord 80 cm breit per Meter . . . 4 Mark  
Engl. Seal 120 cm breit per Meter . . . 10 Mark  
Astrachan 120-130 cm breit per Meter . . . 5 Mark  
Samt und Seide etc. etc. zu sehr billigen Preisen.

**C. Pelz,** Kottbuser Straße 5.

**Achtung!**

Hierdurch zur Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage das

**Etablissement Backhaus**

Basilon, Weihensee, Ufermarktstraße 6, übernommen habe. Täglich: kinematographische Vorführungen. Empfehle allen "Vorwärts"-Lesern mein Lokal. Zwei Besuchszimmer noch frei. August Bleul.  
Wenn nicht im Geliefert, auf meine Kosten geg. Nachn. retour.  
Ganz frisch vom Mehl ger.  
Riste 45 fl. Zeitbäckg., Stück echten Kaugummi, ger. Schweiß, fl. Kollmops, Dose 40 Deringe Milchsaure, Nachbäckg., Geleber, u. Bräuer.  
Alle 9 ledere Sorten zusammen 2.95 M.  
E. Napp, Altona-Ottensen 62, Bahnl. Heide Gäßchen 67, Postl. 27, 30.

**3 Aale**

Praktisch und künstlerisch erfahrener

**Architekt**

übernimmt die Herstellung von Entwürfen zu Gebäuden jeder Art für die Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften. 17725\*

W. Zimmer, Bamberg, Obere Seelgasse.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands.**

— Filiale Berlin I. —

Bureau: Sebastianstr. 37/38, Telefon Amt IV, Nr. 9737.

Nachdem am Mittwoch der Streik für die gesamte Damentonkonnexion beschlossen ist, fordern wir alle in der

**Damentonkonnexion, Musterkonnexion und in Damentonkonnexions-Ateliers**

beschäftigten Kollegen und Kolleginnen auf, die Arbeit einzustellen, gleichviel ob sie Maß- oder andere Privatarbeit anfertigen. In der Musterkonnexion ist auch da die Arbeit einzustellen, wo mit den Arbeitgeberern Kaufverträge abgeschlossen sind. Der Streik richtet sich nicht gegen die Meister, sondern gegen die Unternehmer und ist gemeinsam mit den Meistern zu führen.

Die Streikenden haben sich täglich zweimal in folgenden Lokalen in der Zeit von vormittags 9-11 Uhr und nachmittags von 3-5 Uhr zu treffen:

- Wedding: bei Drepernau, Tafelmüller Str. 3, Amt Kochbit 8229,
- Norden: Swinemünder Str. 42, Swinemünder Gesellschaftshaus, Amt Norden 4978,
- Nordost: Grunze, Schönhauser Allee 156, Amt Norden 1139,
- Nordosten: Rosenberg, Langendammstr. 1, Amt Rönigkbad 4359,
- Südosten: Wanzel, Reichenberger Str. 16, Amt Rönigkplatz 11724,
- Osten: Germania-Brauerei, Frankf. Allee 53, Amt Rönigkbad 6596,
- Centrum: Wegener, Seidelstr. 30, Amt Centrum 9243,
- Westen und Schöneberg: Riefert, Steinmetzstr. 36a, Amt Ullhorn 6726,
- Rixdorf: Rodigel, Reuterstr. 62, Amt Rixdorf 903.

Als Ausweis, daß jeder sich Meldende auch bis dato in Arbeit gefunden hat, gilt der letzte Lohnzettel oder das Krankenfaßbuch. Die Ortsverwaltung.

**Pollmanns Bandagen**

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gemmiwaren etc. Berlin N., Vorbringer Str. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

**Syphilis-Nachweis**

in allen frisch u. veraltet. zwalfach. Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung. sofort; bezgl. Darm- (spez. auf Gonorrhoe-Erden) u. Spitzum-Analysen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Röhrenhause, I. 5724. Verf. Rüdpr. dist. u. kostenl. Geöffnet von 9-8 Sonntags von 12-1.

**H. Esders & Dyckhoff**

an der Petrikirche Gertraudenstraße 8/9 an der Petrikirche

**Herren- und Knabenkleidung**

Fertige  
**Ulster • Paletots • Anzüge**

**Tyloßbräu  
Stoffmüllerei**

wie man auswendig,  
aber nicht einwendig  
und feiner mit  
sinniger Zurechtlegung im Stoffeinsatz.

Die Qualität ist fürwahr vorzüglich!

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1239. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1087.

Mittwoch, den 29. November 1911, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

**Versammlung der chirurgischen Branche.**

Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 29. November 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45:

**Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen.**

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Gregor über: "Löhne und indirekte Steuern." 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Verbandsbuch legitimiert.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

**Die zu heute Dienstag einberufene Vertrauensmänner-Konferenz der Elektromonteur und Helfer findet nicht statt.**

**Eile zu Weile!**

119 Dresdener Straße 119 (Eckhaus Oranienpl.)  
über 1000 Pelz-Stolas  
Muffen, Kolliers  
Extra billige Preise!  
Echte Skungs-Stolas von 25 M. an.  
Pelz-Hüte, Kunststreifen, Felle, Köpfe, Schwelle in allen Feldarten.  
Eigene Kürschnerrei.  
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.  
Bitte genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten.

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Große Firma**

bergribt Topplche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kalkuler. Uffire S. 100, "Vorwärts"-Spezial, Auguststr. 50.



**Steppdecken**

Spezialhaus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin nur S. Oranienstr. 158

Steppdecken in voller Bettgröße  
Similiseide in den 525-2700  
Parb. bord., 900-2700  
Wollatlas blau, 900-2700  
Similiseide (doppel-seitig) 925-2500  
Baumwolle 2500-12500  
Schlafdecken 250-4800  
Echt Kamelhaar A 10 bis 30,00  
**Weihnachts-Extralist** u. Katalog  
anorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis u. franko.

# HERMANN TIETZ

Dienstag  
Mittwoch  
Donnerstag

In unserem Hause  
**Alexanderplatz**

Sowohl  
Vorrat

## Sonder-Angebote in sämtlichen Abteilungen

unter anderem:

**Ball- u. Straßen-Schuhe 3<sup>50</sup>**  
mit Ledersohle u. Absatz, früher. Preis bis 4.00

**Herren Kamelhaarstoff- 1<sup>95</sup>**  
Schallensiefel mit Filz- und Ledersohle Wert bis 3.00

**Damen Kamelhaarstoff- 1<sup>55</sup>**  
Lascheenschuhe mit Filz- u. Ledersohle . . . . .

Ein Posten **Damen-Taschen 2<sup>60</sup>**  
acht Glanz-Muten mit Ueberschlag . . . . .

Ein Posten **Damen-Taschen 2<sup>45</sup>**  
in Brokat und gestickt Sammet . . . . .

**Regenschirme für Damen u. Herren 2<sup>75</sup>**  
mit seidnem Futteral . . . . .

**Regenschirme Reine Seide 3<sup>75</sup>**  
für Damen und Herren, mit seid. Futteral

**Regenschirme Reine Seide 7<sup>75</sup>**  
végétal, gefärbt . . . . . Wert bis 15.00

**Wollwaren und Trikotagen**

**Knaben-Sweater gestriekt 85 Pf.**  
40-55 cm . . . . .

**Knaben-Sweater 1<sup>65</sup>**  
Reine Wolle und Wolle plattiert

**Kinder-Röckchen 38 Pf.**  
m. Leibchen gestriekt

**Kinder-Kleidchen 85 Pf.**  
gestriekt

**Damen-Röcke 1<sup>90</sup>**  
Trikot . . . . .

**Damen-Untertaillen 68 Pf.**  
Winter-Qualität

**Damen-Blusenschoner 1<sup>10</sup>**  
Reine Wolle

**Spielwaren-Ausstellung Gulliver bei den Zwergen**

Die Geschichte von Gullivers seltsamen Abenteuer in 12 Bildern

**ca. 2000 Figuren**

zuerst effektvolle Beleuchtung und abwechselnde Szenen

**Strumpfwaren**

**Kinder-Strümpfe 45 Pf.**  
reine Wolle, Größe 1-3, schwarz und buntfarbig gemustert . . . . .

**Herren-Socken 65 Pf.**  
reine Wolle, gestickt oder gewebt . . . . .

**Damen-Strümpfe 75 Pf.**  
englisch lang reine Wolle, gewebt schwarzfarbig . . . . .

**Damen-Strümpfe 65 Pf.**  
reine Wolle, deutsch lang . . . . .

Ein Posten **Brust- u. Rückenwärmer 75 Pf.**

Ein Posten **Damen-Strümpfe 38 Pf.**  
engl. lang schwarz Mako

**Kinder-Südwester 75 Pf.**  
im englischen Geschmack . . . . .

**Herren-Ulsterhüte 1<sup>35</sup>**

**Herr.-Wollfilzhüte 90 Pf.**  
steif, unsortierte Größen . . . . .

**Damen-Herren-Glace-Handschuhe 95 Pf.**  
gefüttert . . . . .

**Damen-Trikot-Handschuhe 75 Pf.**  
mit seidnem Halbfutter . . . . .

**Réunion-Cigaretten**

Für die Qualität der Fabrikate bürgt der Name **„Réunion“**



Spezialmarken:  
Vinea 8b 2 Pfg.  
Lookout 3 -  
Flagship 4 -  
Vinea-Game 5 -

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Des Hühnerauges selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indijol) (Anlegestraft.)

**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Greif-Apothek, Barnimstraße 33. und anderen Apotheken.  
Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek Würzburg.

**Seal**  
von 9.50 an, Persischer, Imil, von 6.50 an für eleg. Damen-Soletts. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, Petristraße.



**Hilsbein Brillant-Bier**  
Pilsener Typ

**Hilsbein Bürger-Bräu**  
Münchener Typ

**Hilsbein Lagerbier**  
Berliner Typ

**Hilsbein Kraft-Caramelbier**  
zeichnen sich aus durch vorzüglichen Geschmack und hervorragende Bekömmlichkeit.

**Berliner Bierbrauerei Akt.-Ges.**  
vorm. F. W. Hilsbein.  
Berlin SW., Am Tempelhofer Berg 6.

in Gebinden und Flaschen erhältlich.

Pernsprecher: Amt Lützow 5406 u. 5407.

Die Groß-Berliner Reichstagswahlkreise nach ihrer Bevölkerung

Bearbeitet von Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Dr. Silbergleit, in einer in den Statistischen Monatsberichten „Groß-Berlin“ veröffentlichten Arbeit, aus der vor allem die Ungerechtigkeiten der Wahlkreisgeometrie ersichtlich ist. Der Artikel lautet:

In das Berliner Wahlbild greifen bekanntlich im Westen der Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow, im Osten Niederbarnim hinein. Das verbleibende Gebiet Berlins zerfällt in sechs Wahlkreise. Bei der ersten nach Begründung des Reiches vorgenommenen Volkszählung vom 1. Dezember 1871 betrug die Bevölkerung dieser 6 Wahlkreise 822 569. Auf dem gleichen Gebiet wurden bei der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1910 2 009 077 Personen gezählt. Da die gesamte Bevölkerung Berlins an dem letztgenannten Tage sich auf 2 071 257 belief, so bleibt für die Anteile der beiden vorerwähnten Nachbarwahlkreise am Stadtgebiet Berlins eine Bevölkerung von 62 180 übrig, von welcher allein 61 946 auf Niederbarnim entfallen und nur 234 auf Teltow-Beeskow-Storkow.

Tabelle A. Die Bevölkerung von 8 Reichstagswahlkreisen Groß-Berlins 1871 und 1910.

Table with 7 columns: Reichstagswahlkreis, Bevölkerung nach der Volkszählung vom 1. Dezember (1871, 1910), Zunahme (+) Abnahme (-) 1871/1910 (absolut, Proz.), Bevölkerung pro Millie der Gesamtbevölkerung der 6 Berliner Wahlkreise (1871, 1910). Rows include Berlin I-VI, Potsdam 10, and Zusammen Berlin.

Zunächst seien die 6 Berliner Reichstagswahlkreise nach ihrer damaligen und ihrer heutigen Bevölkerung miteinander verglichen. Der nach Weggabe der letzteren kleinste Wahlkreis I, der sich um den historischen Kern der Berliner Altstadt gruppiert, wies im Jahre 1871 eine Bevölkerung von 106 318 auf, die in den seit dem verflochtenen 39 Jahren infolge einer je länger um so lebhafteren Stadtbildung auf 624 19, d. i. um 41,3 Proz. abnahm. Umfaßte der Wahlkreis 1871 noch 12,9 Proz. der Bevölkerung aller 6 Berliner Wahlkreise, so war dieser Anteil 1910 auf nur 3,1 Proz. herabgeschmolzen!

Der Wahlkreis II zählte 1871 rd. 146 000 Einwohner, d. i. 17,8 Proz. der damaligen Gesamtbevölkerung der 6 Wahlkreise. Obwohl seine Bevölkerung von da ab bis 1910 um rund 167 000 oder 114,4 Proz. zunahm, hat sein Prozentanteil infolge einer im Gesamtdurchschnitt der 6 Wahlkreise noch lebhafteren Bevölkerungsentwicklung seinen früheren Stand nicht behauptet; von dem eben genannten Betrage von 17,8 Proz. wich er auf 15,6 Proz. zurück.

Eine dem I. ähnliche Entwicklung zeigt der an diesen südlich anschließende III. Wahlkreis. Auch hier ist es, wenngleich später und in geringerem Umfange zu citymäßiger Bevölkerungsentwicklung gekommen, und zwar in den 39 Jahren bis 1910 um rd. 124 700 auf 104 600, d. i. um 18,1 Proz., derart, daß der Prozentanteil dieses Wahlkreises heute mit 5,2 Proz. nur etwa den 3. Teil desjenigen von 1871 (15,2 Proz.) beträgt.

Der über weite Gebiete des Ostens sich erstreckende IV. Wahlkreis zeigt dagegen eine um so stärkere Bevölkerungsentwicklung: von rd. 168 100 im Jahre 1871 auf 517 900 in 1910, eine Zunahme um 849 800 oder 208,1 Proz. Hier ist sonach die Bevölkerung in den 39 Jahren auf das 3fache gestiegen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 20,4 auf 25,8 Proz.

Der östlich anschließende, über das nördliche Zentrum (Spandauer Viertel) bis zur Friedrich-Wilhelmstadt in schmalem Streifen sich hinziehende Reichstagswahlbezirk V zählte im Jahre 1871 rd. 120 300 Einwohner, jetzt 145 600. Bei diesem vom inneren Stadtkern aus bis an die äußerste Peripherie im Nordosten sich erstreckenden Gebiet haben wir es in den zentralen Teilen mit erheblicher Bevölkerungsentwicklung, in den nach außen vorgehenden Gebieten mit starker Zunahmende zu tun, so daß das schlechte Ergebnis, eine Zunahme um rd. 25 400 oder 21,1 Proz., nur die Wirkung jener beiden entgegengesetzten Kräfte ist, deren Spuren ganz besonders deutlich gerade im letzten Jahrzehnt sichtbar wurden in der Ausdehnung der inneren Stadtgebiete infolge zunehmender gewerblicher und geschäftlicher Verwendung bisheriger Wohnhäuser, andererseits in der durch lebhaftere bauliche Erschließung möglich gewordenen umfangreichen Besiedelung an der Peripherie. Der Bevölkerungsanteil dieses Wahlbezirks betrug 1871 14,6 Proz., jetzt mit 7,3 Proz. kaum die Hälfte davon.

Der bei weitem am meisten ausgedehnte, den ganzen Nordwesten und große Gebiete des Nordens umfassende VI. Reichstagswahlkreis wies 1871 eine Bevölkerung von 157 300 auf, die bis zum Jahre 1910 auf 865 600, d. i. um nicht weniger als 708 300 oder 450,3 Proz. gestiegen ist mit der Wirkung, daß dieser Wahlkreis, welcher im Jahre 1871 einen Anteil an der Bevölkerung aller Berliner Wahlkreise im Betrage von 19,1 Proz. aufgewiesen hatte, jetzt einen solchen von nicht weniger als 43,1 Proz. in Anspruch nimmt.

Die Folge all dieser, vorstehend im einzelnen bezeichneten Bevölkerungsveränderungen ist denn eine geradezu gewaltige Verschiebung der Wahlrechtsbegrenzung, eine völlig regellose Disparität schon in den einzelnen Berliner Wahlkreisen. Sieht man ab von den Verschiedenheiten der Alters- und Geschlechtsverteilung, des Anteils der Reichsanwähler — Momente, deren Berücksichtigung an der vorhandenen Ungleichheit nicht viel ändern können —, so ergibt sich, daß in das gleiche Stimmgewicht, welches 100 Einwohner des I. Wahlkreises besitzen, sich teilen müssen 168 im III., 233 im V., 501 im II., 830 im IV. und 1387 im VI. Wahlkreis.

Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung würden im Gesamtdurchschnitt des Deutschen Reiches auf 1 Reichstagsabgeordneten rd. 163 500 Personen entfallen. Nach diesem Verhältnis hätte Berlin Anspruch auf 12 Reichstagsabgeordnete, also auf die doppelte Zahl derer, die es besitzt. In Oesterreich ist diesem Mangel der Bevölkerung bei dem nach dem Gesetz vom 26. Januar 1907 ebenfalls aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehenden Reichsrat gegenwärtig durchaus entsprochen, indem von den 516 Mandaten allein 33 auf Wien entfallen.

Noch größere Verschiebungen, als wie sie für den VI. Berliner Wahlkreis festgestellt haben, sind für den überhaupt größten Wahlkreis des Reiches: für Potsdam 10, d. i. Teltow-Beeskow-Storkow, zu verzeichnen. In diesem Wahlkreis, der die aus ihrem Kreisverbanne meist schon vor längerer Zeit ausgeschiedenen Städte Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf und Wilmersdorf sowie von Berlin einen nur wenig bewohnten Teil des Tiergartens mitumfaßt, wurden 1871 rd. 149 500 Personen, bei der letzten Volkszählung von 1910 rd. 1 315 000 gezählt, so daß hier eine Zunahme um rd. 1 165 000 oder 780 Proz. zustande gekommen ist, an welcher die eben genannten Vororts-Stadtgebiete in der aus den nachstehenden Angaben ersichtlichen Weise beteiligt sind.

barnim hinein. Das verbleibende Gebiet Berlins zerfällt in sechs Wahlkreise. Bei der ersten nach Begründung des Reiches vorgenommenen Volkszählung vom 1. Dezember 1871 betrug die Bevölkerung dieser 6 Wahlkreise 822 569. Auf dem gleichen Gebiet wurden bei der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1910 2 009 077 Personen gezählt. Da die gesamte Bevölkerung Berlins an dem letztgenannten Tage sich auf 2 071 257 belief, so bleibt für die Anteile der beiden vorerwähnten Nachbarwahlkreise am Stadtgebiet Berlins eine Bevölkerung von 62 180 übrig, von welcher allein 61 946 auf Niederbarnim entfallen und nur 234 auf Teltow-Beeskow-Storkow.

Tabelle A. Die Bevölkerung von 8 Reichstagswahlkreisen Groß-Berlins 1871 und 1910.

Table with 7 columns: Reichstagswahlkreis, Bevölkerung nach der Volkszählung vom 1. Dezember (1871, 1910), Zunahme (+) Abnahme (-) 1871/1910 (absolut, Proz.), Bevölkerung pro Millie der Gesamtbevölkerung der 6 Berliner Wahlkreise (1871, 1910). Rows include Berlin I-VI, Potsdam 10, and Zusammen Berlin.

Table with 3 columns: Gemeinde, Bevölkerung im jetzigen Gebietsumfang (1871, 1910). Rows include Charlottenburg, Schöneberg (Alt- und Neu-), Rixdorf, Wilmersdorf, and Zusammen.

An der Bevölkerungszunahme des ganzen Wahlkreises in den 39 Jahren sind sonach die 4 größten Vororte allein mit rd. 792 000, d. i. mit über 75 (68,0 Proz.) beteiligt, im einzelnen nahm zu Charlottenburg auf das 15,7fache, Rixdorf auf das 29,2fache, Schöneberg auf das 38,0fache, und das allerdings nur eine vergleichsweise beträchtlich geringere Anfangszahl aufweisende Wilmersdorf auf das 67,5fache. Mit seinen rd. 150 000 Personen hatte der Wahlkreis im Jahre 1871 dem Durchschnitt des Reiches — rd. 103 000 — etwa entsprochen und selbst alle 4 Gemeinden zusammen hätten mit ihren 34 000 Bewohnern noch keine eigene Vertretung erwarren dürfen. Nach den gegenwärtigen Verhältnissen aber ständen Charlottenburg 2, Schöneberg Rixdorf, Wilmersdorf je 1 Mandat zu, und aus dem ganzen Wahlkreis wären deren 8 zu bilden.

Der Wahlkreis Potsdam 6 — Kreis Niederbarnim mit Lichtenberg und einem Teil des Berliner Ständekambezirks VIII (Wich- und Schlachthofstrassen mit Umgebung) — hat von 1871 bis 1910 die Entwicklung von 88 654 auf 588 410 Bevölkerung erfahren. Die Zunahme stellt sich sonach auf rd. 500 000 oder 564 Proz., in Lichtenberg insbesondere stieg die Bevölkerung von 8128 auf 81 199, d. i. auf das 29fache. Der Wahlkreis hätte auf Grund seiner Bevölkerung gegenwärtig in 4 Wahlkreise zu zerfallen.

Im ganzen ergibt sich bei Zugrundelegung der Bevölkerung für die Bemessung der Mandate — wie sie zur Zeit des Norddeutschen Bundes im wesentlichen Platz gegriffen hatte —, daß bei einer nach gleichen Grundsätzen nach Weggabe der letzten Volkszählung zu bewirkenden Neueinteilung der 397 Reichstagsmandate an Stelle der behandelten 8 Wahlkreise von Groß-Berlin deren 24, also 3mal soviel als bisher zu treten hätten.

Die Bevölkerungsveränderung in den letzten fünf Jahren stellt sich nach folgender Tabelle B:

Table with 5 columns: Wahlkreis, Bevölkerung am 1. Dezember (1905, 1910), Zunahme (+) Abnahme (-) 1905/10 (absolut, Proz.). Rows include Berlin I-VI, Potsdam 10, and Zusammen.

Seit der Volkszählung von 1905 nahm hiernach von den sechs Berliner Reichstagswahlbezirken nur der VI. an Bevölkerung zu, und zwar um rd. 10 Proz., während der I. um 17,8, der III. um 12,2, der II. um 7,4, der V. um 2,7 und der IV. um 1,8 Proz. zurückging — eine Entwicklung, durch welche die schon früher in sehr erheblichem Umfange hervorgetretenen Ungleichheiten sich noch weiter verschärften. Der Anteil des kleinsten unter den Berliner Wahlkreisen (I) fiel in den 5 Jahren von 88,0 auf 81,1 Promille, der des größten (VI) stieg von 394,0 auf 430,9 Promille.

Sehr bedeutend waren die eingetretenen Veränderungen in den beiden anderen hier betrachteten Nachbarwahlkreisen. Potsdam 6 — Niederbarnim — nahm zu um rd. 154 000 oder 33,5 Proz., in höherem Maße noch im einzelnen: Stadt Lichtenberg, und zwar um 46,6 Proz., sowie der zu Berlin gehörige Anteil um 45,0 Proz. Den geringeren aber an sich noch ganz außerordentlich hohen Zunahmeprozenten des Kreises Niederbarnim — 82,5 Proz. — liegt eine absolute Zunahme von rd. 100 000 zugrunde.

Am bedeutendsten und zu den allereinsten Verhältnissen führend gestaltete sich die Zunahme im Wahlkreis Potsdam 10 — Teltow-Beeskow-Storkow — mit rd. 856 000 oder 87 Proz. An der absoluten Zunahme sind am meisten beteiligt Kreis Teltow mit 125 000, Rixdorf mit 83 700, Charlottenburg 68 300, Wilmersdorf 46 100, Schöneberg 81 000, während der hier zugehörige, mit seinem Bevölkerungsanteil sehr zurücktretende Kreis Beeskow-Storkow, welcher für Groß-Berlin übrigens kaum in Betracht kommt, nur um 3200 zunahm, derart, daß dieser rein ländliche und kleinste Bestandteil des Wahlkreises nur 6,9 Proz. an Bevölkerung gewann, während die Prozentziffer der Zunahme betrug in Schöneberg 22,8, in Charlottenburg 27,7, im Kreis Teltow 39,9, in Rixdorf 54,5, in Wilmersdorf 72,6.

Im ganzen haben die 8 behandelten Groß-Berliner Reichstagswahlkreise allein in diesen letzten 5 Jahren um mehr als eine halbe Million — 522 000 Personen — oder 15,4 Proz. zugenommen. Die Arbeit des Professors Dr. Silbergleit ist eine recht dankenswerte. Sie läßt klar erkennen, welche großen Ungerechtigkeiten bei der heutigen Wahlkreiseinteilung vorhanden sind und daß diese sich vollständig unhaltbar gestaltet haben.

Aus der Zusammenstellung läßt sich auch ein Schluß ziehen auf die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen, wobei wir bemerken möchten, daß im fünften Wahlkreis sich seit der Volkszählung (Dezember 1910) die Zahl der Einwohner bestimmt wieder vermehrt hat infolge Zugang in die in diesem Kreise neu hergerichteten Wohnungen; andere Kreise wie der erste und der dritte dagegen haben wiederum auf Vermehrung nicht zu rechnen.

Aus der Partei.

Kommunalwahlfrage.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schönebeck a. d. Elbe siegten unsere Genossen in der 8. Klasse mit 700 Stimmen, die Gegner erhielten nur 472 Stimmen.

Bei der Gemeinderatswahl in Weimar wurde Genosse Baudert mit einem Zuwachs von nahezu 800 Stimmen gegenüber der Stimmzahl vor zwei Jahren wiedergewählt, obwohl nach Reichsverbandsmethode von den rechtsstehenden Parteien gearbeitet wurde und Nationalliberale und Fortschrittler eine Stimmenzerpflüchterung bei den Arbeitern dadurch herbeizuführen versuchten, daß sie ein früheres Mitglied der sozialdemokratischen Partei, den Tischlermeister J. Hauser, der unter dem Sozialistengesetz in Leipzig ausgewiesen wurde, mit aufstellten. Das Mandat mißglückte insofern, als Baudert nicht hinausgewählt wurde, sondern Hauser ebenfalls in das Gemeindeparlament kam.

In Oberweimar wurde Genosse Trautisch als erster Sozialdemokrat gewählt.

Die Gemeinderatswahlen in Württemberg

finden im Monat Dezember statt. In jedem Jahr haben in sämtlichen Gemeinden Württembergs die Wähler zur Urne zu schreiten; in den Jahren mit ungerader Jahreszahl zur Wahl eines Drittels der Gemeinderatsmitglieder, in denen mit gerader Jahreszahl zur Wahl der Hälfte des Bürgerausschusses. Die Bürgerausschussmitglieder werden somit auf vier, die Gemeinderäte auf sechs Jahre gewählt. Bei beiden Wahlen ist das Wahlrecht allgemein und gleich; es legt aber den Besitz des Gemeindebürgerrechts voraus, das der neu Zugehende erst nach dreijähriger ununterbrochener Steuerleistung gegen eine Gebühr von 2 M. erwerben kann. In den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern wird nach dem Proporz gewählt mit ungebundener Liste und Zulassung der Stimmenhäufung bis zur dritten. Die Zahl der Gemeinden, die nach dem Proporz wählen dürfen, vermehrt sich in diesem Jahre um einige, die die Gesetzesvorschrift erfüllt haben, bei zwei aufeinanderfolgenden Volkszählungen mehr als 10 000 Einwohner nachgewiesen zu haben.

Nach der neuesten Zusammenstellung hatte unsere Partei in 132 Gemeinden 292 Gemeinderäte, in 157 Gemeinden 472 Bürgerausschussmitglieder. Die Aufmerksamkeit richtet sich natürlich zuerst auf die größeren Gemeinden, voran Stuttgart. Hier entfallen von den 8 auscheidenden Gemeinderatsmitgliedern 4 auf unsere Partei. Da aber stürzlich beschlossene wurde, das Kollegium um 6 Mitglieder zu vergrößern, sind diesmal 14 Mandate neu zu besetzen. Eine Parteiverammlung hat bereits die Kandidatenliste aufgestellt und beschlossen, 5 Kandidaten je 2 Stimmen zu geben. Dieser Vorzug kommt aber keinem der Auscheidenden zu gute, von denen drei, die Genossen Lauther, Wasner und Vaitinger, wieder aufgestellt wurden. Die Wahl ist in Stuttgart auf den 8. Dezember festgesetzt. In Eßlingen findet die Wahl schon am 1. Dezember statt. Dort zählt der Gemeinderat 18 Mitglieder, davon sind gegenwärtig 6 Sozialdemokraten. Unter den Auscheidenden ist kein Parteigenosse; von den 6 Neuzuwählenden werden uns aber wenigstens 3 zufallen, mit denen unsere Partei dann die Hälfte des Kollegiums besetzt. Um zu verhindern, daß wir die absolute Mehrheit bekommen, haben sämtliche bürgerlichen Parteien eine verbundene Liste aufgestellt. Der Eßlinger Bürgerausschuss besetzt schon jetzt zur Hälfte aus Sozialdemokraten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aufgehobenes Justizurteil.

Am 21. Juni dieses Jahres wurde der Genosse Holzblöbauer Maurer in Lage vom Schwurgericht zu Detmold wegen Weinschloß zu zwei Jahren Justizhaus verurteilt. Er sollte in einem Streikprozeß falsch geschworen haben. Die Staatsanwaltschaft stützte ihr Verfahren gegen ihn auf die Aussagen zweier Arbeitswilligen, die eine Drohung aus dem Munde eines Kollegen von Maurer gehört haben wollten, von der Maurer unter seinem Eide bekundete, nichts zu wissen. Die Geschworenen, die das verurteilende Erkenntnis fällten, waren in der Mehrzahl Eingeborene. Die von dem Anwalt Maurers gegen das Urteil eingeleitete Revision hat das Reichsgericht jetzt als begründet anerkannt und die Sache zu neuer Verhandlung an das Schwurgericht zurückgewiesen, so daß nächstens Gelegenheit geboten sein wird, die merkwürdigen Vorgänge, die dem Urteil zugrunde liegen, vor der Öffentlichkeit nochmal zu besprechen.

Jugendbewegung.

Das staatsgefährliche Jugendliederbuch.

Am Sonnabend abend wurde in der Buchhandlung Vorwärts von der Berliner Kriminalpolizei nach dem bekannten Jugendliederbuch gehaust. Die Lieder „Weil und Arbeit“ und die „Internationale“, die schon tausende Male von deutschen Arbeitern gesungen worden sind, ohne daß das Deutsche Reich in Trümmern ging, sollen auf einmal so staatsgefährlich sein, daß sie von Justiz und Polizei vernichtet werden müssen. Aber alle Schulente und Staatsanwälte Preußen-Deutschlands werden diese Lieder nicht mehr aus der Welt schaffen können, wenn sie auch noch so viel Bücher konfiszieren lassen. Am Sonnabend war freilich der Erfolg der Polizei hierbei nicht groß, es fielen ihr nur 7 Exemplare in die Hände.

# Soziales.

## Betriebsgefahr oder Gefährlichkeitslehre?

Welche Ausreden Unfall-Versicherungsgesellschaften suchen, nur um sich von der Rentenzahlung zu drücken, zeigt uns wieder nachstehender Fall:

Ein Fuhrmann aus dem Kreise Höchst hatte eine Kuhre Wacksteine in die Stadt zu fahren. Auf dem Rückwege wurde er von einem Bekannten gebeten, doch eine Anzahl leerer Holzlisten auf dem leeren Wagen mitzunehmen. Der Fuhrmann ließ sich nicht lange bitten und nahm die Ladung auf. Als er jedoch dem Bahnübergang näher kam, scheuten die an sich sehr unruhigen Pferde und gingen im wilden Galopp durch. Beim Aufhalten der Pferde stürzte der Fuhrmann vom Wagen und wurde sehr schwer durch einen Arm- und Beinbruch verletzt. Die Fuhrwerks-Versicherungsgesellschaft untersuchte aber den Vorfall recht lange und genau und kam zu dem Resultat, die Entschädigung abzulehnen, weil gar kein Betriebsunfall vorliege. Der Verletzte habe ja selbst zugegeben, daß er die Holzlisten aus reiner Gefälligkeit und ohne Wissen seines Arbeitgebers mitgenommen habe. Die Listen seien eben am Bahnübergang ins Autofenster gekommen, auf die Pferde gefallen, wodurch diese scheuten und so das Unglück geschah. Ein Betriebsunfall liege also nicht vor, „weil es sich beim Ristentransport lediglich um eine Gefälligkeitshandlung handelte“.

Das Schiedsgericht gab sich leider keine Mühe, den Fall weiter aufzuklären und stützte sich, wie so oft, nur auf die Äußerungen der Versicherungsgesellschaft. Vergesslich waren die Ausführungen des Verletzten, daß am Unfalltag der Bahnübergang aufgeschoben gewesen, die Barriere gestrichen wurde, daß zahlreiche Arbeiter ihre Werkzeuge gehoben und laut geschrien, auch der angestellte Teerfesselwart geraucht habe und nur dadurch die an sich unruhigen Pferde scheuten. Zeugen wurden nicht gehört. Die Berufung wurde abgewiesen. Ja, man erklärte im Urteil, daß den Ausführungen des Verletzten kein Gewicht beizulegen sei, da der Unfall „lediglich durch das Herabfallen der Listen zustande gekommen sei. Da das Mitnehmen der Listen ohne Wissen des Arbeitgebers und nicht im Interesse des Betriebes erfolgte, so wurde hierdurch der Zusammenhang mit dem Betrieb gelöst. Im übrigen hat Kläger auch grob-fahrlässig gehandelt, daß er, obwohl ihm wohl bekannt war, mit sehr wilden, leicht scheuenden Pferden zu tan zu haben, dennoch die losen, nicht gebundenen Listen abforderte.“

Das Reichsversicherungsamt ging aber näher auf die Sache ein und hörte auch Zeugen, welche unter Eid den Unfall bestätigten. Aus den Zeugenausagen ging hervor, daß die Angaben des Verletzten richtig waren, daß die Arbeiter schrien, ihre Schuppen hoben und daß vor dem Raub des Teerfessels die Pferde durchgingen.

Die Versicherungsgesellschaft wurde zur Entschädigung des Unfalls verurteilt. Es sei festgestellt worden, heißt es im Urteil, daß die Pferde nicht allein infolge des Fallens der Listen scheu wurden, sondern, daß andere Ursachen, die Betriebsgefahren bedeuten, zum Beispiel die Parrierer, der Raub des Teerfessels, das Verhalten der Arbeiter, dabei mitgewirkt haben, anscheinend sogar die Pferde erst unruhig machten. Der Kläger habe sich auch nicht durch die Mitnahme der Listen aus dem Betrieb begeben. Wenn sie auch nicht im Betriebsinteresse und ohne Wissen des Unternehmers, vielleicht sogar seinem Willen zuwider, mitgenommen wurden, so nahmen sie doch nicht der Fahrt den Charakter der Betriebsfähigkeit. — Zur weiteren Beleuchtung des Schiedsgerichtsvorganges wurde dann noch angeführt, daß es auch „unerheblich sei, wenn man dem Kläger grobe Fahrlässigkeit vorwerfe, da solche den Entschädigungsanspruch nach dem Gesetz nicht ausschließt“. Das Vorliegen eines Betriebsunfalls sei also anzuerkennen und die Versicherungsgesellschaft zur Entschädigung des Unfalls verpflichtet.

## Versteherband und Eisenbahnverwaltung.

Bekanntlich haben die „honorigen“ Ärzte Deutschlands mit Vorliebe nur die Ortskrankenkassen angegriffen und über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ geschrien, wenn sich diese Kassen weigerten, den Wünschen dieser Herren auf Einführung der freien Arztwahl usw. entgegenzukommen. Seltener kamen die Betriebskrankenkassen in den Kampf, da ja diesen solche billigen Vorwürfe nicht zu machen waren und auch die Regierung da nicht immer so leicht zugunsten der Ärzte eingegriffen hätte.

Während nun in Preußen z. B. die Ärzteschaft die Betriebskrankenkassen des Staates in Ruhe läßt und zugibt, daß diese Kassen den „Segen der freien Arztwahl“ nicht vertragen können, macht man jetzt gegen die bayerische Bahnverwaltung mobil. Mit Speiß und Trank geht der Leipziger Verband jetzt los. Es hat die pfälzische Eisenbahnverwaltung mit circa 100 Ärzten unlängst einen Vertrag abgeschlossen, welcher aber keine freie Arztwahl vorsieht. Da aber diese Ärzte fast alle Mitglieder des Leipziger Verbandes sind, so war man dort sehr wütend, daß man ohne vorherige Verständigung solche Verträge abschließen konnte. Jetzt begann der Zeitungskrieg. Dem „Kurzlichen Vereinsblatt“ macht die Bahnbehörde Vorwürfe, die dort angegriffenen Ärzte wehren sich mit dem Hinweis darauf, daß Bayern doch die Bahnen übernommen und das Bahnpersonal dem übrigen in Bayern doch gleichzustellen sei. Die 98 Bahnarzte der Pfalz sind es also ganz in der Ordnung, daß die Eisenbahner Vertragsärzte haben, die sie aber für die übrigen Arbeiter verwerfen, weil eben die übrigen bayerischen Bahnarbeiter auch Vertragsärzte haben. Während ruft der Leipziger Verband seinen Kollegen der Pfalz nun zu, daß sie das von der Bahnverwaltung ihnen vor die Nase gehaltene „Korollum in langenügen eingetmet“ haben. Nach diesen Pöhschweiden kommen dann die Vorwürfe über „Liebedienerei“, „rückwärtslosem Eigennutz“, „mangelndem Rückgrat“, „Verrat der gemeinsamen Sache“ usw. Die Verwaltung der bayerischen Bahnen ist daher jetzt auf die „schwarze Liste“ der Ärzte der sogenannten Cavale-Tafel gekommen. Die Sperre ist verhängt und die Streikposten werden bald ausgestellt werden. Geschickt der Regierung auch ganz recht. Jetzt verpöht sie am eigenen Leibe das Lächerliche und Ungerechte der behördlich unterstutzten Hege egoistischer Ärzte gegen die Ortskrankenkassen. Wird etwa nach herübermühten Rufes die Aufsichtsbehörde der bayerischen Eisenbahnkrankenkassen den Vorstand — abgeben, weil er „unfähig war, einen Vertrag mit dem Leipziger Verband abzuschließen“?

## Ueber die Lebens- und Anheftungsfähigkeit der Mikroorganismen.

Im „Mikroskop“ teilt der Chemiker Guffon mit, daß er Milzbrandsporen, die vor 17 Jahren an Seidenfäden angetrocknet wurden, jetzt in Bouillon übertragen habe, wobei sich zeigte, daß die Milzbrandsporen nicht nur ihre Lebensfähigkeit, sondern auch ihre Anheftungsfähigkeit bewahrt hatten, also noch Milzbrand erzeugen konnten. Für die Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten ist die Art des Wandanstrichs eines Augmenthaltes nicht ohne Einfluß, wie Staatsarzt Dr. Güne in der „Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten“, Bd. 69, berichtet, können die die Uebertragung vermittelnden Krankheitserreger sowohl in Form von Sporen als auch mit Staub vermischt sich an den Wänden ablagern. Im ersten Falle haften sie nach dem Eintrocknen meist ziemlich fest auf der Wandoberfläche, während sie im Staube sich nur lose dort auflösen und schon durch leichten Luftzug wieder weiterverbreitet werden können. Daher können Milzbrandsporen und Tuberkelbazillen bei ihrer großen Widerstandsfähigkeit beim Eintrocknen in geschlossenen und Wohnräumen mit schlechtem Anstrich für die Verbreitung dieser Krankheiten besonders günstig sein. Dr. Güne kommt bei seinen Untersuchungen zu folgenden Ergebnissen:

1. Ein hygienisch einwandfreier Wandanstrich muß möglichst glatt, rissfrei und eben sein und darf nicht aus nassem, lösllichem oder in Wasser aufquellendem Material bestehen, um einerseits so wenig wie möglich injektionsfähiges Material aufzunehmen und andererseits eine leichte Reinigung auf mechanischem Wege oder die Abtötung der Keime mit desinfizierenden Mitteln zu ermöglichen.

2. Der Anstrich muß genügend Widerstandsfähigkeit gegenüber den Einwirkungen mechanischer Reinigungsmittel oder desinfizierender Stoffe besitzen, in die unter 1 genannten Eigen-

schaften für ausreichende Zeit, d. h. bis zur unumgänglich nötigen Erneuerung nach angemessener Zeit, zu behalten.

3. Die feinständige Wirkung sogenannter selbstdesinfizierender Anstriche ist verhältnismäßig gering und läßt bald nach. Von den daraufhin untersuchten Anstrichfarben besitzt das „Vitralin“ der Kasseler Firma Rosengewitz u. Baumann die stärkste feinständige Wirkung.

4. Den unter 1 und 2 genannten Anforderungen entsprechen am wenigsten Anstriche aus Wasser, Leim, Gummi- und Rosenfarben, da sie schon durch Wasser aufgeweicht werden. Gemahlene Oelfarben können auch nur kaltem Wasser widerstehen, leiden aber schon bei Anwendung von heißem Wasser und noch mehr durch flüchtige Desinfektionsmittel. Am widerstandsfähigsten haben sich Emulsionen und von diesen besonders das Vitralin gezeigt.

Was den — ja auch bedeutenden — Kostenpunkt betrifft, so stellt sich nach dem Verfasser 1 Quadratmeter Oelfarben auf 65 Pf., Japanlackanstrich auf 120 Pf. und Vitralinanstrich auf 100 Pf. Letzterer hat aber neben seinen hygienischen Vorzügen noch den größeren Haltbarkeit.

## Aus der Frauenbewegung.

### Unsere heutige Prostitution.

Unter diesem Titel hat der Senatspräsident R. Schmölder in Hamm (Verlag Ernst Reinhardt, München) eine kleine Schrift erscheinen lassen, die darum beachtenswert ist, weil ein konservativ und höchlich gerichtet Mann hier zur strikten Ablehnung der Behandlungsmethoden kommt, durch die Staat und Gesellschaft die Prostitution einzudämmen wähen.

Die heute in Deutschland geltenden Bestimmungen über die Prostituierten sind ein Niederschlag des Allgemeinen Landrechts für die preussischen Staaten vom Jahre 1794, das die Anmeldung des Prostitutionsgewerbes durch die „Dirnen“, ihre Stellung unter Polizeiaufsicht und die Bedrohung der nicht günstigen Konkurrenz mit hohen Strafen dekretierte. Allein inzwischen ist die Prostitution eine andere geworden. Sie ist nicht nur ins Ungemessene gewachsen, sie ist auch eine fluktuierende geworden. Dazu kommt, daß die Prostituierte heute nicht wie die günstige, konzessionierte und privilegierte Prostituierte vergangener Jahrhunderte zur freiwilligen Einschreibung in die Liste der Polizei zu bringen ist. Daher sucht die Polizei nun auf dem Wege des Zwanges die Unterstellung der Prostituierten unter ihre Kontrolle zu erreichen. Eine gesetzliche Unterlage besitzt dieses Verfahren nicht. Als solche kann auch die jahrhundertlange Übung nicht gelten. Ein derartiger Zustand war nur möglich durch die unlare Sprache der Gesetzgebung und durch das geringe Interesse, das man der Sache entgegenbrachte.

Aus der fluktuierend gewordenen und riesengroß angewachsenen Prostitution vermag die Polizei immer nur einen verhältnismäßig kleinen Teil unter ihre Kontrollmaßnahmen zu bringen. Hierunter entzieht sich wieder ein nicht geringer Teil den wöchentlich stattfindenden Zwangsuntersuchungen auf geschlechtliche Krankheiten. In den Jahren 1888—91 war in Berlin ein durchschnittlicher Bestand von 4000 Unterstellten, die einer wöchentlichen Untersuchung unterworfen waren. Sie mußten also im Jahre zu 208 000 Untersuchungen erscheinen, sind aber im Jahre tatsächlich nur zu 94 500 Untersuchungen gekommen. Dieses schreckende Mißverhältnis illustriert schlagend den Nutzen, den die entwürdigende Untersuchung hat. Ueberdies nimmt sie den Unterstellten den letzten Rest von Schamgefühl und jedes Empfinden der Verantwortung, während die unerfahrene männliche Jugend in Sicherheit gemiegt wird. Eine Folge solcher Zustände sind dann so alltägliche Szenen wie die folgenden:

„Eine Unterstellte zieht im Bewußtsein ihres Freibreies frech und schamlos durch die Straßen, sie bietet, in der Gefolgschaft der Zuhälter, ihren durchsuchten Körper offenkundig einem jeden an. Die Polizei zieht sie passieren.“

Daneben geht eine hungernde Saisonarbeiterin. Sie läßt nur ängstlich ihre Wände schweifen. Morgen würde sie vielleicht wieder eine ehrliche Arbeit gefunden haben, morgen wäre sie vielleicht zu ehrbaren Kreisen zurückgekehrt. Aber einer der zahlreichen Agenten der Polizei in Uniform und Zivil durchschaut sie. Sie wird aufgegriffen und nach einer in Gesellschaft von allerhand Gesindel verbrachten Nacht vorgeführt und bestraft.“

Um in diesen unheilbaren Zuständen Besserung zu schaffen, fordert der Verfasser die grundsätzliche Beseitigung jeder Unterstellung unter eine besondere polizeiliche Aufsicht, mag sie auf Antrag oder zwangsweise erfolgen, sowie die grundsätzliche Beseitigung jeder Privilegierung oder Konzessionierung des Unzuchtgewerbes. Auf dem Gebiete des Strafrechts läßt Schmölder eine Bestrafung der Prostituierten nur in den Fällen zu, wo sie ihr Gewerbe öffentlich in Argernis erregender Weise zur Schau tragen, ferner wenn sie mit Zuhältern, Dieben oder anderen Verbrechern Verkehr unterhalten und wenn sie ihr Gewerbe fortsetzen, obwohl sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß sie an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leiden. Diese letztere Bestimmung soll auf beide Geschlechter angewendet werden. Zur Abmilderung der nötigen Reformen wünscht der Verfasser schließlich das Zusammenwirken einer Kommission aus sachverständigen Männern und Frauen, wie sie unter anderem die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten seit langem fordert.

Wie man sieht, bewegt der Verfasser sich mit seinen Reformbestrebungen durchaus in bekannten Gleisen. Alle seine Forderungen, so notwendig und wichtig sie sind, lassen die Wurzeln, aus denen die Prostitution ihre Nahrung zieht, unberührt. Wirtschaftliche Not ist — wie auch Schmölder zugibt — bekanntlich die Hauptursache zu vorübergehender oder dauernder Prostitution. Daher rekrutiert sich die große Mehrzahl der ihr verfallenen Unglücklichen aus dem Proletariat, das im händigen harten Kampfe mit ökonomischer Bedrängnis lebt, aus dessen Kreisen jede Krise so und so viele Elenden in das Lumpenproletariat hinabstürzen läßt. Die Sozialdemokratie, die die Gleichberechtigung der Frau unter ihre Grundsätze aufgenommen hat und jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen den Krieg erklärt hat, ist nicht nur seit jeher für die Aufhebung der Reglementierung der sittenpolizeilichen Kontrolle, eingetreten, sie verheißt auch für die Zukunft die Beseitigung der Prostitution mit all ihren entsetzlichen Folgeerscheinungen. Denn indem sie die kapitalistische Ausbeutung hinwegräumt, in der die Massenarmut wurzelt, entzieht sie der Prostitution als sozialer Klassenerscheinung den Nährboden.

## Gerichts-Zeitung.

Am die beschlagnahmten Afscherechte eines Verstorbenen handelte es sich in einem Zivilprozeß, der vor einigen Tagen vor dem Landgericht II zu Ende geführt worden ist. — Ein in Berlin wohnhafter Schneidermeister hatte vor einigen Wochen seine Ehefrau durch den Tod verloren. Da diese den Wunsch geäußert hatte, nach ihrem Tode in dem Krematorium Jena eingäschert zu werden, wandte sich der Witwer an das Verordnungsamt in Griefen. Einem weiteren Wunsche der Verstorbenen gemäß gab er der Firma den Auftrag, neben dem Jinsarg, in welchem die Leiche nach Jena befordert werden sollte, noch einen Holzarg zu liefern, der gleichfalls mit verbrannt werden sollte. Kurz vor Beginn der Feuerleistung in dem Krematorium stellte es sich heraus, daß der gefestete Holzarg nicht den Wägen des Verbrennungsofens entsprach, so daß

der Sarg nicht mit eingeschert werden konnte. Da dem Besteller ausdrücklich zugesichert worden war, daß der Sarg in den richtigen Wägen geliefert werden würde, weigerte er sich, den nun völlig zwecklosen Sarg zu bezahlen. Um ihn trotzdem zu der Bezahlung zu zwingen, beschlagnahmte die Firma G. die Afscherechte der Verstorbenen und weigerte sich wiederholt, diese an den Ehemann herauszugeben. Dieser erschien eines Tages in dem Bureau eines hiesigen Anwalts und beklagte sich unter Tränen, daß die Ueberreste seiner Gattin in den Kontorräumen der Firma G. vielleicht in einer Zigarrenkiste aufbewahrt würden und die Gefahr vorliege, daß irgendwelcher Unfug damit gemacht werden könne. Der Antrag auf Erlass einer auf Herausgabe der Afscherechte lautenden einstweiligen Verfügung wurde vom Amtsgericht Schneberg mit der Motivierung abgelehnt, daß wesentliche Nachteile nicht entstehen könnten. Gegen diesen Beschluß erhob Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld Beschwerde. Sie hatte den Erfolg, daß das Landgericht II die Herausgabe der Afscherechte anordnete, da die Zurückhaltung gegen die guten Sitten verstoße.

## Kampf zwischen Einbrechern und Kriminalbeamten.

Ein Kampf, den Kriminalbeamte am 2. September nachts mit Mitgliedern der sogenannten „Webbingkolonne“ zu bestehen hatten, hatte gestern sein gerichtliches Nachspiel vor der I. Sitzkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Die auf schweren Diebstahl, Beihilfe und Widerstand gegen die Staatsgewalt lautende Anklage richtete sich gegen die Angeklagten Karl Gerlach, Willi Kupfeld, Alexander Binder, Bladislav Chudomir, Max Tichmann und den Wächter Albert Schüring. Die meisten Angeklagten sind mehrfach vorbestraft. Das Verbrechen, das ihnen zur Last fällt, grenzt an den Versuch des Totschlages bei Unternehmung einer strafbaren Handlung. (§ 214 des Strafgesetzbuchs.) Die ersten fünf Angeklagten wurden am 2. September auf frischer Tat betroffen und nach heftigem Kampf mit Schusswaffen überwältigt. Sie hatten unter Beihilfe des Schüring, der als Wächter der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Grundbesitzer das Haus Müllerstr. 172a zu überwachen hatte, einen Einbruch in die dort belegenen Kontorräume der Baufirma Kuhn vor langer Hand geplant. Gerlach war mit Schüring bekannt, dieser hatte ihn mehrmals auf seinen nächtlichen Kontrollgängen mitgenommen und ihm dabei die im Kontor stehenden beiden Geldschranke gezeigt und sich 1000 Mark des zu erhebenden Geldes als Belohnung ausgemacht. In der Nacht zum 2. September ging die Kolonne an die Arbeit. Um 1 Uhr hatte Schüring verabredetermaßen noch die Kontrolltür geöffnet, um 1 1/2 Uhr drangen die Verbrecher in die Kontorräume, indem sie durch ein Koffettenschießfenster stiegen, welches der Wächter Schüring vorsorglich offen gelassen hatte. Chudomir mußte Schmiere stehen. Gerlach und die anderen öffneten zunächst mit Anabberwerkzeugen den einen Geldschrank; vom zweiten waren bereits die Koffetten abgeschlagen, als die Katastrophe über die Verbrecher hereinbrach. Der Polizei war der Coup verraten und acht Beamte hatten sich an den Tatort begeben und hielten sich dort verborgen. Als der Wächter, um jeden Verdacht von sich abzulenkten, die Uhr um 2.30 vorfrühzeitig gestochen hatte, kamen sie aus ihrem Versteck hervor. Die Verbrecher wurden festgenommen. Von den Einbrechern wurde auf die Beamten geschossen. Die Schiffe wurden erwidert. Der Angeklagte Kupfeld wurde niedergeschossen und mußte später nach der Thorise transportiert werden. Die Beamten gaben zusammen 14 Schüsse auf die Einbrecher ab, letztere die gleiche Anzahl auf die Beamten. Gerlach erhielt zwei Schüsse in den linken Arm und wurde überwältigt, zwei andere Einbrecher entkamen; der größere von ihnen, Felix Godor, gab noch zwei Schüsse auf den Wächter des benachbarten Grundstücks ab.

Die Angeklagten sind auch beschuldigt, in der Nacht vorher den Einbruch bei der Firma Lennhof verübt zu haben.

Die Verhandlung, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog, endete nach einer umfangreichen Beweisnahme mit der Verurteilung sämtlicher Angeklagten. Es erhielten Gerlach 6 Jahre Zuchthaus, Kupfeld 8 Jahre Zuchthaus, Binder 8 Jahre Zuchthaus, Tichmann 3 1/2 Jahre Zuchthaus, außerdem wurde der Wächter Schüring zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Der Adlerhöfener Kreisbrief.

Der Vorsitzende des Adlerhöfener Wahlvereins, Genosse Emil Klob, ist nun endgültig wegen angeblicher Beleidigung des Lehrers Suppas verurteilt worden. Wie noch erinnert sein dürfte, wurde Klob im April vom Schöffengericht in Adenau freigesprochen, weil eine Absicht der Beleidigung nicht vorlag. Der Lehrer legte Berufung ein, die den Erfolg hatte, daß das Landgericht II das freisprechende Urteil aufhob und K. zu 30 M. verurteilte. Dies eigenartige Urteil wurde dieser Tage vom Kammergericht bestätigt.

## Verfammlungen.

Zentralverband der Maschinisten und Feizer. Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin fand am Sonntagmorgen in den Aminhallen statt. Der Vorsitzende Schwitta u. erlatete den Bericht der Verwaltung für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1911. Der Verband hatte am Schlusse des letzten Quartals 1911 1801 Mitglieder; 86 wurden als neue Mitglieder aufgenommen; 81 traten von anderen Organisationen, 10 zu anderen Organisationen über; ausgeschlossen wurden 2, geschieden wegen rückständiger Beiträge 51, verstorben waren 5 Mitglieder. Die Verwaltung hatte eine reiche Tätigkeit zu entfalten, wie aus folgender Aufzählung ersichtlich ist. In der Berichtszeit fanden statt: 5 Sitzungen der Verwaltung, 1 Sitzung des Kuratoriums für den Arbeitsnachweis, 60 Betriebsversammlungen, dann mancherlei Verhandlungen mit den Verbänden, zu denen die Maschinisten und Feizer in einem Kartellverhältnis stehen, es waren notwendig 5 Sitzungen des Kartells für die Metallindustrie, 4 Sitzungen des Kartells für die Brauindustrie, 1 Sitzung des Kartells für die Wagenbauindustrie; ferner fanden statt 2 Sitzungen mit Vertretern der Konsumgenossenschaft, 8 Versammlungen für die Berliner Elektrizitätswerke, 1 Versammlung der Industrie- und Gewerbetreibenden, 2 Versammlungen für die Brauindustrie und 32 Verhandlungen mit den Unternehmern. Einige Lohnbewegungen brachten den Mitgliedern verschiedene Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen. Schwitta besprach die Verhältnisse in einer Reihe von Branchen, die für die Maschinisten und Feizer im Betracht kommen und wünschte, daß die Versammlungen der Mitglieder in den einzelnen Branchen besser besucht würden. Der Redner besprach dann die drohende Aufsperrung in der Metallindustrie und erließ Instruktionen an diejenigen Mitglieder, die bei der Aussperrung in Metallindustrie gezogen würden. Nach einer Diskussion über den Bericht, in der vielfach Grenzstreitigkeiten erörtert wurden, erlatete der Kassierer Holz den Bericht für das 3. Quartal 1911. Der Kassierbericht zeigte eine Einnahme von 18 690,20 M., eine Ausgabe von 15 188,91 M., mithin beträgt die Mehrausgabe 1491,71 M. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des 3. Quartals 14 361,13 M. — Die Einnahmen für die Zentralkasse betragen 5008,90 M., die Ausgaben 5580,80 M. Unter den Ausgaben sind an Unterstüpfungen verzeichnet: für Arbeiterlose 1402,22 M., für Kranke 2890,82 M., für Streikende 1080,26 M., bei Vorregelungen 367,80 M., in Sterbefällen 455 M., für Rechtschutz 49 M. — Eine Diskussion über den Bericht wurde nicht beilicht, und die Versammelten hörten dann den Bericht des Delegierten Müller von der Gewerkschaftskommission, dem der Bericht des Kuratoriums vom Arbeitsnachweis folgte, soweit es sich um eingegangene Beschwerden handelte. Die Beschwerden wurden von Schwitta u. Holz als unbegründet zurückgewiesen.

## Eingegangene Druckschriften.

Clarice Tartaraz. Das Wunder. Ein modernistischer Roman. Preis gebunden 3 M., in Leinwand geb. 4 M. — G. W. Wolff. Der Unschickliche. Ein großer Roman. Preis gebunden 3 M., in Leinwand geb. 4 M. — Verlag von Julius Hoffmann, Stuttgart.

# Weihnachts-Preise



Nr. 00  
Ausnahmepreis

**Kinder-Bettstelle**

mit doppeltem Spiralfederboden, verstellbarer Kopferhöhung und Rollen, weiss lackiert  
140 X 70 cm

**11<sup>00</sup>** M.



Nr. 411  
Ausnahmepreis

mit doppeltem Spiralfederboden, einem abklappbaren Seitenall, Messing-Fussbündeln, verstellbarer Kopferhöhung und Rollen, weiss lackiert  
140 X 70 cm

**17<sup>00</sup>** M.

**Halbwoll. Schlafdecken**

mit Streifen-Bordüre, 140 X 190 cm ..... **4<sup>—</sup>** M.

**Halbwoll. Schlafdecken**

bessere mit Jacquard-Bordüre ..... **5<sup>50</sup>** M.

**Kamelhaardecken**

140 X 190 cm ..... **9<sup>—</sup>** M.

**Steppdecken**

von Seidenglanz-Satin, doppelseitig, mit weisser Wattefüllung, bordeaux oder oliv ..... **9<sup>50</sup>** M.

**Daunen-Oberbetten**

130 X 200 cm, echt türkisch rotes und dichtes Inlett, mit Monopoldauen gefüllt. . . **17<sup>—</sup>** M.

**Daunen-Steppdecken**

von türkisch gemustertem, daunendichtem Stoff, mit federfreien Daunen, in diversen Mustern abgesteppt, 160 X 210 cm. **23<sup>—</sup>** M.

**Daunen-Steppdecken**

von Seidenglanz-Daunensatin, mit federfreien Daunen, in diversen Farben vorrätig, 160 X 210 cm. **28<sup>—</sup>** M.



Nr. 1001  
Ausnahmepreis

**Metall-Bettstelle**

mit Zugfeder-Matratze schwarz oder weiss lackiert, 190 X 80 cm

**13<sup>75</sup>** M.



Nr. 138  
Ausnahmepreis

mit Messingstangen, Kugeln, Spindeln und Fussbündeln im Kopf- u. im Fussende aus Messing, beliebig lackiert

200 X 105 cm **35<sup>00</sup>** M.

180 X 90 cm **29<sup>50</sup>** M.

## Gustav Lustig

Berlin S, Prinzenstr. 46-47

Diese Ausnahmepreise nur gegen Vorzeigung des Inserats

### Theater.

Dienstag, 23. November 1911:  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**A. Opernhaus, La Traviata.**  
A. Schauspielhaus, Die Geliebter.  
Robert Guland, Der zerbrochene Krug.

Deutsches, Turandot.  
Saverland, Spezialitäten.  
Jules Busch, Gala-Vorstellung.  
Jules Schumann, Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

**Urania, Taubendrache 48/49.**  
Von Meran zum Orler.  
Im Hörsaal: Dr. Berndt: Gegen Darwins Lehre.

**Neues A. Opernhaus, Lammhauer.**  
Kammerstücke, Die Kaffeetasse.  
Deutsches, Die Ahnengalerie.  
Kellung, Das weisse Land.  
Romische Oper, Der Freischütz.  
Neues Schauspielhaus, Agnes Bernauer.

**Neues, Das Wädel von Westmarte.**

**Residenz, Ein Walzer von Chopin.**  
Neues Opernhaus, Die moderne Gna.

**Kleines, Pottschend Geduldigung.**  
Geny und Hanny Elster, Hohen-  
schloß.

**Schiller O. Wasterebe,**  
W. Charistenburg, Wilhelm Tell.

**Friedr. Wilh. Schauspielhaus,**  
Sean.

**Königsgräber Straße, Die Schachspielerei.**

**Muse, Die Barbaren.**  
Wieder: Die Nacht von Berlin.  
Wachen, Die Dame in Rot.  
Kulturhaus, Die Vergnügungs-  
reise.

**Trianon, Mein Baby.**  
Thalia, Polnische Wirtin.  
Kulten, Baronesse Claire.  
Gala, Der seltsame Gast.  
Haupt, Spezialitäten.  
Wagner, Spezialitäten.  
Herrfeld, Schmerzlose Behandlung.  
Das Kind der Firma.  
Königsgräber-Kasino, Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Hofes Caprice, Robi Krach, Nr. 14.**  
Waldhalla, Teufel, das hat einge-  
schlagen!

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater, Leidenschaft.**  
Belle-Alliance, Narrenspiel.  
Antimes, Der Beaudouin.  
Haupt, Die Geier-Wally.  
Voigt, Urdliche Arbeit.

**Sternwarte, Anwaltsstr. 57-62.**  
Kaiser-Panorama, Wanderung in  
den Salzburger Alpen. Reise in  
Polandina.

**Schiller-Theater O. Theater.**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male: **Maskerade.**  
Schausp. in 4 Akte v. Ludwig Gulda.

Wittwoch, abends 8 Uhr:  
**Maskerade.**

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**

**Schiller-Theater Charlotten-  
burg.**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**

Wittwoch, abends 8 Uhr:  
**Don Carlos.**

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Madame Sans-Gêne.**

**Waisen-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Baronesse Claire.**

### Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Die Ahnengalerie.**

Theater in der Königsgräber Straße

Abends 8 Uhr:  
**Schauspielerin.**

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Das Wädel von Westmarte.  
Gedelle: Fritz Bassary.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der tolle Bauer.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Die Dame in Rot.  
Rittwoch und Sonnabend nachm.  
4 Uhr: Max und Moritz.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

**Friedrich-Wilhelmstädt.**  
Schauspielhaus.  
8 Uhr: **Ke an.**  
Schauspiel **Ferdinand Bonn.**

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute 8 Uhr:  
Ein Walzer von Chopin.  
Schwanz in 3 Akte v. Stouffier u. Barré.  
Für die deutsche Bühne bearbeitet von  
Hollen-Bachers.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute abends 8 1/2 Uhr:  
Narrenspiel.  
Morgens nachmittags 4 Uhr:  
Aschenbrödel.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Barbaren.**  
Puffspiel in 4 Akten v. H. Stobiger.  
Wittwoch: Der Hüttenbesitzer.

**Metropol-Theater.**  
**Die Nacht von Berlin!**  
Große Sadredresse in 7 Bildern von  
Paul Heyand. Musik von H. Holländer.  
Im Saal gefest vom Dir. H. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.

**Apollo Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Rechte Lage**  
des komischen Programms.  
Freitag, den 1. Dezember:  
**Premiere.**  
**Harry Walden.**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Das beste Programm  
der Berliner Varieté-Saison!  
**Claire Waldoff**  
mit neuen Schlagern.  
**Mend**  
Telepat. Phänoma.  
**The Black cats**  
engl. Backisch-Ens.  
und die 10 glänzenden  
Variété-Nummern.

### WINTER-VELODROM SPORTPALAST Potsdamer Str. 72.

Donnerstag, den 30. November:

## Große Internationale Radrennen.

Unter anderem:

Matsch des 7fachen Weltmeisters

## ELLEGARD gegen Jonny Stol und Fritz Hoffmann.

Beginn 8 1/2 Uhr abends.

### Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lachertolg!

## Das Kind der Firma.

mit Anton und Donat Herrnfeld in den  
Hauptrollen. Vorher:  
Schmerzlose Behandlung.  
Konf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Mein Baby.**  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Fräulein.

**Admiralspalast**  
Am Bahnhof Friedrichstraße

**Eis-Arena.**  
Von 10 Uhr an geöffnet.  
Nachmittags:  
**Militär-Konzert.**  
Um 5 Uhr:  
Das Weihnachtstänchen  
**„Schneewittchen“**  
Abends:  
Das prächtige Eishaus  
**„Alpenzauber“**  
Die kleine Charlotte  
Apachenkämpfe - Puffballspiel.  
Bis 8 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbes Preis.  
Restaurant ersten Ranges.

## Union- Theater

Direktion: Willy Cromer.

**Allabendlich**

in allen 5 Etablissements

das mit großem Beifall auf-  
genommene Film-Schauspiel:

## „Der fremde Vogel“

Eine Liebestragödie aus dem  
Spreewald in 3 Akten mit

## Carl Clewing

v. kgl. Schauspielhaus, Berlin

## Asta Nielsen

die „Dase der Kino-Kunst“  
in den Hauptrollen.

**Roach's Theater.**  
Direktion: Robert Hill.  
Berlin N. Brunnstraße 16.  
Gastspiel in Gunders' Residenz.  
Wehensee, Berliner Allee 211:  
**Die Geier-Wally.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Hildebrandt.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Voigt-Theater.**  
Gastspiel im Woodier Winter-  
Garten, früher  
Artushof, Gerleberger Str. 20  
**Chryliche Arbeit.**  
Gastspiel mit Gel. in 5 Bildern von  
Heinrich Witten.  
Raffeneröffnung 7 Uhr. Konf. 8 1/2 Uhr.

### Zirkus ♦♦♦ A. Schumann

Heute abend 7 1/2 Uhr:  
**Briatore,**  
der beste Jongleur der  
Gegenwart.

**Luis Hardt,**  
genannt: Der Knabe Samson.

**Fliegendes Trapez,**  
ausgeführt von 5 Affen  
sowie alle übrigen Attraktionen

9 1/2 Uhr: Die große Fee in  
5 Bildern

**1000 Jahre**  
auf dem Meeresgrund  
nach Motiven aus 1001 Nacht.

U. a.: Der Untergang des  
Auswandererdampfers.



Nur noch  
wenige Tage!

**Ausstellung Nordland**

**Kurfürstendamm 151**  
nahe Bahnhof Halensee und Char-  
lottenburg.

**Vorführungen:**  
Wochentags: 4 1/2, 6 1/2 und 9 Uhr.

**Castans Panoptikum.**  
Friedrichstr. 165.  
**Corso-Varieté.**

Große Schönschönheit Berlins.  
Der sprechende Ueberhund.

• Zaubervorstellung. •  
Zwei Vorkünsten.  
Entree 50 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Nur noch kurze Zeit!  
**Die himmlischen**  
**Zwillinge**  
zusammengewachsen.  
**Lebend zu sehen!**  
**Ohne Extra-Entree.**

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:

## Von Meran zum Orler.

Hörsaal 8 Uhr Dr. Berndt:  
**Gegen Darwins Lehre.**

### Zirkus Busch

Dienstag, den 28. Novbr., 7 1/2 Uhr:  
Die gr. Sensation der Neuzeit!  
Pignol m. seinem tollkühnen  
Todesprung.

Karl Hagenbecks  
**Menschen-Affen**  
Vorführung.

Herr Georg Burghard - Foxtit,  
Schulreiter. 3 Schwest. Blumen-  
feld, Reichtkünstlerin. Herr Ernst  
Schumann, Neudressuren. Frä.  
Anna Stannis, Schulreiterin.  
Um 9 1/2 Uhr zum 46. Male:

Origin-  
Aus-  
stattungs-  
stück des  
Zirkus  
Busch  
in  
5 Bildern.

Vorher das gr. Gala-Programm.

## Folies Caprice.

Abends 8 1/2 Uhr:  
**Nr. 14.**

**Robi Krach.**

### Casino-Theater

Lehrter Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Nur noch bis Donnerstag, 7. Dezbr.:

**Der seltsame Holschinsky.**

Freitag, 8. Dezember: Premierabend  
**Der Kampf ums Dasein.**

Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Dah und Liebe.**

### Reichshallen-Theater.

**Stettiner Sänger.**  
Gastspiel  
**Robert Steidl.**

Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

### Volks-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 20.  
Sonntag, 3. Dezember: **Wunder-  
fegen.** Volksstück mit Gesang in  
5 Akten von Karl Friedrich.

Montag, 4. Dezember: **Der Muth  
der bösen Tat.** Lustspiel in drei  
Akten von Hans Hofschild.

### Königsstadt-Kasino.

Adl. Polzmarkt u. Alexanderstraße  
nahe Bismarckbrücke.

Vom 16. Nov. bis 1. Dez.  
abends 7 1/2 Uhr: **Das Meilen-  
Weitsch-Programm.**

Berlin in Asien  
u. die reichhaltigen Spezialitäten.  
Sonntag Anfang 7 1/2 Uhr.

### Berliner Uik-Trio

Rixdorf-Berlin. Uikstr. 74. L.



Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr findet in sämtlichen Bezirken Charlottenburgs ein Extra-Zahlabend statt.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 28. November, abends 8 Uhr, Volksversammlung im Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstr. 81. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse Fritz Jubeil. Freie Diskussion. — Die Wahlvereinsversammlung fällt aus. Der Vorstand.

Steglitz. Die für heute einberufene Mitgliederversammlung findet nicht statt, sondern erst am Freitag, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 15a. Der Vorstand.

Pankow. Mittwoch, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schulz, Mühlenstraße. Tagesordnung: 1. Die Organisation im Wahlkampf. 2. Diskussion. 3. Wahltechnik. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Hohen-Schönhausen. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Reuther, Berliner Str. 98. Tagesordnung: Vorstandsbericht. Die bevorstehende Reichstagswahl. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Heute Dienstag, abends von 7 Uhr ab, von den bekanntsten Stellen aus Flugblattverbreitung zu der am Donnerstag stattfindenden öffentlichen Versammlung.

Reinickendorf-West. Heute, abends 8 Uhr, in Hartmanns Brauerei, Schornweberstr. 103/104: Öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen spricht über: „Kriegsbege, Teuerung und Reichstagswahl“. Genossen! Sorgt für guten Besuch der Versammlung. Der Einkerkerer.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Freitag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal von Herrn Deutschmann, öffentliche Volksversammlung. Genosse Stadthagen spricht über: Teuerung, Kriegsbege und Reichstagswahl.

Handzettelverbreitung zu dieser Versammlung am Donnerstagabend von 7 1/2 Uhr an von den bekannten Bezirkslokale aus. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Der Totensonntag

war vom Wetter begünstigt. Es fiel ein Reif in der Novemberrnacht. Von dem leichten, weißen Flaum war auf den Dächern der Stadt bald nichts mehr zu sehen, aber da draußen, wo der Wind schon eisig über die weiten Leichenfelder wehte, lag es hier und da noch wie ein durchsichtiger Schleier auf den Hügel und Massengräbern. Das Straßenbild dieses herbstlichen Ausnahmetags ist uns schon zur Gewohnheit geworden. Man möchte beinahe glauben, daß unter dieser Gewohnheit das echte Gefühl der Massen, die nach den Großstadtfriedhöfen spazieren gehen, etwas leidet. Wie eine schier endlose schwarze Schlange wälzte sich der Trauerzug auf beiden Seiten der Frankfurter Allee gen Friedrichsfelde, wo besonders die Kindergräber und die Ruhestätte der Freiheitshelden des Volkes reichen Blumenschmuck zeigten. An solchem großen Menschenstrom sieht man so recht, daß auf diesem einzigen Friedhof fast hunderttausend Erdenkinder vom Lebenskampf ausruhen. Und noch allen anderen großen Friedhöfen war der Zustrom ähnlich stark. Soll man sich erneut entrüsten über den Aufwand von scheinbarer Nächstenliebe und offenkundiger Seelenjängerei, den die Trabanten der Kirche in Trauerparade vorführen? Es ist seit langen Jahren auf den kirchlichen Begräbnisplätzen immer das gleiche wenig angenehme Manöver, und es wird in unserer Gesellschaftsphäre auch so leicht nicht anders werden. Man ignoriert am besten diese frömmelnden Geschäftsleute, die mit ihren papierernen Ergüssen den Tod und seine Heimstatt entweihen. Selbst in Friedrichsfelde wurden ein Auszug seitens der Berliner Stadtmision Traktanden aufgedrängt. Und vor dem monumentalen Portal dudelte ein Krüppel, den ein Gendarm allerdings sehr milde fortwies, seinen Leierkasten. In der vierten Nachmittagsstunde, als der Friedhofsvorkehr den Höhepunkt erreicht hatte, rieselte feiner Novemberrschnee. Die Natur hüllte die frischgeschmückten Hügel in ein gemeinsames Leichentuch.

Aus der Armenpflege der Stadt Berlin.

Die Notstandsahre sollen nun für die Armenpflege wieder über sein. Diese Ansicht äußert die Armentdirektion der Stadt in dem Verwaltungsbericht, den sie über den ihr vorbehaltenen Teil der Armenpflege für das Etatsjahr 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911) erstattet hat. Es handelt sich hier hauptsächlich um die sogenannte offene Armenpflege, die die Bedürftigen nicht in Anstalten unterbringt, sondern sie in ihren Wohnungen beläßt und ihnen bares Geld oder Lebensmittel, Kleidung, Arznei usw. gewährt. Auch im Etatsjahr 1910 hat die Armentdirektion wieder mehr Aufwendungen als im vorhergehenden Jahre zu machen gehabt, aber ihr Bericht, den der Magistrat jetzt veröffentlicht, hebt hervor, daß die Ausgabeerhöhung diesmal doch nicht so bedeutend wie in den letzten Jahren war. Die Armentdirektion sieht darin „eine Folge der allmählichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse“.

In 1910 wurden ausgegeben 13 339 433 M., die Einnahmen brachten nur 960 730 M. (sie fließen fast nur aus Unterstützungs-erstattungen und sind abzüglich so gering), mithin mußte der Stadtsäckel 12 378 677 M. deden. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug in 1910 bei den Ausgaben nur 167 089 M., bei dem Zuschuß 153 336 M., während noch in 1909 die Ausgaben um 857 921 M., der Zuschuß um 803 007 M. höher als in 1908 war. Von den gesamten Ausgaben geht der größte Teil durch die Hände der Armentdirektion, die die Bedürftigen mit Geld, Lebensmitteln usw. unterstützt. In 1910 gaben die Armentkommissionen 7 402 697 M. Almosen, 1 401 846 M. Pflegegelder (für Kinder), 1 878 959 M. einmalige Unterstützungen, 318 536 M. Feuerungsbeihilfe, das sind zusammen 10 495 038 M. Gegenüber dem Vorjahr haben sich wieder erhöht die Aufwendungen für Almosen um 249 599 M., für Pflegegelder um 51 254 M., für Feuerungsbeihilfe um 5984 M., während die Aufwendungen für einmalige Unterstützungen um 129 554 M. heruntergegangen sind. Wieder haben die Armentkommissionen, obwohl sie im allgemeinen wahrlich nicht zu rasch und zu tief in den ihnen zur Verfügung gestellten Beuteln greifen, die im Etat angenommenen Beträge überschritten müssen, weil diese zu knapp bemessen worden waren. Durch den Etat für 1910 waren bewilligt worden 7 100 000 M. Almosen, 1 320 000 M. Pflegegelder, 1 400 000 M. einmalige Unterstützungen, 310 000 M. Feuerungsbeihilfen. An Mehrausgaben wurden notwendig bei den Almosen 802 697 M., bei den Pflegegeldern 81 846 M., bei den Feuerungsbeihilfen 6536 M., und nur bei den einmaligen Unterstützungen gelang es den Armentkommissionen, 26 041 M. zu erübrigen.

Die Flut der Hilfesuchenden einzudämmen, ist in 1910 noch nicht so recht gelungen. Noch ist von 1909 zu 1910 die Zahl der Unterstützungen weiter gestiegen, im Monatsdurchschnitt die Almosen-gelder von 34 595 auf 35 344, die Pflegegelder von 12 926 auf 13 179, die einmaligen Unterstützungen von 8080 auf 10 118, in Summa von 55 601 auf 58 641, pro 10 000 Einwohner Berlins von 264 auf 285. Erst in dem laufenden Etatsjahr 1911 dürfte die Aufwärtsbewegung zum Stillstand gekommen sein. Schon am Schluß des Etatsjahres 1910, d. h. am 31. März 1911, waren die Zahlen der zu diesem Zeitpunkt in den Listen geführten Almosenempfänger und Pflegegeldempfänger, 34 507 und 13 478, niedriger als die entsprechenden Zahlen vom 31. März des Vorjahres (35 329 und 13 493). Eine andere Frage ist freilich, ob die jetzt sich vollziehende Ermäßigung der Unterstützungslisten nur in der hauptsächlich „Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse“ ihre Ursache hat. Bei solchen Abwärtsbewegungen wird in der Regel von Armentpflegeorganen kräftig nachgeholfen, im Uebereifer sogar kräftiger, als es nach der ganzen Wirtschaftslage sich schon rechtfertigen ließe.

Wenn man sich übrigens vergegenwärtigt, wie sehr die bestlose Klasse durch die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse bedrückt wird, dann muß man in der Tat stark bezweifeln, daß die Notstandszeit schon vorüber sei. Die andauernden Preissteigerungen treffen doch auch die von der Armentpflege unterstützten Personen und am härtesten diejenigen, die durch Krankheit oder Alter völlig erwerbsunfähig geworden sind, so daß ihnen keine Wehrung der Arbeitslosigkeit nicht. Dem Siechenhausratatorium hat kürzlich der Siechenhausinspektor Pieper in einem Bericht erklärt, man müsse für die nächste Zeit „damit rechnen, daß bei dem stets kostspieliger werdenden Lebensunterhalt draußen mehr Bewerber denn je für die öffentlichen Verpflegungsanstalten zu erwarten sind“. Werden nur die Armentkommissionen keine Folgen der Teuerung?

Die Gaswerke der Stadt

haben im Etatjahr 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911), aus dem jetzt der Verwaltungsbericht vorliegt, etwa 295 1/2 Millionen Kubikmeter Gas produziert. Vor 10 Jahren, im Etatjahr 1900, produzierten sie erst 149 1/2 Millionen Kubikmeter, im letzten Jahrzehnt hat mithin ihre Gasproduktion sich nahezu verdoppelt. An Vororte, die den Gaswerken der Stadt angeschlossen waren, lieferten sie in 1900 erst etwas über 3 1/2 Millionen Kubikmeter Gas, in 1910 aber waren die jetzt angeschlossenen Vororte bereits mit ziemlich 18 1/2 Millionen Kubikmeter beteiligt. Die für die Straßenbeleuchtung Berlins hergegebene Gasmenge blieb in 1900 noch unter 11 Millionen Kubikmeter, in 1910 aber ging sie bereits über 21 Millionen Kubikmeter hinaus. Läßt man die an Vororte gelieferten sowie für Berliner Straßenbeleuchtung verbrauchten Gasmengen außer Betracht, und zieht man noch den sogenannten „Gasverlust“ ab (der sehr beträchtlich ist, aber größtenteils nur durch Zusammenziehung des Gases zustande kommt), so ergibt sich die Höhe des Gasverbrauchs der privaten Abnehmer in Berlin (einschließlich Verbrauch der Gaswerke selber). Er stellte sich in 1900 erst auf rund 131 1/2 Millionen Kubikmeter, dagegen in 1910 bereits auf ziemlich 243 Millionen Kubikmeter. Der private Gasverbrauch in Berlin war pro Kopf der Bevölkerung in 1900 etwa 70 Kubikmeter, in 1910 ging er über 117 Kubikmeter hinaus. In den letzten Jahren war übrigens die Konsumzunahme bei weitem nicht so stark wie früher. Noch im Etatjahr 1907 hatte sie für den Berliner Privatkonsum 7,5 Proz. gegenüber dem Vorjahr betragen, aber in 1908 und 1909 sank sie auf 3,5 Proz. und 3,1 Proz., und erst in 1910 hat sie sich wieder auf 4,3 Proz. gehoben. Für die Gesamtmenge des Gases, das überhaupt abgegeben wurde, sind die Zunahmeziffern günstiger, weil hier der Konsum der Vororte und seine tatsächliche Zunahme ins Gewicht fällt. Die Gesamtmenge erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr in 1907 um 7,9 Proz., in 1908 und 1909 um 5,9 Proz. und 3,4 Proz., und dann in 1910 wieder um 6,8 Proz. Der Ueberschuß der Gaswerke wird, unter Berücksichtigung der Ausgaben für Abschreibungen sowie für Verzinsung und Tilgung des aus Anleihen entnommenen Kapitals, für 1910 auf 7 1/2 Millionen Mark berechnet. In dem letzten Jahrzehnt hat der Ueberschuß eine wachsende Höhe gehabt, wesentlich infolge der wechselnden Höhe der Produktionskosten, auf die besonders der Kohlenpreis von Einfluß ist. In 1900, wo der Gaseinheitspreis noch nicht bestand, wurden annähernd 6 1/2 Millionen Mark als Ueberschuß gebucht. Zu ihm kommt aber noch der Wert des für die Straßenbeleuchtung Berlins verbrauchten Gases, das die Gaswerke in sonst liefern müssen. Wird es so in Rechnung gestellt, wie das in den Gaswerken selber verbrauchte Gas, nämlich mit 10 Pf. pro Kubikmeter, so ergeben sich aus 1910 noch über 2 Millionen Mark für reichlich 21 Millionen Kubikmeter Gasverbrauch der Straßenbeleuchtung. Sie sind aus den Gaswerken mit herausgewirtschaftet worden, und durch sie erhöht sich der Ueberschuß für 1910 auf fast 10 Millionen Mark.

Die Diphtherie-Erkrankungen

hatten sich in Berlin, wie wir kürzlich mitteilten, im Oktober ganz außerordentlich gemehrt. Aus den vier Wochen vom 1. Oktober bis zum 28. Oktober waren nacheinander 178, 205, 218, 263 Erkrankungen an Diphtherie gemeldet worden, und erst die Woche vom 29. Oktober bis zum 4. November brachte mit 236 Meldungen wieder einen Rückgang. In der Woche vom 5. November bis zum 11. November, aus der die diesbezügliche Zusammenstellung des Berliner Statistischen Amtes jetzt vorliegt, ist es leider noch nicht zu einer weiteren Milderung der Erkrankungsziffer gekommen. Aus ihr wurden wieder 298 Erkrankungen gemeldet, genau dieselbe Zahl, wie in der vorhergehenden Woche. Die Zahl der pro Woche gemeldeten Sterbefälle durch Diphtherie ist sogar noch weiter gestiegen. In dem vierwöchigen Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 28. Oktober hatte die Sterbeziffer sich auf wechselnder Höhe gehalten: an Diphtherie starben in diesen Wochen 22, 17, 23, 17 Personen. Die Woche vom 29. Oktober bis zum 4. November brachte dann schon 29 Diphtherie-Sterbefälle, und aus der Woche vom 5. November bis zum 11. November sind sogar 38 Diphtherie-Sterbefälle gemeldet worden.

In ganzen wurden aus den sechs Wochen 1334 Diphtherie-Erkrankungen bekannt. Hierin sind mitenthalten 35 Fälle, in denen auswärtige Personen während ihres Aufenthaltes in Berlin erkrankten. In den übrigen 1299 Fällen handelte es sich um Personen, die in Berlin ihren Wohnsitz hatten. Bei diesen 1299 Diphtherie-Erkrankungen war die Verteilung über die einzelnen Stadtteile sehr ungleich. Diejenigen Stadtteile, in denen die Bemittelten zahlreicher vertreten sind, waren durchweg mit geringen Erkrankungsziffern beteiligt. Von denjenigen Stadtteilen, die vorwiegend von Arbeiterfamilien bewohnt sind, hatten einige gleichfalls mäßige Erkrankungsziffern, aus anderen aber, und zwar den meisten, wurde eine sehr beträchtliche Zahl Erkrankungen gemeldet. Das große Gebiet, das die Stadtmitte sowie die Friedrichstadt, die Schöneberger Vorstadt, die Tempelhofer Vorstadt umfaßt, hatte in sechs Wochen zusammen nur 127 bekannt gewordene Fälle. Zu diesem Gebiet gehören die „bornschmitten“ Stadtteile, der ganze Westen mit den Quartieren der Wohlhabenden. Ein Gegenstück bildet das kleine Gebiet des westlichen Teils vom Stralauer Viertel, das von der Alexander-

platzgegend ostwärts bis zur Andrastraße und nordostwärts bis zum Frankfurter Tor und zum Landsberger Tor reicht. Aus ihm allein wurden in den sechs Wochen gleichfalls 127 Diphtherie-Erkrankungen gemeldet, die überhaupt höchste Zahl, die in diesem Zeitraum für einen einzelnen Stadtteil beobachtet wurde. Es folgen dann der Gesundbrunnen mit 123 Fällen, der Wedding mit 98 Fällen, doch sind diese Stadtteile vollreicher als der westliche Teil des Stralauer Viertels. 98 Fälle wurden auch aus dem östlichen Teil der äußeren Luisenstadt (Umgebung des Sörlicher Bahnhofes) gemeldet, 96 aus dem ihr benachbarten Teil des Stralauer Viertels (Umgebung des Bahnhofes Warschauer Straße), 83 aus dem nordwestlichen Teil der Rosenthaler Vorstadt (zwischen Schönhauser Allee und Humboldthain), 80 aus dem nördlichen Teil des Königsviertels (zwischen Prenzlauer und Landsberger Allee), 79 aus der Oranienburger Vorstadt, 65 aus dem äußeren Teil Moabits usw.

Auch die im ganzen 148 Sterbefälle durch Diphtherie, die aus den sechs Wochen gemeldet wurden, verteilten sich sehr ungleich. Wie verzeichnet hier darauf, einzelne Stadtteile durchzugehen, weil in manchen bei der Kleinheit der Zahlen der Einfluß etwaiger Zufälle zu sehr mißsprechen kann. Erwähnt sei nur, daß am stärksten beteiligt war der westliche Teil des Stralauer Viertels mit 19 Sterbefällen und der östliche Teil der äußeren Luisenstadt gleichfalls mit 19 Sterbefällen.

Grundzüge für Abholungsänder. Die verschließbaren Abholungsänder der Post haben sich mehr und mehr eingeführt. Im Laufe der Jahre haben sich umfangreiche Grundzüge herausgestellt, die den Abholern mitgeteilt werden, die ein Schließfach wünschen. Aus der jetzigen Fassung teilt die „Arztzeitung“ das Wichtigste mit. Durch die Änder werden ausgegeben: gewöhnliche Briefsendungen jeder Art, Telegramme, Zeitungen Postpaketadressen, Ablieferungsscheine zu Wert- und Einschreibsendungen sowie Postanweisungen, ferner Zahlungsanweisungen der Postbedienten. Bestellt werden auf alle Fälle Staatstelegramme, dringende Telegramme, Telegramme mit Empfangsanzeige, Telegramme, für die Votenlohn vorausbezahlt ist, eigenhändig zu bestellende Telegramme sowie telegraphische Postanweisungen. Auch gewöhnliche Telegramme werden bestellt, wenn sie nicht am Tage nach dem Eingang abgeholt worden sind. Von Sendungen, die wegen ihres Umfangs nicht in die Schließfächer aufgenommen werden können oder mit Nachnahme belastet sind, werden die Empfänger durch Einlegen einer Karte benachrichtigt. Ein Abholer kann auch nur einen Teil dieser Sendungen durch das Schließfach, den anderen im gewöhnlichen Abholungsverfahren entgegennehmen. Auch können einzelne Sendungen von Postsendungen von der Abholung ausgeschlossen werden, soweit eine Trennung nach Klassen zulässig ist. Ein Schließfach gewöhnlicher Größe, 14 mal 11 mal 36 Zentimeter groß, kostet 12 M., ein größeres 18 M. jährlich. Auch größere Fächer können durch Vereinerung kleinerer hergestellt werden. Die Ueberlassung erfolgt auf ein Jahr und muß drei Monate vorher gekündigt werden. Jeder Fächerinhaber erhält zwei Schlüssel, weitere müssen bezahlt werden. Falsche Sendungen sind sofort am Schalter zurückzugeben.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis, der in der Gormannstraße 18 und Sinfir. 10 eine Abteilung für weibliches Hauspersonal unterhält, ist seit Jahren von einzelnen Hausfrauen sowie den Bezirksvereinen der Stadtteile Moabit und Hansaviertel gebeten worden, auch in ihrem Bezirk eine Filiale zu errichten. In seiner letzten Vorstandssitzung hat der Zentralverein beschlossen, diesen vielfach geäußerten Wünschen entgegenzukommen und eine Abteilung für Hauspersonal in einer Gegend zu errichten, die für die Anwohner von Moabit und Hansaviertel gleichgelegen ist. In dieser neuen Abteilung sollen vornehmlich weibliches Hauspersonal (Wäscher, Reinemachefrauen, Auswärtigerinnen, Plätterinnen, Ausbesserinnen, Aufwärtigerinnen), nachmittags Dienstmädchen vermittelt werden.

Die Gültigkeit der Berliner Wertzuwachssteuerordnung vom 4. März 1910 unterlag gestern der Nachprüfung des Oberverwaltungsgerichts. Zur Frage der Gültigkeit hatte der 7. Senat unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Strauß in den zahlreichen, zur Verhandlung stehenden Prozessen aus Berlin in erster Linie Stellung zu nehmen, nachdem der Bezirksauschuß in verschiedenen Fällen die ganze Wertzuwachssteuerordnung vom 4. März 1910 für ungültig erklärt hatte. Der Bezirksauschuß war dabei ausgegangen, daß die Steuerordnung die beiden ausschlaggebenden Begriffe „Anschaffungswert“ und „Veräußerungserlös“ nicht genügend klargestellt habe und daß wegen der Unbestimmtheit die ganze Ordnung keinen Rechtsbestand haben könne. Die für Wertzuwachssteuer Herangezogenen waren in diesen Fällen freigestellt worden.

Das Oberverwaltungsgericht hob die Urteile in den Sachen Grumbach, Lorenz und Hypothekendarf, wo der Bezirksauschuß auf die Einzelheiten wegen der angenommenen Ungültigkeit der ganzen Verordnung nicht eingegangen war, auf und verwies die Sachen zu nochmaliger Entscheidung an den Bezirksauschuß zurück. Der Senat erachtete nur die Ziffer 8 des § 2 der Ordnung für ungültig, die Ordnung im übrigen aber für gültig und anwendbar. Unter anderem wurde in der Begründung ausgeführt: Der Senat habe dem Bezirksauschuß nicht darin folgen können, daß auf eine Ungültigkeit zu schließen sei aus dem Wortlaut des, im § 2 in bezug genommenen § 6, Absatz 3, der u. a. Wertsteigerungen betrifft. Es sei hier zwar eine Lücke, indem z. B. Kaufgeschäfte unberücksichtigt seien; das führe indessen nicht zur Ungültigkeit. — Für ungültig müsse nun allerdings erachtet werden Ziffer 8 des § 2, welche sagt: „Als Veräußerungserlös gilt die Summe, die der Umsatzsteuer zugrunde gelegt wird (§ 6, Absatz 1—3), abzüglich usw.“ Denn eine derartige Bestimmung, die eine, in einem anderen Verfahren (dem Umsatzsteuerverfahren) ermittelte Summe für die Ermittlung des Wertzuwachses für bindend erkläre — und das gefesse durch Ziffer 8 des § 2 — sei ungültig. Daraus folge aber noch nicht die Ungültigkeit der ganzen Wertzuwachssteuerordnung. Es bleibe die Ziffer 1 des § 2 unberührt, worin gesagt sei: „Als Wertzuwachs gilt der Betrag, um den der Veräußerungserlös den Anschaffungswert übersteigt.“ Auch ohne weitere Erläuterung könne mit den beiden Begriffen, insbesondere mit dem des Veräußerungserlöses, operiert werden. Er sei einigermaßen an sich klar, resp. klarzustellen durch den Verwaltungsrichter. Somit werde die Gültigkeit der Wertzuwachssteuerordnung im ganzen durch die Ungültigkeit der Ziffer 8 des § 2 nicht berührt. Zum Zwecke der Prüfung der Einzelheiten und anderweiter Entscheidung müßten die genannten Sachen an den Bezirksauschuß zurückverwiesen werden.

Die Entscheidung rettet der Stadt Berlin größere Summen, welche aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Reichs-Wertzuwachssteuergesetzes noch streitig sind.

Die beiden Postdiebe Wendt und Cabello wurden Sonntag und Montag weiteren Verhören unterworfen. Zeit steht, daß beide im Einvernehmen gehandelt haben und sich seit längerer Zeit kannten. Es handelt sich nach dem Feststellungen von Einzelheiten, dann werden die Verhafteten dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Ein Kind folgefahren. Einen tödlichen Ausgang nahm ein Unfall, der sich am Sonntagabend gegen Abend in der Oranienburger

Strasse 8 abspielte. Dort wurde der achtjährige Sohn Hans des Agenten Crohn von einem städtischen Hehrichswagen überfahren. Der Knabe erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und wurde von der nächsten Unfallstation ins Krankenhaus geschafft, wo er bald nach der Einlieferung starb.

### Brand bei einem Brande.

Brandartige Szenen spielten sich gestern in der zweiten Morgenstunde bei einem Brande ab, der in der Thurnehfjerstrasse 7 am Brunnenplatz im Norden Berlins zum Ausbruch kam. Das an sich kleine Feuer führte in kurzer Zeit eine derartige Verqualmung herbei, daß die Bewohner der oberen Stockwerke in Erstickengefahr gerieten. Zum Glück war die Feuerwehr schnell zur Stelle, die in wenigen Sekunden zehn besonders gefährdete Personen über Leitern hinweg in Sicherheit brachte. Nur einer der Verretteten stürzte aus etwa einem Stockwerk Höhe von einer Hakenleiter ab, da er sich infolge erlittener Brandwunden mit den Händen nicht genügend festhalten konnte. Der Verunglückte ist der Eisendreher Max Vollerstädt und fand im Virchowkrankenhaus Aufnahme. Im einzelnen wird uns gemeldet:

Das Haus Thurnehfjerstrasse 7 ist von nahezu vierzig Mietparteien bewohnt und hat nur eine Treppe. Im zweiten Stock hat seit mehreren Jahren der Schlosser Vollerstädt eine Wohnung inne, die vom Vorderhaus bis zum Hof durchgeht. Die Familienmitglieder schlafen teils vorn, teils in einem Hinterzimmer. In der letzten Nacht brach nun auf bisher unermittelte Weise auf dem Korridor dieser Wohnung Feuer aus. Die schlafenden Leute bemerkten die Gefahr, in der sie schwebten, erst, als die Türen durchbrannten. Es war die höchste Zeit, denn die ganze Wohnung war in dichten, erstickenden Rauch bereits eingehüllt. Während die Familienmitglieder, die vorn geschlafen hatten, sich nach dem Balkon retten konnten, war dem Schlosser Max Vollerstädt und seinem Onkel, die beide hinten geschlafen hatten, der Ausweg durch die Flammen abgeschnitten. Durch die Hilferufe der Bedrängten wurden auch die übrigen Mieter des Hauses auf dem Schlaf erschreckt. Als die Bewohner des dritten und vierten Stods über die Treppe flüchten wollten, stellte sich heraus, daß auch das Treppenhäus schon vollständig verqualmt war, so daß sich ein Passieren der Treppe als unmöglich erwies. Die von Todesangst gepackten Personen eilten nach ihren Wohnungen zurück und schrien aus den Fenstern nach der Straße laut um Hilfe. Schon waren auch ihre Wohnungen vom Rauch erfüllt, als die Feuerwehr anrückte. Es war der Löschzug aus dem nahen Depot in der Panikstraße; der Brandinspektor ließ sofort sowohl auf dem Hofe, wie auf der Straße Rettungsmanöver ausführen. Da die gefährdeten Personen schon Nieme machten, auf die Straße hinabzuspringen, wurde ihnen fortgesetzt zugerufen: „Oben bleiben, nicht springen!“ Auf dem Hof wurde ein Hakenleitergang hergestellt und ein Sprungtuch ausgebreitet, während auf der Straße die große mechanische Leiter emporgerichtet wurde. Im nächsten Augenblick stiegen auch schon Feuerwehrlente noch den einzelnen Wohnungen hinauf. Ueber die mechanische Leiter wurden acht Personen ins Freie geschafft, nämlich aus dem dritten Stock drei Erwachsene und ein Kind und aus dem vierten Stock vier Kinder. Alle hatten durch den Rauch schon stark gelitten und wurden von den Samaritern der Feuerwehr durch Tropfen und andere Mittel gelad, so daß sie sich bald wieder erholten. Die Familie Vollerstädt konnte auf dem Balkon verbleiben, da hier eine Gefahr für sie nicht bestand. Auf dem Hof wurde der Schlosser Max Vollerstädt und sein Onkel über die Hakenleiter hinweg in Sicherheit gebracht. Als der Schlosser einige Schritte auf der Hakenleiter getan hatte, verlor er plötzlich den Halt und stürzte ab. Er wurde aber von einem Feuerwehrmann aufgefangen, so daß er durch den Sturz keinen wesentlichen Schaden erlitt. Dagegen hatte sich der Mann in der Wohnung schon schwere Verbrennungen an beiden Händen zugezogen, weshalb er sich auch an der Leiter nicht genügend festhalten konnte. Nachdem ihm Verbände angelegt worden waren, wurde er mit einem Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe nach dem Virchowkrankenhaus geschafft. Die Ablösung des Brandes konnte mit einer Schlauchleitung bald erfolgen. Die Verqualmung in den beiden Obergeschossen war dadurch so schnell eingetreten, daß der Rauch durch die Fußböden hindurchdrang. Wäre die Gefahr eine Viertelstunde später erst bemerkt worden, so wäre eine Katastrophe wohl unermesslich gewesen.

**Berliner Volksschule.** Der Berliner Volksschule, der vor einigen Monaten vom Provinzial-Schulkollegium wegen seines Anschlusses an den Deutschen Arbeiterfängerbund gemeldet wurde, in dem ihm die seit 7 Jahren benutzte Aula des Sophien-Realschulhauses gestündigt wurde, hat nun wieder ein würdiges und sicheres Heim gefunden. Der Magistrat hat dem Schor auf sein Grundstück die Aula der 5. Pflichtfortbildungsschule in der Langenstr. 31, beim Schleifischen Bahnhof, zur Verfügung gestellt. Die Chorproben werden daselbst Dienstags und Freitags, abends von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, stattfinden. In den allgemeinen Proben am Freitag sind Gäste stets willkommen. Zur Einstudierung gelangt zunächst Gändels „Judas Maccabäus“.

**Kabrennen im Sportpalast (Winterbahn).** Die für Sonnabend und Sonntag ausgeschriebenen Rennen erfreuten sich eines guten Besuchs. Der gebotene Sport war infolge der Anwesenheit einer großen Anzahl guter Fahrer recht interessant und zeitigte spannende Momente. Die Felder der Abende waren Stoll, Hoffmann, Finn, Padebusch und andere, die durch ihr drausgangerrisches Fahren den Beifall der Zuschauer erlangten. Einige Stürze verliefen glimpflich. Das Stundenpremienerfahren brachte 20 Fahrer an den Start und durch häufige Vorstöße Leben in das Feld, das bis zum Schluß auf 8 Mann zurückging. — Am Donnerstagabend findet ein Match in drei Läufen zwischen dem Weltmeister Elgaard, J. Stoll und Fr. Hoffmann statt.

**Zeugen gesucht!** Diejenigen Personen, welche am Sonntag, den 3. September er., nach Schluß der Protokollversammlung im Reptomer Park im Milchgeschäft von Fromm, Schleifstr. 20, anwesend waren, als der Kriminalbeamte erschien und Frau Fromm aufforderte, das Geschäft zu schließen, werden dringend gebeten, ihre Adresse an G. Fromm daselbst gelangen zu lassen. Unkosten werden gern erstattet.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Der Charlottenburger Hlfschularzt erklärt in seinem Bericht für das Schuljahr 1910/11, daß bei den Eltern der Hlfschulkinder oft das Interesse und Verständnis für die Unternehmung und Beratung des Schularztes fehlt. So hatte u. a. der Vater eines Mädchens der 5. Klasse der Hlfschule I dem Schulleiter in ihrer Form erklärt, daß er unter keinen Umständen einer Vorladung vor den Schularzt folgen und kein Kind von ihm irgendwie untersuchen lassen werde. Die Kontrolluntersuchungen ergaben wie in früheren Jahren, daß in der Hauptsache immer wieder es Konstitutionskrankheiten (Blutarmut, Skrofulose und Rhachitis) sind, an denen eine entsprechende Pflege und Behandlung der Kinder notwendig ist. Diese zu veranlassen, ist Aufgabe der Schulschwester. Ihnen wurden

Hlfschule I	88 Kinder (23 Knaben, 15 Mädchen)
II	33 „ (10 „ 13 „)
III	50 „ (30 „ 20 „)
Zusammen	111 Kinder (63 Knaben, 48 Mädchen)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

von im ganzen 245 Kindern, also ein ziemlich hoher Prozent-satz. Davon kamen in Behandlung bei Stadtdärzten 61, bei anderen Ärzten, zum Teil bei Spezialisten neben den Stadtdärzten 20, davon 1 beim Augenarzt; in Volkshilfen 12, in operative Behandlung wegen Hals-, Nasen- und Ohrenleiden 11, in die Fürsorge für Lungenerkrankte 8, von denen 6 in die Halberholungsstätte gesandt wurden. Einer wurde wegen schlechter Ernährung der Schulpfegung überwiesen, war aber nicht dazu zu bringen, hinzugehen. In zwei Fällen klagte die Schulschwester darüber, daß die Kinder die ihnen von Schulärzten überwiesene Milch absolut nicht trinken wollen. In einem Falle wurde die Fürsorge für Alkoholkranke von den Zuständen in der Familie benachrichtigt. In fünf Fällen wurde der Schulschwester erklärt, das Kind sei nicht krank und brauche keine Behandlung. Diese Vorkommnisse zeigen das Unsanftige der Bestimmung, daß der Schularzt beraten und untersuchen, aber nicht behandeln soll.

Selbst die Wohlthat der Aufnahme in die Ferienkolonie wollten die Eltern von drei Kindern diesen nicht zulassen lassen, obgleich es für sie vom Schularzt als besonders wünschenswert erklärt und zugestimmt worden war. Aber sie wollten die Kinder lieber während der Ferien bei sich behalten. Andere Eltern hätten es sehr gern gesehen, wenn ihre Kinder mitgenommen worden wären. Günstig können in den Arbeiterinnenlesenden solche Vorkommnisse durch Aufklärung beseitigt werden. Die bedauerlichen Vorkommnisse mit den in der Ferienkolonie an Scharlach erkrankten und mangelhaft verpflegten Kindern nicht die Veranlassung dieser Weigerung gewesen sein, denn diese Fälle wurden doch erst am Ende der Ferienzeit bekannt, und so sehr bedauerlich diese Erkrankungsfälle in der Ferienkolonie gewesen sind, so wird man doch in Zukunft alle Vorkehrungen treffen, daß solche Fälle nicht wieder vorkommen können, damit die Ferienkolonien auch in Zukunft vielen Kindern Erleichterung und Gesundheit bringen.

**Sternverein für freie Erziehung.** Mittwoch, den 18. Dezember findet im Volkshaus, Rosinenstr. 8, eine große Märchenaufführung statt. Zur Aufführung gelangt: „Weihnachten im Rixenhaus“, ein Weihnachtsmärchen mit Gesang und Reigen in zwei Bildern von Ludwig Reinke, gespielt von circa 40 Kindern der Mitglieder. Saalöffnung nachmittags 2 1/2 Uhr, Eintritt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf. Willetts sind zu haben bei Biermann, Kaiserin-Augusta-Allee 91, 2. Aufg. vorn III; Gräß, Spreestr. 56, Luerg. II; Frieze, Neue Christstr. 7, Seitenfl. III; Weisheit, Rosinenstr. 8 (Stehbierhalle); in der Konsumierbörse, Wallstr. 23, und „Vorwärts“-Expedition, Sefenheimer Str. 1.

### Rixdorf.

Mit einigen wichtigen Beratungsgegenständen wird sich die am Donnerstag, den 30. November, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße 63, tagende Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Ein Antrag des Magistrats verlangt zwecks Abgabe von Kartoffeln zum Selbstkostenpreise an ärmere Einwohner der Stadt die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits von 10 000 Mark; die Herausgabe bei den Vorkäufen zu genehmigen und mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen die bestehende Kommission zu betrauen.

Des weiteren hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anträge eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen, alle Reichstagswähler, die in die Wählerliste eingetragen sind, von dieser Eintragung zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung soll schriftlich erfolgen und dient gleichzeitig bei der Wahl als Legitimation.“

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: den Magistrat zu beauftragen, alle städtischen Arbeiten nur solchen Unternehmern zu übertragen, welche die tariflichen Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern anerkennen und in ihren Betrieben zur Durchführung gebracht haben.“

Kußerdem ersucht der Magistrat um das Einverständnis der Versammlung, daß der Friedrichsplatz von der Schinkelstraße und dem Rathhausufer westlich der Hohrechtsbrücke nach dem Rathhaus- und Weigandufer östlich der Hohrechtsbrücke bis zum Wildenbruchplatz unter Inanspruchnahme der Maniusstraße sowie der Liederda-, Ransen- und Mühlstraße bis zur Pflügerstraße verlegt wird.

**Wünsche auf Verkehrsänderung einer Anzahl Straßenbahnlinien** wurden in der letzten Sitzung der Verkehrsdeputation ausgesprochen. Es soll 1. eine stärkere Besetzung der Linien 7, 15, 21, 25, 29 mit Anhängern, 2. ein ausgedehnter Betrieb auf der Linie 20, deren letzter Wagen jetzt 8 1/2 Uhr abfährt, etwa bis 11 1/2 Uhr, ebenso für die Linien 27 und namentlich 30, welche über den Hermannplatz hinausgeführt werden, 3. die Einlegung einer neuen Linie, welche etwa unter Einhaltung der Berliner Trasse der Linie 23 beginnend, 4. nach der Hermannstraße durch die Steinmetz- und Plettenstraße geführt werden, erfolgen. Hierzu wird auch eine Angalmie in gleichzeitiger westlicher Richtung durch die Steinmetz- bezw. Plettenstraße, Hermannstraße, Knechtelstraße, Bergstraße mit Verbindung nach dem Wolkenmarkt und Alexanderplatz durch die Pernitzstraße in Anregung gebracht, 4. eine Weiterführung der Linie 22 vom Sörlitzer Bahnhof nach Rixdorf. — Für die Omnibuslinie Buschstr.-Kronenhaus Busow wurde unter Berücksichtigung der veränderten Fahrzeiten der Straßenbahn folgender neuer Fahrplan für die Abendzeit genehmigt: Ab Krankenhaus 9,35, 10,35, 11,35 Uhr, ab Buschstr. 10,08, 11,08, 12,15 Uhr.

50 Beitragsmarken a 90 Pfennig vom Deutschen Bauarbeiter-Verband sind am Sonntagvormittag in der Zeit zwischen 1/2 10 bis 1/2 11 Uhr auf dem Wege von der Warthe bis zur Emser Straße verlorenggegangen. Der Finder der Marken wird gebeten, entweder die Marken auf dem Bureau des genannten Verbandes, Engel- ufer 15, Zimmer 63, abzugeben oder von seiner Adresse Mitteilung zu machen.

### Sichtenberg.

Die amtliche Aufschreibung der Stichwahl für 6 Mandate der zweiten Abteilung ist nun erfolgt. Danach steht erst fest, wer von unseren Genossen im 3. Bezirk in die Stichwahl gelangt. Einer der bürgerlichen Kandidaten, Herr Dornbusch, war von beiden bürgerlichen Parteien auf die Liste gesetzt worden, wodurch er eine Majorität erlangte. Von unseren Kandidaten hatten die Genossen Abraham 133, Grauer und Mühs 132 Stimmen erhalten. Einer von den letzteren mußte für die engere Wahl aufgeben; das Los entschied für den Genossen Mühs, der auch im 4. Bezirk in die Stichwahl kam. Im 3. Bezirk erhielten die gegnerischen Kandidaten 183 resp. 192 Stimmen; die ausgefallene Gruppe hatte 108 resp. 97 Wähler für ihre Kandidaten an die Wahlurne gebracht. Die Stichwahlen werden am Montag, den 11. Dezember, wiederum in der „Warthe“ und im „Ratskeller“ in der Zeit von 2 bis 6 Uhr vorgenommen.

### Ober-Schöneeweide.

**Leffentische Lesehalle.** Die von der Gemeinde im Anschluß an die Volkshilfskolle geschaffene öffentliche Lesehalle hat sich noch nicht des Zuspruchs zu erfreuen, der ihr gebührt. Eine reichliche Auswahl von Zeitschriften, welche dort ausliegen, führen in alle Wissensgebiete ein. Ueber die politischen Vorgänge unterrichten die ausliegenden namhaften Parteizeitungen. Für den beginnenden Wahlkampf sollte dies eine willkommene Gelegenheit sein, die Vorgänge zu verfolgen. Die Lesehalle ist im Schulgebäude Pflügerstraße, Montag, Mittwoch und Freitag von 6—8 Uhr abends geöffnet.

### Weißensee.

**Kanalisationsbeiträge oder Kanalisationsgebühren.** Der Streit hierüber ist unter den Haus- und Grundbesitzern in ein neues

Stadium getreten. Vom 1. Oktober ab werden anstatt wie früher 2 1/2 Proz. fortan 4 1/2 Proz. Gebühren des Kanaltages der Gebäude für die Kanalisation von den Hausbesitzern erhoben. Die Grundbesitzer und Terrainspekulanten, die zu den Beiträgen herangezogen werden sollen, sowie diejenigen Hausbesitzer, die noch die Differenz zwischen 15 M. und 50 M. pro laufenden Meter Straßenfront nachzahlen haben, haben durch circa 300 Einsprüche erreicht, daß der Beitragsordnung bis zur Erledigung der Einsprüche vom Regierungspräsidenten die Genehmigung versagt ist, dagegen hat aber die erhöhte Gebührenordnung Rechtskraft erlangt, weil eine Deduktion für die Kanalisation aufgewendeten Mittel auf irgend eine Art beschaffen werden mußte. Die Grundbesitzer und Terrainspekulanten lassen sich ins Häufigste; denn sie wird man erst treffen können, wenn sie Häuser bauen. Die Hausbesitzer geben sich gegenseitig gute und schlechte Ratsschläge, wie der drückenden Last begegnet werden kann. Am liebsten würde man die Last auf den Mieter abwälzen, wenn die Zeit nicht so ungünstig wäre. In den letzten fünf Jahren hat ein großer Teil Hausbesitzer Neubauten errichtet, der zur Zahlung von 50 M. Kanalisationsbeiträgen pro laufenden Meter verpflichtet war; diese Hausbesitzer haben jetzt noch die Lasten der hohen Gebühren. Vom Hausbesitzerverein 1910 ist nunmehr eine Agitation in die Wege geleitet; es wird das Verhalten der Protestierenden mißbilligt, außerdem werden zahlreich Unterschriften gesammelt, um dieselben an maßgebender Stelle zu verwenden. Dieses Vorgehen hat bei den Grundbesitzern und Terrainspekulanten wie eine Bombe gewirkt; die großen Herren steigen jetzt zu den Stoffen herab. Bei den nächsten Wahlen wollen die Herren mal wieder vorsichtig zu Werke gehen und nur solchen Vertretern ihre Stimme geben, welche wirkliche Hausbesitzerinteressen vertreten. Unsere Genossen werden aber diese Vertreter späterhin zwingen, die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen.

**Gewerbegerichtswahl!** Die Wahllegitimationen liegen in folgenden Lokalen aus: Paßl, Gustav-Adolfstraße; Louis Jöhner, Koenigsstr. 130; Franz Content, Leberstr. 5; Gustav Peulert, Berliner Allee 25; Karl Wierig, Berliner Allee 59; Hermann Kerlich, Zigarrenhandlung, Potthagen-Str. 13.

Es wird ersucht, von diesen Legitimationen regen Gebrauch zu machen.

Die oben Genannten übernehmen die Abstempelung der Wahllegitimationen auf der Polizeibehörde. Gleichzeitig findet zu diesen Wahlen am Mittwoch, den 29., eine Flugblattverteilung von den Jahlabendlokalen aus statt, an der eine rege Beteiligung erforderlich ist.

### Rixdorf.

Mit einigen wichtigen von unseren Genossen gestellten Anträgen wird sich die nächste Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 30. d. Mts., nachmittags 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindeamtes beschäftigen. Unter anderem stehen auf der Tagesordnung: Spelzung der Schulkinder; Deffnung geheimer Schulräume für den Winter; amtliche Wahllegitimationen zur Reichstagswahl und ferner ein Antrag der Armenkommission auf Gewährung von Notstandsbeihilfen an Almosenempfänger.

### Nieder-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevertretersitzung hatte sich mit einem nochmaligen Einlauf von Kartoffeln zu beschäftigen. Die von der Gemeinde angebotenen 2000 Zentner waren in wenigen Tagen vergriffen, es sind jedoch noch Bestellungen in Höhe von 600 Zentner unbefriedigt geblieben. Bis jetzt haben nur diejenigen Besteller Kartoffeln erhalten, die nicht mehr als 2000 M. Einkommen haben. Die mit dem Ein- und Verkauf der Kartoffeln betraute Kommission machte den Vorschlag, noch 1000 Zentner einzukaufen. Hierüber entsand eine längere Debatte, in der der Vertreter Herr Kuhlmann in seiner bekannten Weise gegen diesen Vorschlag zu Felde zog. Er könne es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, so betonte der Herr, daß den kleinen Geschäftsleuten der Verdienst weggelassen wird, ganz unverständlich sei es, daß man Leuten mit 2000 M. Einkommen billige Kartoffeln liefere. Die paar Mark, die durch den billigen Kartoffeleinlauf erspart würden, gingen bei diesen Leuten durch den Besuch von Theatern und Vergnügungen wieder drauf; er hätte es gern gesehen, wenn die Grenze auf 1500 M. festgesetzt worden wäre. Bürgermeister Abraham hielt dem Redner entgegen, daß es ja nicht zu umgehen sei, wenn einige kleine Geschäftsleute dadurch geschädigt werden. Die Gemeinde habe das Bestreben gehabt, der großen Mehrheit der Bevölkerung die Linderung etwas zu lindern. Hierauf wurde der Vorschlag der Kommission mit großer Mehrheit angenommen. Ferner sollen der Armendeputation 100 Zentner überwiesen werden, um dieselben an besonders Bedürftige kostenlos abzugeben. Die Genehmigung zur Aufstellung von öffentlichen Fernsprechzellen auf dem Friedens- und Wismarplatz wurde erteilt. Für die zahnärztliche Behandlung der Schulkinder vom 1. April 1912 ab wurden zunächst 500 M. bewilligt. Der Zahnarzt soll bei den Reueinschulungen die Zähne aller Kinder untersuchen. Für das Plombieren der Zähne sollen 150 M. extra in Anrechnung kommen; hieron soll die Gemeinde 50 Pf. die Eltern 1 M. tragen. Dr. Proisch wandte sich gegen die zwangsweise Untersuchung; Genosse Dretmann betonte, daß die Eltern den Rat des Zahnarztes dankbar entgegen nehmen werden, denn gerade auf die Zähne werde in den meisten Fällen wenig geachtet. Die Kosten zur Errichtung einer Direktorhalle an der höheren Mädchenschule zum 1. April 1912 wurden bewilligt. Die Anschlägerarbeiten für den Neubau der höheren Mädchenschule wurden dem hiesigen Unternehmer Zeiske zum Preise von 6223 M. übertragen. Genosse Woske sprach den Wunsch aus, daß man Arbeiten nur solchen Unternehmern übertragen möge, die auch Gehilfen beschäftigen, der Unternehmer Zeiske beschäftige jedoch nur Arbeitssuchen.

### Rixdorf.

Einen für andere Gemeinden nachahmenswerten Beschluß faßte die letzte Gemeindevertretersitzung. Auf der Tagesordnung stand: Ankauf von Acker zu Kirchhofszwecken. Wie mitgeteilt wurde, hat die hiesige Pfarrgemeinde das in Betracht kommende Land kaufen wollen und sie hat sogar bereits einen Kaufvertrag mit dem Besitzer des Landes geschlossen. Im letzten Augenblick sei letzterer jedoch vom Vertrag zurückgetreten, nachdem er Kenntnis davon erhalten, daß die Gemeinde Wert darauf lege, das Land zu Friedhofszwecken zu erwerben. Von einem bürgerlichen Vertreter wurde nun erklärt, daß die Gemeinde den Acker unter allen Umständen kaufen müsse, denn bei den gespannten Verhältnissen zwischen Pfarre und Gemeinde könne die Vertretung gar nicht anders handeln. Es wurde denn auch mit 12 gegen 1 Stimme der Ankauf des Ackers zum Preise von 800 M. pro Morgen beschlossen.

### Spandau.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenstichwahl gelang es unseren Genossen, im 7. Bezirk das Mandat zu erobern. Das Ergebnis der Stichwahl in den drei Bezirken war folgendes: Im 1. Bezirk entfielen von 419 abgegebenen Stimmen auf den Konserdativen Schob 218 und auf den Kandidaten des Mietervereins Großer 201 Stimmen. Herr Schob ist demnach mit Ach und Krach noch einmal gewählt worden und kann seine reaktionäre Politik fortsetzen. Im 5. Bezirk wurden 710 Stimmen abgegeben, davon erhielt Genosse Schubert 299 und der Kandidat des Mietervereins 411 Stimmen. Im 7. Bezirk siegte Genosse Pies mit 394 Stimmen über den Kandidaten des Mietervereins, der 293 Stimmen auf sich vereinigte.

**Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885.** (S. 71.) Heute abend 9 Uhr im Restaurant Rixdorf, 18/19. Sitzung.

**Ober-Schöneeweide.** In der Arbeiter-Samariter-Kolonie Ober-Schöneeweide und Umgebung findet heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Samariterheim, „Hofepeter“, Memenstr. 12, ein Vortrag über „Verunreinigung, Nichtigkeits-, Beschädigung durch Elektrifizierung“ statt. Gäste haben freien Eintritt.

**Spandau.** Mittwoch, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant von Bezugs, Rixdorf-Str. 5: Uebungsabend der Samariter. Ein Vortrag über einen Vortrag über „Verunreinigung, Nichtigkeits-, Beschädigung durch Elektrifizierung“ halten. Gäste willkommen. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.